SEITE 6



Berlin, Montag 18. März 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 12 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Patron der Armen

Jorge Mario Bergoglio Er ist der erste Jesuit und der erste Lateinamerikaner auf dem Petrusstuhl. Und er ist der erste Papst, der den



Name Franziskus für sich wählt - in Anlehnung an den Heiligen, den Patron der Armen. Fünf Wahlgänge brauchten die Kardinäle in der vergangenen Woche bis am Mittwochabend der weiße Rauch über der Sixtinischen Kapelle im

Vatikan aufstieg und Bergoglio, der bis dahin Erzbischof von Buenos Aires war, kurz darauf auf den Balkon des Petersdoms trat. "Mit der Wahl des ersten Nichteuropäers auf den Petrusstuhl beginnt ein neues Kapitel der Kirchengeschichte und vielleicht auch eine Öffnung zur Welt und den Herausforderungen unserer Zeit", würdigte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Wahl des 76-jährigen Argentiniers.

ZAHL DER WOCHE

5

Wahlgänge und zwei Tage brauchten die Kardinäle, um sich auf Erzbischof Jorge Mario Bergoglio als neuen Papst zu einigen. Beide unmittelbaren Vorgänger, Papst Benedikt XVI. und Papst Johannes Paul II., wurden ebenfalls am zweiten Tag eines Konklaves zum Nachfolger des Apostels Petrus bestimmt. Beim Polen klappte es 1978 nach acht, beim Deutschen 2005 nach vier Wahlgängen.

ZITAT DER WOCHE

»Möge Gott euch vergeben, was ihr getan habt.«

Papst Franziskus scherzt kurz nach seiner Wahl mit den Kardinälen beim festlichen Abendessen im vatikanischen Gästehaus Santa Marta

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Hilfe Bundestag berät über mehr Geld für Contergan-Opfer

EUROPA UND DIE WELT

Etat Das Europaparlament lehnt den EU-Finanzrahmen bis 2020 ab

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Regulierung Die Bundesregierung will ein "Trennbanken-System" einführen Seite 12

KULTUR UND MEDIEN

Filmwirtschaft Der Bund soll die Filmförderung fortzsetzen Seite 13

MIT DER BEILAGE



Das Parlament Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH 60268 Frankfurt am Main



Wende mit langer Leitung

ENERGIE Bauzeit bei Stromtrassen soll auf vier Jahre verkürzt werden. Klagerecht wird eingeschränkt

ie Energiewende hat noch nicht genug Tempo. Zwar steigt die Zahl der Ökostrom-Anlagen schnell an, doch der Bau von Stromleitungen kommt bisher kaum voran. Die Bundesregierung will mit einem neuen Gesetz mehr Schwung in den Leitungsbau bringen, und auch die Opposition mahnt größere Anstrengungen an. In einer Regierungserklärung im Bundestag zur Energieinfrastruktur anlässlich der ersten Lesung eines Gesetzentwurfs der Bundesregierung zum beschleunigten Ausbau des Stromnetzes (17/12638) sagte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) am Donnerstag, es sei besonders wichtig, die Bauzeiten für Stromleitungen von zehn auf vier Jahre zu verkürzen.

SEITE 1-3

2.800 Kilometer neue Leitungen Der Netzentwicklungsplan sehe vor, 2.900 Kilometer Leitungen zu erneuern und 2.800 Kilometer Leitungen neu zu bauen. Dafür brauche man aber die "Akzeptanz der Bevölkerung", sagte Rösler weiter. Man spreche mit den Menschen, um die Dinge umzusetzen: "So sieht Bürgerbeteiligung aus." Ein Erfolg werde aber nur möglich sein, wenn der Bund, die 16 Bundesländer und Europa zusammenstünden.

Außerdem brauche man "intelligente Netze", um Stromerzeugung und Stromverbrauch zusammenzubringen. Rösler wies darauf hin, dass man nicht auf konventionelle Kraftwerke verzichten könne. Wer das fordere, sei unehrlich, "denn irgendwoher muss der Strom für die Menschen und Unternehmen kommen". Rösler versicherte, die Koalition halte sich an die drei energiepolitischen Grundsätze: Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbar-

Dagegen griff der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel die Regierung und Rösler scharf an: Gerade einmal 214 von den 2009 geplanten 1.834 Kilometern Stromleitungen seien bisher realisiert worden. Und auch keines der benannten Pilotvorhaben für die Erdverkabelung in der Gleichstromtechnik sei in dieser Legislaturperiode umgesetzt worden. "Der verantwortliche Minister sind Sie", rief Gabriel Rösler zu und warf ihm vor, zu verdrängen, "was Sie angerichtet haben". Wenn das Ausbautempo so bleibe, werde der Bau von 2.800 Kilometern erst im Jahre 2060 und nicht wie geplant 2020 fertig. Bei dem Schneckentempo drohe die Energiewende wirklich ein Jahrhundertprojekt zu werden, warnte Gabriel.

Michael Fuchs (CDU) warf Gabriel und der SPD vor, Maßnahmen zur Energieeffizienz im Bundesrat zu blockieren. Das Verhalten



»Schwarz-Gelb

vergeigt die

Energiewende.

Schwarz-Gelb

gefährdet

Arbeitsplätze.«

Bärbel Höhn (Grüne)

Das Stromleitungsnetz soll noch dichter werden. Rund 2.800 Kilometer müssen gebaut werden.

der SPD sei scheinheilig, weil sie Ausbauvorhaben und auch den Bau eines großen Pumpspeicherkraftwerks in Baden-Württemberg blockiere.

Dietmar Bartsch (Die Linke) sagte, im Kern handele es sich um einen Gesetzentwurf, "der die Profite der Energiemonopolisten weiter absichern will". Versorgungssicherheit übersetze Schwarz-Gelb mit Profitsicherheit. Wer die Energiewende wolle, brauche auch einen Plan dafür, und den habe die Koalition nicht. Die Energiewende sei bei dieser Koalition in schlechten Händen. Dem widersprach Klaus Breil (FDP) ausdrücklich: "Die Energiewende ist bei der christlich-liberalen Koalition in guten Hän-

Bärbel Höhn (Grüne) richtete scharfe Angriffe gegen die Koalition: "Schwarz-Gelb vergeigt die Energiewende. Schwarz-Gelb gefährdet Arbeitsplätze in diesem Land." Rösler habe mit seiner Rede gezeigt, dass er es nicht könne. Der Minister habe angekündigt zu liefern. Aber von 2.800 Kilometern Stromleitung habe er nicht einmal 300 Kilometer geschafft. Das sei ein "dramatisches Der Bundestag überwies den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. Ziel des Entwurfs ist, den im Norden Deutschlands erzeugten Strom aus Windenergieanlagen und neuen konventionellen Kraftwerken besser zu den Verbrauchs-

schwerpunkten im Süden und Westen Deutschlands zu leiten. In dem Gesetzentwurf wird für insgesamt 36 Planungen für den Bau von Höchstspannungsleitungen die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festge-

"Um das Verfahren zur Realisierung der Vorhaben zu beschleunigen, wird weiterhin eine Rechtswegverkür-

zung herbeigeführt", schreibt die Regierung. Künftig gebe es mit dem Bundesverwaltungsgericht nur noch eine Instanz für Rechtsstreitigkeiten um den Leitungsbau. Für die Realisierung der in den Bundesbedarfsplan aufgenommenen Vorhaben würden Kosten in Höhe von schätzungsweise

zehn Milliarden Euro entstehen, schreibt die Bundesregierung. Dabei seien Mehrkosten für Erdkabel noch nicht berücksichtigt. Grüne und Sozialdemokraten fordern in ebenfalls an die Ausschüsse überwiesenen Anträgen (17/12518, 17/12214, 17/12681)

> die Gründung einer "Deutschen Netzgesellschaft". Die Bürger sollen sich finanziell am Bau neuer Stromleitungen beteiligen können, fordern die Grünen. Dazu solle ein Anleihen-Modell mit festen Zinssätzen entwickelt werden.

Auch die SPD, die die bis 2030 entstehenden Kosten auf 30 Milliarden Euro beziffert, will den Netzausbau bürgerfreundlich und zu-

kunftssicher gestalten. Für den Netzausbau solle zunächst auf vorhandene Trassen zurückgegriffen werden. Die Option der Erdverkabelung solle bei allen Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitungen (HGÜ) vorgesehen werden, wird ver-Hans-Jürgen Leersch

Beim Ausbau der erneuerbaren Energie sei-

en Union und FDP "besser als Sie je zuvor",

entgegnete Michael Kauch (FDP). Während

unter Umweltminister Trittin der Anteil der

erneuerbaren Energien um 2,3 Prozent und

unter dem Amtsnachfolger Sigmar Gabriel

(SPD) um 6,5 Prozent gestiegen sei, habe

Schwarz-Gelb acht Prozent erreicht. Kauch

verlangte jedoch auch, die Preise im Blick zu

halten. Die Vergütungssätze für die Einspei-

sung müssten weiter abgesenkt werden, so

"Fukushima ist eine Zeitenwende gewesen",

sagte Bundesumweltminister Peter Altmaier

(CDU). Damit verbunden sei das "ganz si-

chere Ende der Kernenergie in Deutsch-

land". Durch die Entscheidung sei man in

eine Vorbildrolle gerückt. "Viele Staaten

schauen auf uns, um zu lernen, wie es ge-

lingen kann, die Energieversorgung schritt-

weise auf erneuerbare Energien umzustel-

EDITORIAL

Das Ziel vor Augen

VON JÖRG BIALLAS

Wenn sich alle einig sind, dass es erstrebenswert ist, ein Ziel zu erreichen, heißt das noch lange nicht, dass dieses Ziel gemeinsam und effektiv angegangen wird. So verhält es sich auch mit jenem politischen Projekt, das nüchtern, fast lapidar als Energiewende bezeichnet wird. Das klingt, als ginge es um das beiläufige Umlegen eines Elektro-Kippschalters. Tatsächlich verbirgt sich dahinter eine der größten Herausforderungen der Industriegeschichte. Es gilt, den Strom als Treibstoff für den Motor einer führenden Nation der Weltwirtschaft in abseh-

barer Zeit nicht mehr atomar zu erzeugen.

Technisch ist das möglich, langfristig. Emotional offenbar nicht, jedenfalls nicht kurzfristig. Zu groß sind derzeit noch die Interessenskonflikte. Stromkonzerne beklagen nicht verschmerzbare Einnahmeverluste, Anbieter erneuerbarer Energiequellen erfreuen sich tüchtiger Subventionen. Netzbetreiber fordern einen baldigen Ausbau des oberirdischen Leitungssystems, Anlieger befürchten gesundheitlichen Schaden durch Elektrosmog. Einige Großabnehmer beanspruchen Entlastung von gestiegenen Kosten für alternativen Strom, private Endverbraucher werden wie selbstverständlich zu einem größeren Beitrag verpflichtet.

Kurzum: Die Energiewende ist ein Pakt gegen sätzlicher Interessen, bei dem die bestechende Sympathie für das Endziel die Probleme der Umsetzung nur notdürftig verschleiert.

Und doch gibt es kein Zurück. Darum ist es richtig, wenn die Bundesregierung jetzt ankündigt, die beteiligten Instanzen näher zusammenrücken lassen und damit die Kräfte bündeln zu wollen. Nur wenn es gelingt, der Energiewende bald mehr Effizienz einzuhauchen, wird ihr Ansehen nicht noch mehr leiden.

Ohnehin hat der Verbraucher längst gelernt: Er wird es sein, der den Umbruch finanziert. Im Gegenzug darf dann beispielsweise mit Fug und Recht erwartet werden, dass die Förderpolitik für alternative Energiequellen überdacht und neu justiert wird.

Die anstehende und nicht ganz freiwillig herbeigeführte Überprüfung der Regelungen für die Netzentgelte ist da ein guter Anfang, um politische Glaubwürdigkeit zu stärken. Dann könnte, was heute mitunter illusorisch zu sein scheint, eines Tages zum Wohle der nachwachsenden Generationen das gemeinsame Ziel erreicht sein: der endgültige Ausstieg aus der

Die Lehren aus dem GAU von Fukushima

ATOMKRAFT Umweltminister Altmaier nennt Ausstieg »ganz sicher«. Opposition kritisiert Bürgschaften für Kernkraftwerke

Japanische Kinder entzünden Kerzen im Gedenken an die Opfer von Fukushima.

wei Jahre ist es her, dass es im japanischen Fukushima als Folge eines Tsunamis zu einer Nuklearkatastrophe kam. Anlass für den Bundestag, sich mit der Atompolitik zu beschäftigen. Dabei wurde am vergangenen Freitag Kritik am internationalen Atom-Engagement Deutschlands deutlich.

Die Nuklearkatastrophe von Fukushima im März 2011 habe gezeigt, dass die Risiken nicht zu beherrschen seien, sagte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Jürgen Trittin. Folge davon muss seiner Ansicht nach sein: "Die Welt muss aus der Atomtechnik aussteigen." Die Bundesregierung, so kritisierte Trittin, unterstütze jedoch durch Bürgschaften nach wie vor den Bau von Atomkraftwerken in anderen Ländern

Globalplayer Deutschland Als ein "globales Problem" bezeichnete Dorothee Menzner (Die Linke) die Atomtechnik. "Strahlen machen vor Ländergrenzen nicht halt", fügte sie hinzu. Deutschland sei Teil des Problems, weil man noch immer ein "Globalplayer" im Atomgeschäft sei und in anderen Ländern in die Atomtechnik investiere. Deutschland gebe weiterhin viel Geld für

die Europäische Atomgemeinschaft Eura-

tom aus, die die Atomenergie fördere, bemängelte Marco Bülow (SPD). Euratom müsse jedoch anders aufgestellt werden. "Und zwar mit Blick auf Effizienzerhöhung und der Förderung erneuerbarer Energien",

Die Opposition versuche, die Tragödie von Fukushima "billig zu instrumentalisieren", kritisierte Christian Hirte (CDU). "Das hilft uns aber nicht", sagte er. Es sei das Verdienst

der Koalition, dass der Ausstieg aus der Atomenergie mit dem Einstieg in die erneuerbaren Energien verbunden werde. Der Ausstieg, habe im Übrigen auch schon vor Fukushima festgestanden, sagte Hirte. "Sie betreiben Geschichtsklitterung", warf

ihm daraufhin Bülow vor. Union und FDP hätten kein Interesse an der Energiewende, sagte der SPD-Abgeordnete. "Sie wollen zurück zur Atomtechnik."





Götz Hausding

GASTKOMMENTARE

SIND DIE PLÄNE ZUM NETZAUSBAU REALISTISCH?

Flaschenhals abbauen

PRO



Michael Bauchmüller »Süddeutsche Zeitung«

stand einer aufwendigen, obgleich nicht immer effizienten Planung, wuchsen die Stromnetze ganz nach dem Ermessen ihrer Betreiber. So entstand zwar eines der verlässlichsten Versorgungssysteme der Welt. Aber es war stets nur nach dem Status quo ausgerichtet, dem Anschluss großer Kraftwerke an die Verbrauchszentren. Eine strategische Planung, wie sie ein Umbau des Stromsystems erfordert, fand nicht statt.

Darin liegt der entscheidende Unterschied zu der Bedarfsplanung, die nun die Bundesregierung in ein Gesetz fassen will. Sie soll die wichtigsten Projekte der nächsten Jahre umfassen und Investoren Planungssicherheit geben. Die neuen Leitungen würden gleichsam den Weg bereiten für den Transport größerer Windstrommengen von Nord nach Süd. Ein Flaschenhals der Energiewende ließe sich so beseitigen: Der Ausbau der Ökoenergien muss auf lange Sicht nicht an Engpässen im Netz scheitern.

Allerdings ist dieser Ausbau nicht allein an den Engpässen schuld: Denn über Jahre war der Ausbau der Stromnetze vernachlässigt worden. Der Investitionsstau im deutschen Stromnetz ist weit älter als die Energiewende. Ihn aufzulösen, ist nun die Aufgabe vieler: Bund und Länder müssen an einem Strang ziehen, Netzbetreiber frühzeitig die Betroffenen einbinden. Denn die Widerstände beginnen nun erst – mit der Festlegung konkreter Trassen. Ohne diese Trassen aber bleibt die Wende stecken.

Zu lange Leitung CONTRA er geplante Ausbau der Stromnetze ist ein gewaltiges Infractrukturprojekt –



Jakob Schlandt »Berliner Zeitung«, »Frankfurter Rundschau«

ein gewaltiges Infrastrukturprojekt – und wird das gleiche Schicksal erleiden wie der Berliner Flughafen, Stuttgart 21 und die Elbphilharmonie: teurer als geplant, viel zu spät fertig, von zweifelhaftem Nutzen. 2.800 Kilometer neue Stromleitungen sollen in den kommenden zehn Jahren gebaut werden, darunter neue Trassen, die oft durch davon bislang unberührte Landschaften geschlagen werden müssen. Das wird schwer bis unmöglich. Der bisherige Netzausbau ist ein Fiasko. Von 1.800 Kilometern der vor vielen Jahren geplanten neuen Höchstspannungsleitungen sind erst 200 Kilometer fertiggestellt. Schuld daran sind überforderte Behörden und hartnäckiger Widerstand vor Ort. Bei den neuen Leitungen drohen die gleichen Probleme. Der Furor der betroffenen Bevölkerung wird groß sein – und verständlich, da nur die Wenigsten Kompensation erhalten. Für verbaute Blicke gibt es kein Geld. Die vom Wirtschaftsministerium versprochene Verbesserung kürzere Klagewege und Koordination durch die Bundesnetzagentur – bringt nur begrenzt Abhilfe. Zum Glück ist der Netzausbau in dieser Größenordnung gar nicht nötig. Irrigerweise wird das Netz darauf ausgelegt, auch die letzte Kilowattstunde abzutransportieren – obwohl die wachsenden erneuerbaren Energien stark schwankend Strom erzeugen. Ähnlich sinnvoll wäre es, die Autobahnen zehnspurig auszulegen, damit es zu Ferienbeginn keine Staus gibt. Der Netzausbau könnte deutlich

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3 Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

ökonomisch sinnvoll als auch umsetzbar wäre.

moderater ausfallen, entschiede man sich dafür,

häufiger Solar- und Windkraftwerke zu drosseln

(und die Betreiber trotzdem zu bezahlen). Insge-

samt kommt das viel billiger. Und der Netzausbau

könnte auf ein Maß reduziert werden, das sowohl

Herr Krischer, damit die Leute Bahn fahren, reicht es nicht, Züge zu kaufen, man muss auch Gleise verlegen. Hat man beim Ausbau der erneuerbaren Energien die Gleise vergessen, also die Trassen, auf denen der Strom zu den Verbrauchern kommen soll?

Das ist nicht ganz so. Wir diskutieren Netzausbau in Deutschland schon seit dem Jahr 2004/2005. Damals wurde das Energieleitungsausbaugesetz von Rot-Grün vorbereitet und dann von der Großen Koalition beschlossen. Allerdings ist dann der Ausbau der Erneuerbaren schneller gegangen als die Optimisten erwartet haben.

Wie kritisch sehen Sie denn die Situation der nächsten Jahre? Wenn nach und nach Atomkraftwerke abgeschaltet werden, drohen dann gravierende Instabilitäten im Netz?

Wir hatten diesen Montag das Thema im Beirat der Bundesnetzagentur, und da wurde deutlich: Es gab diesen Winter keine wirklich kritischen Situationen. Wenn aber in Süddeutschland ab 2015 Grafenrheinfeld und dann weitere Atomkraftwerke vom Netz gehen und wir gleichzeitig den weiteren Ausbau der Erneuerbaren haben, müssen die Stromnetze ausgebaut werden. Wir brauchen im Kern drei große Korridore von Nord nach Süd, um je nachdem Sonnenstrom vom Süden nach Norden zu verschieben oder, was natürlich häufiger der Fall sein wird, Windstrom vom Norden, der gar nicht offshore, sondern der an Land erzeugt wird, Richtung Süden. Aber es geht nicht nur um die großen Masten, sondern auch um das Verteilnetz, also die Kabel, die in den Straßen liegen. Da ist einiges an technischen Optimierungen erforderlich. Aber wir haben durchaus Zeit, diese Planungen zu realisieren, wir müssen es nur jetzt angehen, und zwar konsequent. Im Moment sehe ich nicht, dass hier Blackouts oder dauerhafte Instabilitäten bei der Stromversorgung dro-

Die Bundesregierung will jetzt, um beim Netzausbau zügig voranzukommen, die Rechtswege verkürzen. Was halten Sie davon?

Wenig. Normalerweise haben wir zwei Instanzen im Klageverfahren, und man verkürzt das jetzt auf eine. Wir hatten das schon im Energieleitungsausbaugesetz. Die Erfahrung daraus ist, dass Sie bei dieser einen Instanz, dem Bundesverwaltungsgericht, einfach länger warten, weil es dann überlasteter ist. Im Endeffekt gewinnen Sie überhaupt nichts an Zeit. Was wir brauchen, ist transparente Bürgerbeteiligung von der ersten Minute an, schon bei der Trassensuche. Man muss die Klagen vermeiden und nicht im Nachhinein den Instanzenweg verkürzen. Das erweckt sonst bei den Bürgern eher wieder den Eindruck, dass sie ausgegrenzt werden sollen.

Thema Bürgerbeteiligung: Wie sympathisch ist Ihnen der heilige Florian?

Ich kenne keinen, der gerne einen 60 Meter hohen 380-Kilovolt-Mast in seinem Garten oder hinter seinem Haus stehen haben will. Dass Menschen sich dagegen wehren und wollen, dass nach Alternativen gesucht wird, ist völlig legitim und in Ordnung, und man muss auch akzeptieren, dass es da Bürgerinitiativen und kritische Diskussionen gibt. Aber das Entscheidende ist, dass man den Menschen erklären kann, warum diese Leitung erforderlich ist und was die Alternativen wären. Ich glaube, dann sind die meisten Menschen bereit, den Netzausbau zu akzeptieren. Und man muss darüber reden, wie man Menschen finanziell am Netzausbau beteiligen kann.

Wie soll das konkret funktionieren? Wir kennen das schon von Windparks und Bürger-Solaranlagen, wo Menschen einfach

»Es geht um die Kabel«

OLIVER KRISCHER Der Energieexperte der Grünen setzt sich für eine transparente Bürgerbeteiligung beim Netzausbau ein



eine Einlage machen können von 500 oder 1.000 Euro, durchaus auch kleine Summen. Eine Stromleitung, die gebaut wird, ist eine ziemlich sichere Wertanlage, denn Stromleitungen werden auch in vielen Jahrzehnten noch gebraucht. Dafür gibt es eine feste Verzinsung in der Größenordnung von drei, vier Prozent. Das ist nicht exorbitant, aber bietet den Menschen auf der anderen Seite eine Sicherheit. Ich glaube, das ist auch eine Chance, die Menschen mitzunehmen und Akzeptanz zu gewinnen. In Schleswig-Holstein gibt es, von der Landesregierung

initiiert, ein solches Modellprojekt. Dort wird man Erfahrungen sammeln, und ich hoffe, dass das bei den größeren Projekten, die wir deutschlandweit haben, auch Schule macht.

In dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an den Bundestag fordern Sie die Bundesregierung auf, eine "Deutsche Netzgesellschaft" zu gründen. Was steckt dahinter?

Wir haben bisher in Deutschland, wie es manche etwas despektierlich nennen, vier

Besatzungszonen, das heißt vier Übertragungsnetzbetreiber. Die arbeiten zwar zusammen, aber nicht unbedingt synergiemäßig. Es gibt vier Regelzonen und viele Reibungsverluste. Wir erleben mit dem System heute, speziell mit einem Netzbetreiber, dass die Kapitalbeschaffung schwierig ist, dass Projekte stocken, dass die Interessen des Netzbetreibers nicht immer auch die Interessen der Bundesregierung oder der Bundesrepublik insgesamt sind. Wir meinen, dass wir eine Deutsche Netzgesellschaft bräuchten, wie das auch in den meisten anderen europäischen Staaten der Fall ist. An dieser Gesellschaft soll der Bund einen großen Anteil haben, auch um zu steuern. Eine solche Netzgesellschaft fordert die schwarz-gelbe Koalition übrigens in ihrem Koalitionsvertrag von 2009 auch schon, die CSU favorisiert sie in ihrem Beschluss von Wildbad Kreuth. Das sollte man jetzt endlich angehen.

Aber wäre ein solcher Schritt nicht erst einmal ein großer Aufwand und Zeitver-

Wir wollen nicht von heute auf morgen alles ändern. Wir sagen, der Einstieg des Bundes soll über eine Beteiligung bei einzelnen Netzausbauprojekten erfolgen. Ein ineffizientes System immer weiter zu betreiben, macht doch keinen Sinn. Wir haben große Probleme beim Netzanschluss von Offshore-Windparks mit Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe, die am Ende die Stromverbraucher zahlen müssen. Das hätten wir alles vermeiden können, wenn man von vorneherein den Bund stärker in die Verantwortung genommen hätte, wenn der Bund auch ein Stück weit die Risiken übernommen hätte, dafür dann aber Anteile an dem Unternehmen bekommen hätte.

Die Bundesregierung beziffert die Kosten für den Netzausbau auf zirka zehn Milliarden Euro. Halten Sie diese Prognose für realistisch und können die Kosten schmerzlos aufgebracht werden?

Die Zahlen, die beim Netzausbau genannt werden, sind immer gigantische Milliardenzahlen. Wenn man dann nachfragt, stellt sich heraus, dass das aufaddierte Zahlen bis 2030 sind. Was wir heute schon – völlig losgelöst von der Energiewende - für die Unterhaltung des Stromnetzes ausgeben, liegt in der Größenordnung von vier bis fünf Milliarden Euro pro Jahr! Dabei muss man immer bedenken: Große Teile unseres Netzes sind in die Jahre gekommen. In meinem Wahlkreis gibt es eine Leitung, die ist von 1916! Da hat der Kaiser noch in Deutschland regiert. Da ist klar, dass irgendwann eine Ersatzinvestition fällig ist, das hat gar nichts mit Energiewende zu tun. Wenn man all das berücksichtigt, sind das am Ende sehr überschaubare Mehrkosten. Es gibt eine Berechnung, die besagt, dass der ganze Stromnetzausbau auf die Kilowattstunde nicht mehr als 0,2 Cent kostet. Deshalb ist der Netzausbau eigentlich die billigste Form, Systemstabilität bei der Stromversorgung zu erreichen, deutlich billiger als Speichersysteme und andere Maßnahmen der Netzstabilisierung. Es ist also eine Aufgabe, die ich auf jeden Fall für finanzierbar und leistbar halte.

> Das Interview führte Peter Stützle.

Oliver Krischer (43) ist Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für Energiewirtschaft. Der Biologe aus Düren ist seit 2009 Mitglied des Bundestages.





PARLAMENTARISCHES PROFIL

Lobbyist der Arbeitsplätze: Michael Fuchs

Abschaffung aller Befreiungstatbestände für die Industrie "die

ff-Shore-Windkraftanlagen in der Nordsee kann Michael Fuchs durchaus Gutes abgewinnen. "Da herrscht genug Wind, so dass sich das Ganze auch rechnet", sagt der CDU-Wirtschaftsexperte. Umso dringender ist aus seiner Sicht der Ausbau des Stromnetzes, denn: "Die Fische brauchen keinen Strom." Der werde vielmehr im Süden der Republik benötigt. In Ludwigshafen bei BASF etwa, wo der Stromverbrauch dem von ganz Dänemark entspricht, wie Fuchs sagt. "Eigentlich müsste man eine Schneise durch ganz Deutschland schlagen, um die Übertragungsmasten für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnologie aufzustellen", findet der Fraktionsvize und weiß, dass das so einfach nicht geht. Der Bund habe zwar seine Hausaufgaben gemacht und die benötigten gesetzlichen Regelungen auf den Weg gebracht. Doch auf Länderseite gebe es noch Blockaden, sagt Fuchs, der stellvertretendes Mitglied im Wirtschafts-, Verteidigungs- und Petitionsausschuss ist. Was ihn besonders ärgert: "Gerade jene, die für den Ausstieg aus jeglicher konventioneller Energieerzeugung sind, stehen an der Spitze von Demonstrationen gegen den Leitungsbau." Gemeint – und daran lässt Fuchs keinen Zweifel – sind vor allem die Grünen. Mit denen liegt Fuchs auch in anderen Punkten über Kreuz. Etwa wenn es um die Frage geht, warum denn nun der Strom immer teurer wird. Dem Argument aus dem Lager der Opposition, dies

habe mit den erheblichen Ausnahmeregelungen für die Industrie

zu tun, kann Fuchs nicht folgen. "Das ist absoluter Quatsch", fin-

det er drastische Worte und verweist darauf, dass selbst bei einer

EEG-Umlage lediglich um rund einen Cent sinken würde". Eigentlicher Grund für die steigende Kosten seien die viel zu hohen Einspeisevergütungen für die Photovoltaik-Anlagen. Wer Fuchs nun unterstellt, er sei gegen die erneuerbaren Energien, liegt falsch. "Ich bin dafür", macht er deutlich. "Man darf aber auch die physikalischen Grundsätze nicht außer Acht lassen." Sich auf Sonne



»Eigentlich müsste man eine Schneise durch ganz Deutschland schlagen, um die Übertragungsmasten aufzustellen.«

und Wind zu verlassen, hält er für nicht ratsam. "Die Sonne scheint nur dann, wenn der liebe Gott es will und nicht wenn die Grünen es wollen"

Wer wie Fuchs den Atomausstieg nicht eben begeistert begrüßt, sondern als "gesamtgesellschaftlich gewollt" akzeptiert und sich für Erleichterungen der Wirtschaft beim EEG stark macht, gerät schnell mal in den Verdacht, ein Lobbyvertreter der Industrie zu sein. Michael Fuchs selbst sieht sich jedoch als Lobbyist der Arbeitsplätze in Deutschland. "Ich kämpfe dafür, dass Deutschland ein starkes Industrieland ist", sagt er. Nur wenn es der Wirtschaft

gut geht, könnten schließlich auch Arbeitsplätze geschaffen werden, fügt er hinzu.

Mit seinem unternehmerischen Denken erreicht Fuchs selbst in der eigenen Fraktion nicht immer alle. Beispiel EEG. Die Zahl der Photovoltaik-Anlagen wächst angesichts großer Renditen für die Betreiber weiter, "obwohl es keinen Bedarf für sie gibt", sagt er. Der Grund dafür: "Der Preisverfall für die Anlagen ist stärker als die Absenkung der Einspeisevergütung." Darauf habe er schon frühzeitig hingewiesen. Ebenso darauf, dass "Chinesen und Malaien den Photovoltaik-Markt übernehmen und unsere eigenen Firmen Probleme bekommen werden", sagt der 64-Jährige, der sich mit der Wirtschaft in Asien gut auskennt.

1980 gründete er ein Import-Großhandels-Unternehmen zur Einfuhr von Produkten aus Fernost. Anfang 2000 verkaufte er es – auch weil seine beiden Töchter keine Ambitionen verspürten, in das mittelständische Unternehmen einzusteigen. Zwei Jahre blieb er noch im Vorstand, ehe er sich mit den Mehrheitseignern überwarf. Zeitgleich gab es Anfragen, ob er sich nicht in der Politik engagieren wolle. Es war Angela Merkel, die ihm vorschlug, sich für den Bundestag zu bewerben. "Wir brauchen Unternehmer, sagte sie damals", erinnert sich Fuchs, der als Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Einzelhandels schon intensiven Kontakt mit der deutschen Politik hatte. Lange überlegen musste er nicht. Nun ist er seit elf Jahren der Wirtschaftsexperte der Unionsfraktion. Und wenn es nach ihm geht, soll das auch noch weitere vier Jahre so bleiben.

Das Parlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag** Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage **Aus Politik und Zeitgeschichte** ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Internet:

http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@ bundestag.de

Chefredakteur Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. CvD
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), CvD
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Dr. Verena Renneberg (ver)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Dr. Thomas von Winter (tvw)

Fotos Cora Franke

Redaktionsschlu 15. März 2013
 Druck und Layout
 Abonnement

 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
 Jahresabonnement 25,80 €; für

 Kurhessenstraße 4-6
 Schüler, Studenten und Auszubildende

 64546 Mörfelden-Walldorf
 (Nachweis erforderlich) 13,80 €

Anzeigen- /Vertriebsleitung Frankfurter Societäts-Medien GmbH Klaus Hofmann (verantw.) Frankenallee 71-81 60327 Frankfurt am Main

Frankfurter Societäts-Medien GmbH Vertriebsabteilung Das Parlament Frankenallee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-42 53 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkaun Frankfurter Societäts-Medien GmbH Katrin Kortmann Frankenallee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-43 75 Telefax (0 69) 75 01-45 02 F-Mail: katrin kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition Zeitungsanzeigengesellschaft RheinMainMedia mbH Andrea Schröder Frankenallee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-41 33

Telefax (0 69) 75 01-41 34

"Das Parlament"
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbeträgern e.V. (IVW)

(im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Kündigung jeweils drei Wochen von

Ablauf des Berechnungszeitraums.

vier Ausgaben kann bei unserer

Ein kostenloses Probeabonnement für

Vertriebsabteilung angefordert werden

Namentlich gekennzeichnete Artikel

stellen nicht unbedingt die Meinung

der Redaktion dar. Für unverlangte

Einsendungen wird keine Haftung

übernommen. Nachdruck nur mit

in Klassenstärke angefertigt werden.

Genehmigung der Redaktion.

Alle Preise inkl. 7% MwSt.

Für die Herstellung der Wochenzeitung "Das Parlament" wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

THEMA DER WOCHE



In Niedersachsen demonstrieren Anwohner gegen den Bau neuer oberirdischer Stromtrassen.

Bürger unter Strom

NETZAUSBAU Wo die Energiewende mit neuen Hochspannungstrassen konkret wird, formiert sich der Widerstand der Anwohner

isher war in Winkelhaid nahe Nürnberg die Welt noch in Ordnung. Zwölf Vollerwerbs-Bauten, darunter die überre-Winkelhaider Gläubigen beteten. Doch heute ist es mit dem Seelenfrieden der rund 4.000 Einwohner vorbei. Quer durch ihr Wohngebiet, Richtung Penzenhofen, soll die bereits bestehende 220.000-Volt-Hochspannungsleitung "aufgerüstet" werden – auf 380.000 Volt. Die in Berlin durch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verkündete Energiewende ist schuld und natürlich Fukushima, die Atomkatastrophe in Japan vor ziemlich genau zwei Jahren. Und hier in Winkelhaid, ausgerechnet in Winkelhaid, soll die Energiewende nun konkret werden. Durch eine neue Leitung.

Das Parlament - Nr. 12 - 18. März 2013

"Für Bürger bedeutet das in einem Bereich von 400 Metern links und 400 Metern rechts der jetzigen Trasse eine massive Erhöhung des Elektrosmogs, der Lärmbelästigung durch Knistern der Leitung und ein unkalkulierbar erhöhtes Gesundheitsrisiko durch Ausfall von Schadstoffen in Windrichtung", erklärt Walter Hübner, Sprecher der neu gegründeten Bürgerinitiative gegen die "Aufrüstungspläne" des Netzbetreibers Tennet. Betroffen seien nicht nur die unmittelbar unter und neben den Leitungen wohnenden Winkelhaider, sondern auch die Grundschule in der Penzenhofener Straße und die beiden Kindergärten im Brunnleithenweg. In der Apcer Straße stehe zudem ein Hochspannungsmast mitten im Kreisverkehr. Vorrangiges Ziel der Initiative sei deshalb die Verhinderung der geplanten "Stromautobahn" über Winkelhaid. Alternativ fordert man eine Erdverkabelung und/oder eine Verlegung der Trasse aus dem Ort heraus. "Es gibt Alternativen zu den heutigen Freileitungsmasten und zum Trassenverlauf, die die Menschen schützen und die Umwelt weniger belasten", sagt Hübner. Letztlich laufe alles auf eine reine Kostenfrage hinaus: "Da geht es um die Abwägung, wie viel die Gesundheit der Winkelhaider Bürger wert ist."

Von Nord nach Süd Szenenwechsel in den Norden: Denn von hier, wo vor allem der Wind zu Land aber auch auf dem Meer kräftig bläst, soll der Strom in den Süden der Republik transportiert werden. Dort sitzen die energiehungrigen Industrien. Doch in Fedderingen, in der "Kirchspielgemeinde" Eider in Dithmarschen sieht man das anders. Hier ist die Welt ebenso wie im Nürnberger Land in Ordnung. Eigentlich. Und schon immer. Gegen die Dänen hat man hier vor langer Zeit einmal gekämpft. Der berühmteste Einwohner Fedderingens, Hans Reimer Claussen, musste deswegen sogar bis nach Amerika auswandern, wo er ausgerechnet in der Prohibitionsgesetzgebung des Staates Iowa ein gewichtiges Wort mitzureden hatte. Heute wird in Fedderingen wieder heftig gestritten - in der Bürgerinitiative "Westküste Trassenfrei" über die geplante "Stromautobahn" von Niebüll über Husum nach Heide - mitten durch die

schützenswerte Eider-Treene-Niederung. Von den Planern des Netzbetreibers wird predigten hielten und für das Seelenheil der beginnen. Baubeginn soll 2018 sein. Doch se soll Ökostrom transportieren – zerstört bis dahin wird sich der Netzbetrei-

ber durch André Tesch und Jürgen Dithmer von der Bürgerinitiative und ihren Mitstreitern noch einige Nachfragen und vor allem viel Widerstand gefallen lassen müssen.

Im Windland Das gilt besonders

auch für Robert Habeck (Bündis

90/Die Grünen), den stellvertreten-

den Ministerpräsidenten Schleswig-

Holsteins. Er trägt als erster Minister in Deutschland den Titel "Energiewende-Minister". "Der Netzausbau ist die Herausforderung der Energiewende schlechthin. Im Windland Schleswig-Holstein lässt sich das wie unter einem Brennglas beobachten", meint Habeck und treibt in allen Landesteilen Schleswig-Holsteins Netzinfrastrukturprojekte voran, um den boomenden Ausbau der Windenergie auch in den nächsten Jahren fortführen zu können. Keine leichte Aufgabe. "So wichtig der Netzausbau ist – er muss mit den Interessen von Mensch und Natur in Einklang gebracht werden. Das ist ein hartes Stück Arbeit, aber ich bin zuversichtlich, dass es gelingt", sagt

nebenan, im Kreis Plön, genauer gesagt in das Gebiet dieser Trasse als eine Region "mit Schwentinental/Pohnsdorf haben sie sich höfe gibt es hier, gut zwei sehr hohem Raumwiderstand" bezeichnet. in der Bürgerinitiative "Unter Hochspan-Dutzend denkmalgeschützte Die Fedderingenser nehmen dies als Aus- nung" zusammengeschlossen, um gegen zeichnung. Im Herbst will man hier eigent- die Pläne für eine neue Energie-Autobahn gional wichtige Johanniskirche, in der frü- lich mit dem Raumordnungsverfahren für vom Umspannwerk im ostholsteinischen her Theologiestudenten ihre ersten Probe- die Detailplanung der Strommastentrasse Göhl bis nach Kiel zu protestieren. Die Tras-

Parlamännchen

Strom

Im Dunkeln machen wir das Licht an. Das ist einfach, denn wir haben Strom. Er kommt aus der Steckdose. Aber wie kommt er da rein? Zunächst muss der Strom erzeugt werden. Zum Beispiel, indem man in Kraftwerken Kohle, Öl oder Gas verbrennt. Das ist aber nicht immer gut für die Umwelt. Man kann auch Strom mit Sonne und Wind erzeugen. Dieser Strom ist erneuerbar. Die Sonne scheint ja immer wieder – so wie es immer wieder Wind gibt, der die Windräder drehen lässt. Über lange Kabel wird Strom nach Hause in die Steckdose geleitet. Auf dem Land spannen sich die Kabel auf großen Strommasten. In den Städten und Dörfern sind die Kabel unter der Erde

nach Worten der Initiative jedoch die Natur. "Wir lassen uns nicht veralbern", sagt Initiativen-Sprecher Malte Graf. Der Pohnsdorfer bekommt Rückenwind vom Landesnaturschutzbund SH (LNV): "Das ist eine Trittbrett-Trasse, die mit der Energiewende nichts zu tun hat", betont Ragnar Schaefer,

Das aber ist leichter gesagt als getan. Denn Geschäftsführer des LNV. "Diese Trasse ist nur ein Beispiel von vielen. Im Netzentwicklungsplan Strom sind im gesamten Bundesgebiet jede Menge Trassen eingeplant, die kritisch hinterfragt werden sollten", fordert Graf.

> Im benachbarten Niedersachsen sieht es nicht anders aus: Nicht nur im Nordwesten formiert sich der Widerstand gegen den

Ausbau von Hochspannungstrassen. Auch im Südosten wollen Bürgerinitiativen verhindern, dass die Stromleitungen in der Nähe von Städten und Gemeinden gebaut werden und fordern eine Erdverkabelung. Bewohner aus allen 130 Ortschaften im Gebiet der Hochspannungstrasse zwischen Wahle (Landkreis Peine) und Mecklar (Landkreis Hersfeld-Rotenburg in Hessen) protestieren. Überall in der gesamten Republik stößt die Energiewende, dort wo sie konkrete Gestalt annimmt, auf teils erbitterten Widerstand. Neue Energien – ja gerne und möglichst sauber. Aber neue Leitungen über meinem Haus - nein danke - so lautet die schlichte Wahrheit. Auch im Rheinland, im Kreis Neuss und hier in der 7.500-Einwohner-Gemeinde Reuschenberg etwa. Zwar steht über dem Haus von Willi Traut bereits heute ein

33 Meter hoher Strommast. Er stand schon immer da, jedenfalls bevor es das Dörfchen Reuschenberg und das Haus von Willi Traut gab. Aber jetzt soll ein neuer Mast, ein so genannter "Monster-Mast" kommen. Höher und größer. Für 380 Kilovolt ausgelegt. Denn um die bislang geltenden Elektrosmog-Grenzwerte am Boden bei stärkeren Leitungen einhalten zu können, planen die Betreiber mit bis zu 60 Meter hohen Riesenmasten.

Breite Schneisen Willi Traut ist dagegen. Die Leitung könne gerne in seinem Garten verbuddelt werden, aber nicht weiterhin über seinem Haus hängen, meint er. Und mit ihm die lokale Bürgerinitiative "Pro Erdkabel", die wiederum auf Landesebene Mitglied bei "Pro Erdkabel NRW" ist. Alle Argumente, dass die Verlegung eines Erdkabels um ein Vielfaches teurer würde und eine 30 Meter breite Schneise entlang der Kabeltrasse benötige, helfen nichts. Hinzu kämen alle paar Kilometer technisch notwendige Einrichtungen, so genannte Umspannwerke, entlang der Strecke jeweils in Garagengröße. Willi Traut in Reuschenberg ist dennoch gegen die oberirdische Variante.

Und mit ihm viele andere Bürger auch. Und sie protestieren – gegen die "Verspargelung" der Landschaft durch übergroße Windräder, gegen Offshore-Windparks, Biogasanlagen, Solarparks und Stromtrassen. Allein 30 Bürgerinitiativen gegen den Stromtrassenbau gibt es in Brandenburg. Beim Bau einer Trasse vom nordhessischen Mecklar ins niedersächsische Wahle gab es im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens in Hessen rund 8.000 Einwendungen. In Niedersachsen waren es sogar 14.000. Als Musterbeispiel für Verzögerungen galt dabei lange Zeit die "Thüringer Strombrücke". Während Teilabschnitte der gut 170

Kilometer langen Strecke nach Bavern bereits fertig sind, gab es im Thüringer Wald selbst seit sage und schreibe zehn Jahren heftigsten Widerstand. Denn hier kämpfen die Anwohner in einer Initiative mit dem Namen "Achtung Hochspannung". Sie befürchten Umweltzerstörungen in dem Naturpark und Schäden für den Tourismus. Doch im benachbarten Bayern wird der Strom aus Thüringen schon bald dringend gebraucht, dann nämlich, wenn 2015 das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz geht. Die für dieses Jahr vorgesehene Inbetriebnahme der Stromautobahn ist schon lange nicht mehr zu halten gewesen – "aufgrund der Komplexität der Verfahren", wie die Bundesnetzagentur beklagt. Dass einige Kommunen sich zudem an den Kosten für Gerichtsverfahren gegen das Projekt beteiligen, trägt ebenfalls nicht gerade zur Vereinfachung bei. Bis zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig sind die Bürger von "Achtung Hochspannung" gegangen, damit ihre Proteste endlich irgendwo Gehör fanden. Vor kurzem erst wiesen die Richter ihre Einsprüche ab. Die Leitung darf nun doch - endlich - gebaut werden.

Für Frank Weber, den energiepolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, ist dies ein Meilenstein in der Rechtssprechung, da der Richterspruch Präzedenzwirkung entfalten könne: "Der Netzum- und -ausbau ist unumgänglich, wenn die Energiewende hin zu einer klimaschonenden und risikoarmen Energieversorgung gelingen soll", erklärt Weber.

Entschädigungen Und die kostet viel Geld. Sehr viel Geld. Von dem man vielleicht auch ein wenig abhaben könnte, meint zum Beispiel Winfried Hanft, Landwirt aus Rödental-Unterwohlsbach in der Nähe von Coburg. Über seine Felder soll eine dieser neuen Leitungen gehen. Das Planfeststellungsverfahren steht kurz vor dem Abschluss. Erst dann darf der Netzbetreiber, die Tennet, mit dem Bau der umstrittenen Stromtrassen beginnen. Als Entschädigung ist für die Eigentümer eine einmalige Ausgleichszahlung vorgesehen. Dagegen wehrt sich der Bauernverband. "Wir wollen den jährlichen Ausgleich. Ein Jungbauer, der das Grundstück in 20 Jahren von seinem Vater übernimmt, hat doch nichts von einer Einmalzahlung", so Hans-Jürgen Rebelein vom Bayerischen Bauernverband. Man habe deshalb deutschlandweit die Rahmenvereinbarung über Entschädigungen gekündigt und denkt nach. Worüber ist klar: über einen Muster-Christoph Birnbaum ■

Der Autor ist freier Journalist in Bonn.

Lange Leitung

TRASSEN Der Ausbau der »Stromautobahnen« stockt

Eine Momentaufnahme vom anderen Ende der Erde, so hatte es den Anschein, brachte die Energiewende in Deutschland schneller ins Rollen als jahrzehntelange Anti-Atomkraft-Demonstrationen. Unter dem Eindruck des Reaktorunglücks in Fukushima beschloss die Bundesregierung im Sommer 2011 im Rekordtempo den Atomausstieg bis 2022 und die Kehrtwende hin zu erneuerbaren Energien. Nun hapert es an der Umsetzung. Zwar wächst der Anteil des grünen Stroms, aber der Ausbau der Stromnetze hält nicht Schritt.

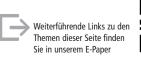
36 Planungen für den Bau von Höchstspannungsleitungen hält die Bundesregierung für nötig. "Um das Verfahren zur Realisierung der Vorhaben zu beschleunigen, wird weiterhin eine Rechtswegverkürzung herbeigeführt", schreibt die Regierung in ihrem Entwurf eines "Zweiten Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze" (17/12638), über den die Abgeordneten vergangene Woche in erster Lesung berieten.

Mit dem "Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz" (NABEG), das bereits vom Bundestag beschlossen wurde, wurde dabei die Planungskompetenz an die Bundesnetzagentur in Bonn übertragen. Ähnlich des Eisenbahn-Bundesamtes soll der Ausbau so zentralisiert und damit vereinfacht werden. Rund 240 zusätzliche Beamte wurden für diese Aufgabe eingestellt.

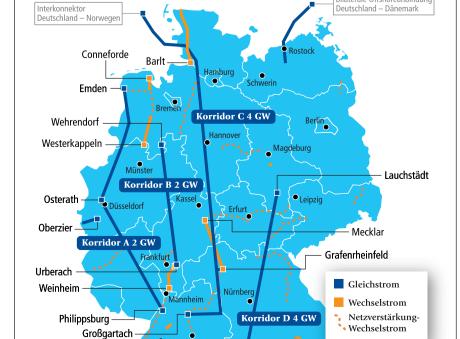
Die vier "Stromautobahn"-Betreiber Tennet, Amprion, 50Hertz und TransnetBW speisen zur Zeit den Großteil des Stroms in das bestehende deutsche Stromnetz ein und verteilen ihn anschließend über lange Distanzen.

Hinzu kommen bundesweit 869 Verteilnetzbetreiber, darunter viele Stadtwerke, die den Strom vor Ort zum Verbraucher bringen. Der Bundesbedarfsplan ist künftig die Voraussetzung für die Durchführung von verkürzten Planungs- und Genehmigungsverfahren mit vorgeschalteter Bürgerbeteiligung - ein Verfahren, das manche Juristen wegen geringerer Anwohnerrechte kritisch sehen.

Die Grobplanungen für vier neue, verstärkte Gleichstromtrassen sehen dabei wie folgt aus: Von Emden (Niedersachsen) nach Osterath in Nordrhein-Westfalen und von dort nach Philippsburg in Baden-Württemberg. Eine weitere Trasse ist von Wehrendorf (Niedersachsen) nach Urberach (Hessen) geplant. Zudem soll eine "Stromautobahn" von Schleswig-Holstein nach Baden-Württemberg und Bayern führen. Die vierte große Gleichstromtrasse soll vom ostdeutschen Lauchstädt (Sachsen-Anhalt) nach Meitingen (Bayern) verlaufen. Fix sind bisher nur die Start- und Zielpunkte, diese werden nach technischen Begebenheiten, wie großen Umspannwerken ausgewählt. Der genaue Trassenverlauf soll nach den Bürgerkonsultationen festgelegt werden. Insgesamt müssen rund 2.800 Kilometer Stromleitungen neu verlegt, 2.900 Kilometer bestehende Leitungen müssen "verstärkt" werden.







Quelle: Netzentwicklungsplan.de, FNN/VDN, ÜNB (Übertragungsnetzbetreibe

Netzausbau für die Energiewende bis 2023

Geplante Korridore zum Aus- und Neubau von Stromtrassen in Deutschland

INNENPOLITIK Das Parlament - Nr. 12 - 18. März 2013

Besoldung wird neu geregelt

BESOLDUNG Die Professorenbesoldung des Bundes soll neu geregelt werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12455) vor, den der Bundestag am Donnerstag vergangener Woche zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen hat. Bei der Neuregelung werden dem federführenden Bundesinnenministerium zufolge Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt, das mit seinem Urteil vom 14. Februar vergangenen Jahres "Handlungsbedarf für Bund und Länder aufgezeigt hat".

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Grundgehälter der Professoren der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 anzuheben und zugleich "Erfahrungsstufen unter Beibehaltung der leistungsabhängigen Besoldungsbestandteile" einzuführen. Bislang gewährte "Berufungs- und Bleibeleistungsbezüge" sollen auf die Gehaltserhöhung angerechnet werden, soweit sie den Betrag übersteigen, um den das jeweilige Grundgehalt angehoben wird. "Besondere Leistungsbezüge und Funktionsleistungsbezüge sollen dagegen nicht der Anrechnung unterfallen", heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfes

Nach Angaben des Bundesinnenministerium sind von dem Entwurf rund 850 Professoren in den Hochschulen des Bundes und vom Bund mitfinanzierten Forschungseinrichtungen erfasst. Für sie stelle die neue Gehaltsstruktur "nicht nur eine amtsangemessene Besoldung sicher", sondern ermögliche auch eine Fortführung der leistungsbezogenen Gehaltsbestandteile.

Die Vorlage greift zudem "Änderungsbedarf auf, der sich aus der Rechtsprechung, organisatorischen Umstrukturierungen und Praxiserfordernissen ergeben hat". Dazu zählt unter anderem die rückwirkende Gewährung des Familienzuschlags bis zum 1. August 2001 an Beamte in eingetragenen Lebenspartnerschaften.

Altersgeld für Ausgeschiedene

BEAMTE Richter, Beamte und Soldaten, die freiwillig vorzeitig aus dem Bundesdienst ausscheiden, sollen einen Anspruch auf ein "Altersgeld" erhalten. Das sieht ein Gesetzentwurf der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion (17/12479) vor, über den der Bundestag vergangene Woche erstmals beriet. Nach geltendem Recht setzt ein Anspruch auf Ruhegehalt voraus, dass bis zum Ruhestand ein Dienstverhältnis als Beamter, Richter oder Soldat bestanden hat. Bei vorzeitiger Auflösung entfallen die darin begründeten Versorgungsansprüche. Dafür ist eine Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung vorgesehen.

Mit der ausschließlichen Nachversicherung sind laut Vorlage "wirtschaftliche Nachteile verbunden, die einem Wechsel zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft entgegenstehen". Daher sollen vorzeitig ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten gegenüber dem vormaligen Dienstherrn einen Anspruch auf Altersgeld geltend machen können.











Ex-Innenminister Otto Schily (SPD) am vergangenen Freitag im Untersuchungsausschuss

»Schockierender Sachverhalt«

NSU-AUSSCHUSS Schily übernimmt politische Verantwortung für Ermittlungspannen. An Details erinnert er sich kaum

ie neuen Erkenntnisse Unions-Obmann Clemens Binninger blieben spärlich bei der Befragung des ehemaligen Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) am Freitag durch den sogenannten NSU-Untersuchungsausschuss. Dennoch beeindruckte der Ex-Minister den Ausschuss mit einer Feststellung in seinem Eingangsstatement. Dass es den Sicherheitsbehörden nicht gelungen sei, der "Mörderbande, die sich selbst den Namen 'Nationalsozialistischer Untergrund' gegeben hat", rechtzeitig auf die Spur zu kommen, sei "ein höchst schockierender und äußerst bedrückender Sachverhalt, für den ich die politische Verantwortung übernehme", sagte Schily.

Die Fragen der Ausschussmitglieder an den früheren Innenminister bezogen sich insbesondere auf den dem NSU zugerechneten Anschlag mit einer Nagelbombe in Köln-Mülheim am 9. Juni 2004, bei dem 22 Menschen überwiegend türkischer und kurdischer Herkunft teils schwer verletzt wurden. Schily hatte am Tag nach diesem Anschlag erklärt, es gebe bisher keine Hinweise auf eine terroristische Tat und man gehe von einem kriminellen Hintergrund aus, allerdings seien die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Auf welche Informationen er sich dabei stützte, vermochte Schily vor dem Ausschuss nicht mehr mit Sicherheit festzu-

»In alle Richtungen ermittelt« Auf eine Frage des Ausschussvorsitzenden Sebastian Edathy (SPD) hin zitierte Schily aus einem fast zwei Wochen nach der Tat erschienenen Medienbericht, wonach die Ermittler rassistische oder extremistische Hintergründe nicht ausschlössen. "Die Behörden haben demnach in alle Richtungen ermittelt", konstatierte Schily. Auf die zentrale Frage des Untersuchungsausschusses, warum dann die Ermittlungen in die rechtsextreme Richtung nicht konsequent fortgesetzt worden seien, hatte aber auch der einstige Ressortchef keine Antwort.

(CDU) befragte Schily insbesondere nach der Rolle des damaligen Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Fritz Behrens (SPD). Nach bisherigen Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses hatte ein für Rechtsextremismus zuständiger Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz wenige Stunden nach dem Kölner Anschlag beim örtlichen Lagezentrum der Polizei angerufen mit der dringenden Bitte, einen Kontakt zum Landesamt für Verfassungsschutz herzustellen. Etwa eine Stunde danach, sagte Binninger, habe Behrens im Lagezentrum angerufen "mit der ungehaltenen Frage", warum der Verfassungsschutz einbezogen werde. Binningers Frage, ob ihn der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, auf diesen Vorgang angesprochen habe, beantwortete der Zeuge ebenso mit fehlender Erinnerung wie die Frage, ob Behrens ihn bei seiner Beurteilung am Tag danach beeinflusst habe. Er halte es zwar für wahrscheinlich, dass er irgendwann nach dem Anschlag mit Behrens gesprochen hat, wisse es aber nicht mehr, erklärte Schily.

Disput im Ausschuss Nachdrücklich wies FDP-Obmann Hartfrid Wolff darauf hin, dass die Opfer des Kölner Anschlags "sehr früh und sehr deutlich" geäußert hätten, ein "rassistischer Hintergrund" der Tat sei sehr wahrscheinlich. Schily sagte dazu, er gehe davon aus, dass diese Tatsache auch Gegenstand der Sicherheitsrunde gewesen sei, in der er sich in seinem Haus ständig habe unterrichten lassen. Nachdem Linke-Obfrau Petra Pau auszugsweise den Brief einer Kurdin verlas, deren Wohnung kurz nach der Tat von Sicherheitskräften gestürmt und "durchwühlt" worden sei, äußerste sich Schily betroffen über den Umgang von Sicherheitskräften mit Opfern und Zeugen der dem NSU angelasteten Straftaten. Gar nicht ging Schily auf Vorhaltungen des

Grünen-Obmanns Wolfgang Wieland ein, die Sicherheitsbehörden hätten die Medienarbeit bewusst so gesteuert, dass sich der Eindruck festsetze, die Taten hätten einen normalen kriminellen Hintergrund. Stattdessen entsponn sich ein Disput zwischen Wieland und Edathy über die Rolle Nordrhein-Westfalens bei der Weitergabe von Informationen, in dessen Verlauf der Grünen-Parlamentarier den Ausschussvorsitzenden als "Verteidiger Schilys" titulierte.

Vermerk kam zurück Unmittelbar vor

Schily hatte der Untersuchungsausschuss die Ministerialdirigentin Christine Hammann vom Bundesinnenministerium befragt, die dort zur Zeit des Kölner Anschlags das Referat "Politisch motivierte Kriminalität rechts/links" geleitet hatte. Hammann hatte kurz nach dem Kölner Anschlag in einem Vermerk an den Minister dafür plädiert, auch in Richtung politischer Hintergründe weiter zu ermitteln. Dieser Vermerk wurde allerdings von einem Vorgesetzten Hammanns mit dem Vermerk zurückgeschickt, er enthalte nichts, was der Minister nicht schon wisse. Auch Hammann konnte sich kaum an Einzelheiten zu erinnern. Bereits am Donnerstag war der Ausschuss der Rolle des Landeskriminalamts (LKA) Sachsen bei den Fahndungspannen nachgegangen. Wolfgang Jehle, von 2000 bis 2004 Leiter des Dezernats Rechtsextremismus beim LKA Sachsen, verwies dabei auf die Federführung des LKA Thüringen bei der Fahndung nach dem untergetauchten Extremisten-Trios Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. Seine Abteilung habe von dem sächsischen Rechtsextremisten Thomas S. die Information erhalten, dass ein befreundeter Neonazi Kontakt zu den Untergetauchten habe. Auf Wunsch des LKA Thüringen habe man diesem Kontaktmann zweimal eine Ladung zu einer Befragung zugestellt, der dieser aber nicht nachgekommen sei - was Binninger mit der Bemerkung kommentierte: "Jedem Rotlichtsünder wird mit mehr Akribie nachgegangen." Doch Jehle verwies darauf, dass es Sache der thüringischen Kollegen gewesen wäre, weitere Maßnahmen zu ergrei-

Peter Stützle

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Kronzeugenregelung eingeschränkt

RECHT Die Kronzeugenregelung wird künftig wieder eingeschränkt. Bei Enthaltung von Linksfraktion und Grünen hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschränkung der Möglichkeit zur Strafmilderung bei Aufklärungs- und Präventionshilfe (17/9695) auf Empfehlung des Rechtsausschusses (17/12732) angenommen.

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes wird die bisherige Kronzeugenregelung in Paragraf 46b des Strafgesetzbuchs auf die Fälle beschränkt, in denen zwischen der Tat des Kronzeugen und der Tat, auf die sich seine Angaben beziehen, ein Zusammenhang besteht. Die Angaben müssen geeignet sein, zumindest mittelbar das Maß des Vorwurfs, der ihm für seine eigene Tat zu machen ist, zu reduzieren. Damit wird auch ein Gleichklang mit der "kleinen Kronzeugenregelung" in Paragraf 31 des Betäubungsmittelgesetzes hergestellt, wo eine solche Verbindung laut Bundesregierung von der Rechtsprechung

schon heute als erforderlich und ausreichend angesehen wird. Weiter heißt es im Entwurf, dass die Strafe der Schuld des Täters entsprechen müsse und nicht Gegenstand eines unangemessenen Handels sein dürfe. Deshalb soll die Regelung zur Aufklärungs- und Präventionshilfe nur noch dann anwendbar sein, wenn sich die Angaben des Kronzeugen auf eine Tat beziehen, die mit seinem eigenen Vergehen im Zusammenhang steht.

Mit Blick auf die Kosten schreiben die Gesetzesinitiatoren, dass der Aufwand für die Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden steigen werde, um auch ohne Präventions- oder Aufklärungshilfe die entsprechenden Taten aufdecken oder verhindern zu können.

Die aktuelle Kronzeugenregelung wurde 2009 auf Initiative der großen Koalition eingeführt. Sie versprach sich davon, potenziell kooperationsbereiten Tätern einen stärkeren Anreiz zu bieten, Hilfe zur Aufklärung oder Verhinderung von schweren Straftaten zu leisten.

Rezepte für mehr und bessere Pflege

GESUNDHEIT Der Bundestag hat vergangene Woche über die Situation der Pflege in den Krankenhäusern beraten. Ihm lag dazu ein Antrag der Linken-Fraktion vor (17/12095), der an den Gesundheitsausschuss überwiesen wurde. Die Linke fordert die Bundesregierung darin auf, die Anzahl der Pflegekräfte in Krankenhäusern – etwa in Relation zu den Betten- oder den Pa-

tientenzahlen - festzulegen. Die SPD-Abgeordnete Mechthild Rawert gab zu Protokoll, dass im Pflegedienst aus Kostengründen ein massiver Stellenabbau erfolgt sei. Dies habe "eine Erhöhung der Arbeitsbelastung bei den Beschäftigten" zur Folge gehabt, meint Rawert, die für höhere Tariflöhne plädiert. Für Die Linke kritisiert ihr Abgeordneter Harald Weinberg, die von Rot-Grün eingeführten Fallpauschalen hätten die Pflegedienste zu reinen Kostenfaktoren degradiert. Nötig ist nach seiner Ansicht hingegen "eine Mindestpersonalbemessung". Der FDP-Abgeordnete Lars Lindemann gesteht der Linksfraktion zu, dass ihr Antrag die Lage teilweise gut beschreibe. Es sei aber eine Illusion "zu glauben, diese Zustände seien durch schlichtes Vorschreiben der gewünschten Endeffekte zu ändern". Der CDU-Abgeordnete Lothar Riebsamen macht die Länder für die angespannte Personalsituation in der Krankenhauspflege verantwortlich. Sie finanzierten notwendige Ausgaben für Investitionen aus den Fallpauschalen. Die Grünen-Abgeordnete Elisabeth Scharfenberg hebt hervor, dass es der Krankenpflege an Anerkennung fehle: "Pflege ist Austausch und Kommunikation – doch dieser Aspekt gerät immer mehr in den Hintergrund".

Reform des Gebührenrechts

INNERES Das Gebührenrecht des Bundes wird bühren, die mitunter im Zuge verwaltungsgereformiert. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP sowie der oppoeinnahmen des Bundes führten. sitionellen SPD-Fraktion verabschiedete das Der Vorlage zufolge soll durch "handhabbare Gremium vergangene Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/10422) in geänderter Fassung (17/12722).

Links- und Grünen-Fraktion enthielten sich. Mit der Reform soll das Gebührenrecht des Bundes modernisiert und vereinheitlicht werden. Derzeit sei eine für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung transparente und nachvollziehbare Gebührenerhebung "auf Grund der stark zersplitterten und heterogenen Struktur des Verwaltungsgebührenrechts des Bundes in weit über 200 Gesetzen und Rechtsverordnungen nur bedingt möglich", schreibt die Regierung in der Vorlage. Darüber hinaus bestünden rechtliche Unsicherheiten bei der Kalkulation der Gerichtlicher Überprüfung zu erheblichen Minder-

und klare Vorgaben" für die Kalkulation der Gebühren eine rechtssichere und nachvollziehbare Grundlage für die Gebührenerhebung geschaffen werden. Zu diesem Zweck solle das Kostendeckungsprinzip gestärkt und das Gebührenrecht auf die "Erfordernisse betriebswirtschaftlicher Grundsätze" ausgerichtet werden. Ferner sollen durch die Konzentration der allgemeinen Regelungen im Bundesgebührengesetz und die Schaffung einer zentralen Ermächtigungsgrundlage für die Gebührennormierung die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Fachgesetze und -verordnungen von gebührenrechtlichen Regelungen zu ent-

Streit um den Wachschutz

SICHERHEIT Linke gegen Privatisierung von Ordnungsaufgaben

Die Fraktion Die Linke dringt darauf, die "Privatisierung der öffentlichen Sicherheit" rückgängig zu machen. In einem Antrag (17/10810), der vergangene Woche erstmals auf der Tagesordnung des Bundestages stand, verweist die Linksfraktion darauf, dass zunehmend eine "Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf private Wach- und Sicherheitsdienste" stattfinde. "Öffentliche Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben werden privatisiert, das staatliche Gewaltmonopol wird vom Gesetzgeber selbst zugunsten kommerzieller Interessen aufgeweicht", schreiben die Abgeordneten. Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, "eine Politik zu verfolgen, die die Staatsquote in den Bereichen der öffentlichen Sicherheit erhöht". Vordringlich solle dies im Bereich der Bahn und Flughäfen in den sicherheitsrelevanten Bereichen sichergestellt

Auch fordert die Fraktion unter anderem erhöhte Standards für die Aus- und Fortbil-

Jan Korte zu Protokoll gab. Kritik der Koalition Dagegen sieht der

Ein privater Wachschutz-Mann an einer Schule

CDU-Abgeordnete Armin Schuster in dem Antrag eine "Mischung aus Unkenntnis und populistischer Propaganda". Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei "Sache des Staates, und das bleibt auch so". Niemand stelle das Gewaltmonopol des Staates ernsthaft in Frage. Für FDP-Fraktionsvize Gisela Piltz geht es der Linksfraktion darum, "mit ihrer sozialistischen Staatsideologie gegen wirtschaftlich handelnde Unternehmen vorzugehen". Nicht überall, wo etwa Bewachungsaufgaben wahrgenommen werden, müssten dafür Polizisten eingesetzt werden. Nach Ansicht des SPD-Parlamentariers Wolfgang Gunkel müssen für die Aus- und Weiterbildung des Personals höhere Stan-

dards als bisher gelten, wenn private Dienst-

dung des Personals von Sicherheitsfirmen

sowie eine Bezahlung nach den Tarifen des

öffentlichen Dienstes, wie ihr Abgeordneter

leister Sicherungsaufgaben wie beispielsweise beim Werkschutz übernehmen. Auch müssten annehmbare Arbeitsbedingungen herrschen und angemessene Löhne gezahlt werden. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn sei "unverzichtbar". Für den Grünen-Abgeordneten Wolfgang Wieland muss ebenfalls ein Mindestlohn auch im Sicherheitsgewerbe gelten. Anschließen könne sich seine Fraktion auch der "Forderung nach einer guten Ausbildung und insbesondere auch einer rechtlichen und rechtsstaatlichen Schulung". sto ■

INNENPOLITIK 5 Das Parlament - Nr. 12 - 18. März 2013



Andreas Meyer, Vorsitzender des Bundes Contergan-Geschädigter, kämpft dafür, dass die Herstellerfirma Grünenthal für alle entstandenen Schäden der Opfer aufkommen muss.

Im Zeichen des Respekts

CONTERGANSKANDAL Bund soll jährlich 120 Millionen Euro mehr für die Opfer zur Verfügung stellen

ieses Thema eignet sich nicht zur parteipolitischen Profilierung." An diese Leitlinie der SPD-Parlamentarierin Marleplante Novellierung des Conterganstiftungsgesetzes. An der Sache orientiert und ohne die sonst üblichen politischen Pole-

miken und Attacken diskutierten die Fraktionen den von CDU/CSU, SPD und FDP vorgelegten Gesetzentwurf (17/12678). Dieser sieht im Kern eine Erhöhung der Renten und Hilfsleistungen um jährlich 120 Millionen Euro an die Opfer eines der größten Arzneimit-

telskandale in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vor.

Im Oktober 1957 hatte die Firma Grünenthal das thalidomidhaltige Schlafmittel Contergan auf den Markt gebracht. Drei Jahre später stellte sich heraus, dass das Medikament zu schweren Fehlbildungen der Gliedmaßen, Schädigungen der Augen und der inneren Organe bei Säuglingen führen kann, wenn es von Müttern während der Schwangerschaft eingenommen wird. Zwischen 1958 und 1962 überlebten in der Bundesrepublik unter den geschädigten Kindern bei einer Sterberate von rund 40

Prozent etwa 5.000 Kinder die Geburt mit teils schwersten Schädigungen. Das Strafverfahren gegen Grünenthal wurde jedoch welchen speziellen Belastungen Contergan-1970 eingestellt. In der Folge gründete die Bundesrepublik 1972 die Conterganstifne Rupprecht hielten sich tung, um die geschädigten Kinder zu versor- ßen zu waschen, Flaschen mit den Zähnen tet, heißt es in der Gesetzesvorlage. die Vertreter aller Fraktionen am vergange- gen. Die Firma Grünenthal beteiligte sich zu tragen und zu öffnen, mit den schweren Die Novelle regelt zudem, dass alle Leistunnen Donnerstag in der Debatte über die ge- mit 100 Millionen Mark an der Stiftung. Gehprothesen aus dem Rücken heraus zu gen ausländischer Staaten an contergange-"Das Leid und die Schmerzen können wir als Staat nicht ungeschehen machen, aber wir können immerhin versuchen, im Rahmen

unserer Mög-

licheiten da-

hin gehend

zu helfen,

tag leichter

wird und

dass diejeni-

gen, die un-

terstützend

»Der Bundestag dass der Allmuss handeln, und er muss tatkräftig handeln.« Marlene Rupprecht (SPD)

tätig werden, besser entlastet" werden, betonte die familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion Dorothee Bär (CSU). Diesen Alltag der Conterganopfer hatte das Gerontologische Institut der Universität Heidelberg im Auftrag des Bundestags untersucht. Das Ergebnis der Studie, die dem Bundestag im Januar übergeben wurde, sei "noch viel schlimmer" ausgefallen, "als wir gedacht hatten", räumte Rupprecht ein. "Im Bericht steht, dass der Körper eines 50-jährigen Contergangeschädigten so abgenutzt ist wie der Körper eines 80-Jährigen." Der Bundestag müsse deshalb tatkräftig handeln, forderte sie.

Nicole Bracht-Bendt, FDP-Sprecherin für Seniorenpolitik, zählte expemplarisch auf, opfer ausgesetzt sind: "Sein Leben lang mit den Füßen zu essen, die Haare mit den Fülaufen: Dies alles bleibt natürlich nicht ohne Folgen." Die Hälfte der rund 2.700 Conterganopfer sei rund um die Uhr pflegebedürftig, viele litten unter Depressionen, über zwei Drittel müssten vor Erreichen des Rentenalters aus dem Beruf ausscheiden. "Weil ihre Körper den jahrzentlangen Belastungen nicht mehr standhalten", führte Bracht-Bendt an.

Erhöhung der Renten Die 120 Millionen Euro, die der Bund zur Verfügung stellen soll, verteilen sich auf zwei Töpfe. Rund 90 Millionen Euro sind für eine Erhöhung der monatlichen Conterganrente eingeplant: Sie soll rückwirkend ab dem 1. Januar 2013 von derzeit maximal 1.152 Euro auf maximal 6.912 Euro steigen. Die Höhe der Rente ist abhängig vom jeweiligen Schädigungsgrad. Weitere 30 Millionen Euro sind zur Deckung spezifischer Bedarfe der Geschädigten vorgesehen. Dazu gehören etwa Rehabilitationsleistungen, Heil- und Hilfsmittel oder zahnärztliche Behandlungen.

Besser gestellt werden sollen auch die Angehörigen der Contergangeschädigten. So sollen unterhaltspflichtige Angehörige von den Trägern der Sozialhilfe finanziell nicht in die Pflicht genommen werden, wenn die Contergangeschädigten Sozialhilfe erhalten. Die Angehörigen – Eltern, Kinder, Ehegatten oder eingetragene Lebenspartner seien schließlich ohnehin erheblich belas-

schädigte Menschen künftig auf die Leistungen der deutschen Conterganstiftung angerechnet werden. Ausgenommen davon sollen allerdings die jährlichen Sonderzahlungen sein, die seit 2009 geleistet werden. Damit soll ausgeschlossen werden, dass die im Ausland lebenden Betroffenen besser gestellt sind als die in Deutschland lebenden. Von den derzeit 2.700 Leistungsberechtigten nach dem Conterganstiftungsgesetz leben derzeit rund zehn Prozent im Ausland. Nach Angaben der Conterganstiftung werden in mindestens zehn weiteren Staaten Leistungen an Contergangeschädig-

Nachbesserung gefordert Trotz der prinzipiellen Einigkeit über die Zielsetzung der Gesetzesnovelle sehen die Oppositionsfraktionen Nachbesserungsbedarf. Ilja Seifert, behindertenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, kritisierte, dass der Fonds für die sezifischen Bedarfe bei 30 Millionen Euro jährlich gedeckelt ist. "Was wollen Sie tun, wenn im September eines Jahres noch jemand einen nachweisbar erforderlichen Betrag beantragt, aber kein Geld mehr vorhanden ist? Wollen Sie dann sagen: Ihr müsst

warten bis zum nächsten Jahr?", fragte er in die Reihen der Regierungskoalition. Seifert bemängelte zudem die bestehenden Ausschlussfristen. Geschädigt seien die betroffenen Menschen schließlich von Geburt an. Die Höhe der Leistungen werde aber erst ab Antragstellung berechnet.

Auch der behindertenpolitische der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Markus Kurth, will die Gesetzesvorlage nachbessern. Er kritisierte, dass ausgerechnet die Opferverbände, die die geschädigten Menschen kompetent beraten würden, im Gegensatz zu Ärzten, Kliniken und Pflegedienst keine Mittel aus dem Fonds für die speziellen Bedarfe erhalten sollen. Dies sei nicht einleuchtend, argumentierte Kurth.

Nachverhandeln über das Gesetz möchte auch die SPD, die den Gesetzentwurf gemeinsam mit den Koaltionsfraktionen eingebracht hat. So müssten die Antragsverfahren für Mittel aus dem Fonds für spezielle Bedarfe im Sinne der Menschen deutlich vereinfacht werden, forderte Marlene Rupprecht. Ebenso wie Kurth sprach sie sich zudem für transparentere Strukturen in der Conterganstiftung aus.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) hielt der Kritik entgegen, "dass die Mehrheit der contergangerschädigten Menschen die neuen Regelungen richtig findet". Die Gesetzesnovelle bedeute für die Betroffenen mehr Hilfe, mehr Respekt und mehr Gerechtigkeit". Dies sei "mehr als einfach nur mehr Geld". Alexander Weinlein

Anzeige

Grüne: Mehr Hilfe für Queere

FAMILIE Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert mehr Unterstützung für sogenannte queere Jugendliche. In einem Antrag (17/12562), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung in die Ausschüsse überwies, fordert sie die Bundesregierung auf, einen nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie vorzulegen und auf die Bundesländer einzuwirken, entsprechende Aktionspläne auch auf Länderebene aufzustellen. Nach Ansicht der Grünen werden Jugendliche, "die ein Coming-out als Lesbe, als Schwuler oder als Trans durchlaufen oder ihre Intersexualität entdecken", in der Gesellschaft häufig diskriminiert. Für viele Jugendliche verlaufe ihr Coming-out im Elternhaus, in der Schule und im Freundeskreis problematisch. Sie seien deshalb signifikant stärker selbstmordgefährdet als ihre heterosexuellen Altersgenossen. Die Grünen fordern spezialisierte Beratungsstellen für queere Jugendliche sowie Aus- und Weiterbildungsprogramme für Lehrkräfte und Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe zu dieser Problematik. Zudem müsse geprüft werden, wie eine ausreichende Zahl von Notunterkünften für von Obdachlosigkeit bedrohte queere Jugendliche bereitgestellt werden können. Die Grünen sprechen sich ferner für ein Verbot von geschlechtszuweisenden Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen ohne deren ausdrückliche Einwilligung aus.

Kritik an Nachzugsrecht

INNERES Die Grünen-Fraktion dringt auf Änderungen am Nachzugsrecht für minderjährige Kinder. Es enthalte "verschiedene Vorschriften, die das Zusammenleben in der (nichtdeutschen) Familie erheblich erschweren und damit dem Kindeswohl entgegenstehen", schreibt die Fraktion in einem Antrag (17/12395), mit dem sich der Bundestag vergangene Woche erstmals befasste. Probleme gebe es insbesondere "bei dem Nachzug von über 16-jährigen Kindern sowie bei Kindern von Personen mit einem humanitären Aufenthaltstitel und getrennt lebenden Elternteilen, die die Personensorge gemeinsam ausüben".

Weiter heißt es in der Vorlage, in Deutsch land werde der Nachzug von minderjährigen Kindern zu ihren hier lebenden Eltern ab dem Alter von 16 Jahren in der Regel davon abhängig gemacht, "dass das Kind die deutsche Sprache beherrscht oder gewährleistet erscheint, dass es sich aufgrund seiner bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die Lebensverhältnisse in Deutschland einfügen kann". Mit dieser Regelung sei Deutschland innerhalb der EU isoliert, schreiben die Abgeordneten.

Nach ihrem Willen soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, um diese "Integrationsbedingungen für über 16-jährige Kinder beim Nachzug aufzuheben". Auch soll der Gesetzentwurf unter anderem den Anspruch auf Kindernachzug auf getrennt lebende Elternteile erweitern, die das Sorgerecht gemeinsam ausüben, sofern der andere Elternteil der Zusammenführung zugestimmt hat. Ferner soll die Regierung der Vorlage zufolge unter anderem festlegen, dass DNS-Abstammungsgutachten in Verfahren zum Kindesnachzug "nur in sehr engen Grenzen als ultima ratio nach Ausschöpfung aller weniger belastenden Beweismittel durchgeführt

Schwule und Lesben können weiter hoffen

HOMOSEXUALITÄT Bundestag debattiert Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe

Vielleicht hat es am Geist des neuen Papstes gelegen. Oder aber am beginnenden Wahlkampf. Auf jeden Fall aber hat der Bundestag mit Koalitionsmehrheit das Thema Homo-Ehe vertagt. Bis zur neuen Legislaturperiode erst einmal.

Warten auf Karlsruhe Die Union warte jetzt zunächst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe ab. Da Karlsruhe sein Urteil voraussichtlich erst im Juni verkünden werde, sei davon auszugehen, dass es schon aus Zeitgründen in diesem Jahr keine gesetzliche Regelung mehr gebe, informierte Fraktionschef Volker Kauder (CDU) vergangene Woche die Medien. Dies hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel

(CDU) auch bereits verkündet. Sehr zum Unmut der Oppositionsfraktionen – und des Koaltionspartners, der FDP-Fraktion. Ihr Abgeordneter Michael Kauch verkündete, ebenfalls über die Medien, dass die Liberalen die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft mit der Ehe befürworten. Außerdem solle die Entscheidung in Berlin getroffen und nicht Karlsruhe überlassen werden.

Immerhin war das Thema am Donnerstag der zurückliegenden Woche Thema im

Bundestagsplenum. Volker Beck, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte fest: "Dass hier Menschen für ihre Rechte streiten und ren. Sie stellen ja gar keine wirklichen Fraandere diesen Kampf unterstützen, ist gen. kein Meinungsterror, sondern eine wichtige gesellschaftspolitische Diskussion". "Man sollte Zwischenfragen von Ihnen nicht mehr zulassen", erklärte sein Kon-

trahent Norbert Geis (CSU) an Beck gerichtet, "denn Sie nutzen jede Gelegenheit, um hier Ihre Meinung zu deklamie-

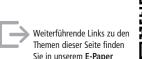
Der Debatte lagen vier Vorlagen der Grünen-Fraktion zugrunde: ein Entwurf "zur abschließenden Beendigung der verfassungswidrigen Diskriminierung eingetra-



Travestiekünstler Oliver Knöbel alias Olivia Jones ist ein Befürworter der Homo-Ehe

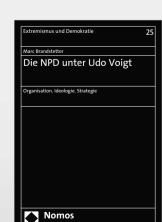
Lebenspartnerschaften" (17/12676), einer "zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes und anderer Gesetze im Bereich des Adoptionsrechts" (17/1429) und der "zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts" (17/12677).

Sukzessive Adoptionen Hinzu kam noch ein Antrag mit der Forderung, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Februar 2013 umzusetzen (17/12691). An diesem Datum hatte Karlsruhe entschieden, "dass das Verbot der sukzessiven Adoption durch Lesben und Schwule mit dem Grundgesetz unvereinbar ist", erklären die Grünen in der Vorlage. Deshalb fordern sie in dem Antrag die Bundesregierung auf, die Adoptionsmöglichkeiten von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften anzugleichen. Die Vorlagen wurden im Anschluss an die Debatte an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.





Extremismus und Demokratie



Die NPD unter Udo Voigt Organisation. Ideologie. Strategie

Von Dr. Marc Brandstetter 2013, Band 25, 402 S., brosch., 59,– € ISBN 978-3-8329-7083-3

Der innere Widerspruch der NPD ist der versuchte Spagat zwischen außenparlamentarischer Opposition sowie vermeintlich seriös-bürgerlicher Protestpartei und wird oft übersehen. Nicht so in diesem Buch, das einen Überblick über die Amtszeit des fünften NPD-Parteivorsitzenden Udo

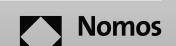
Voigt bietet. Im Gegensatz zu anderen

Autoren geht der Verfasser der wortgewaltigen NPD-Propaganda aber nicht auf den Leim und trägt damit zu ihrer Entmythologisierung bei.

»Kurzum, die kommende Beschäftigung mit der Partei hat mit Brandstetters Buch ein solides Grundlagenwerk zum Thema erhalten.«

Armin Pfahl-Traughber, www.hpd.de Januar 2013

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37. Portofreie Buch-Bestellungen unter



INNENPOLITIK Das Parlament - Nr. 12 - 18. März 2013

KURZ NOTIERT

Regierung will elektronischen Rechtsverkehr fördern

Das Potenzial der jüngeren technischen Entwicklung soll auch dem Rechtsverkehr auf prozessualem Gebiet zugute kommen. Deshalb hat die Bundesregierung eine Gesetzesinitiative (17/12634) in den Bundestag eingebracht, die vergangenen Donnerstag in erster Lesung im Plenum beraten wurde. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass "die Zugangshürden für die elektronische Kommunikation mit der Justiz bedeutend gesenkt und das Nutzervertrauen im Umgang mit dem neuen Kommunikationsweg gestärkt werden." Ebenfalls in erster Lesung beraten wurde ein Gesetzentwurf des Bundesrates (17/11691). Dieser enthält den Vorschlag, stufenweise flächendeckend den elektronischen Rechtsverkehr für alle Gerichtsbarkeiten einzuführen. Anlass der Länderinitiative ist, dass die freiwilligen Angebote der Länder zur elektronischen Kommunikation mit den Gerichten ihrer Meinung nach bislang nur in geringem Umfang genutzt würden.

Keine Neuregelung zum Angriffskrieg

Die Linksfraktion will "die direkte und indirekte Beteiligung an der Durchführung von Angriffskriegen" genauso unter Strafe stellen wie die Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen. Ein entsprechender Antrag (17/11698) wurde jedoch vom Bundestagsplenum vergangenen Freitag abgeleht. Beweggrund für den Antrag war laut Fraktion eine Entscheidung der Bundesanwaltschaft aus dem Jahr 2003. Damals seien "die Strafanzeigen gegen Mitglieder der Bundesregierung wegen der vielfältigen deutschen Unterstützungsleistungen für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA auf den Irak 2003" mit der Begründung abgelehnt worden, dass es sich "nicht um im Sinne des Paragraphen 80 des Strafgesetzbuchs (StGB) erhebliche Beiträge gehandelt

Verfahrensrechte sollen gestärkt werden

Die Europäische Union will die Mindestverfahrensrechte in ihren Mitgliedsstaaten vereinheitlichen. Um eine entsprechende EU-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf (17/12578) vorgelegt. Dieser wurde vergangenen Donnerstag in erster Lesung im Bundestag beraten und anschließend an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Mit der Schaffung von Mindeststandards sollen die Verfahrensrechte von Verdächtigen oder Beschuldigten im Strafverfahren gestärkt werden. Dies betrifft unter anderem das Recht auf Dolmetscherleistungen und Übersetzungen, wenn die Betroffenen der deutschen Sprache nicht oder nicht hinreichend mächtig sind.

EU-weite Verbesserung des Verbraucherschutzes

In der Europäischen Union sollen das Verbraucherschutzniveau erhöht sowie der Binnenmarkt für Geschäfte zwischen Unternehmen und Verbrauchern verbessert werden. Dies sieht eine EU-Verbraucherrechterichtlinie vor, die nun in deutsches Recht umgesetzt werden soll. Deshalb hat die Bundesregierung eine entsprechende Gesetzesinitiative (17/12637) in den Bundestag eingebracht. Diese wurde am vergangenen Donnerstag im Plenum in erster Lesung beraten und an die Ausschüsse überwiesen. "Durch eine Angleichung der Rechtsvorschriften sollen Hindernisse für den Binnenmarkt, von denen Unternehmer und Verbraucher betroffen sind, beseitigt werden", heißt es in dem Gestzentwurf zur Begründung. Außerdem soll die Richtlinie dazu dienen, "Unstimmigkeiten im zivilrechtlichen Verbraucherschutz zu beseitigen und Regelungslücken zu schließen".

Forderung nach Strafen für bestechliche Ärzte

Bestechlichkeit und Bestechung von Ärzten und anderen Leistungserbringern im Gesundheitswesen sollen unter Strafe gestellt werden. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/12693), den der Bundestag vergangenen Donnerstag ohne Aussprache an den Gesundheitsausschuss überwiesen hat. Die Grünen verlangen ferner die Einführung von Regelungen, die ökonomische Verflechtungen aller Akteure des Gesundheitswesens transparent machen sollen. Die Patienten müssten darauf vertrauen können, dass sich Ärzte bei der Behandlung ausschließlich an medizinischen Maßstäben orientierten.









Anti-Agenda 2010-Plakat bei einer Kungebung der Gewerkschaft IG Metall am 28. April 2003 - Bundeskanzler Gerhard Schröder beim SPD-Sonderparteitag zur Agenda 2010 am 1. Juni 2003 in Berlin

Eine Dekade später

ARBEITSMARKT An der "Agenda 2010" von Kanzler Schröder scheiden sich nach wie vor die Geister

n der "Agenda 2010" scheiden sich bis heute die Geister. Für die einen ist sie der Motor für das Wirtschaftsner Regierungserklärung vor zehn Jahren, am 14. März 2003, ein umfassendes wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitisches Reformwerk an

Exakt am zehnten Jahrestag der Agenda-Rede von Bundeskanzler Schröder hat der Bundestag vergangene Woche über die "Agenda 2010" debattiert. Dem Plenum lag dazu ein Antrag der Fraktion Die Linke vor (17/12095), der zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen wurde. Für die Linken ist die Agenda nach wie vor ein rotes Tuch. Aus ihrer Sicht handelt es sich um ein "Programm des offen angekündigten Sozialabbaus".

Chronische Probleme Die Agenda war als Beitrag zur Lösung für chronische Probleme der deutschen Gesellschaft gedacht, insbesondere das geringe Wirtschaftswachstum, den demographischen Wandel und die stetig wachsende öffentliche Verschuldung. Ein Bündel von wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Maßnahmen sollte dazu dienen, die Arbeitskosten zu senken, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Im Mittelpunkt der Agenda standen die sogenannten Hartz-

Reformen, die Verkürzung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld und die Lockerung des Kündigungsschutzes.

und Beschäftigungswachs- **Negative Bilanz** In der Debatte unterstrich tum der vergangenen Jahre, die Abgeordnete der Linken, Katja Kipping, für die anderen ein Synonym für Sozialab- noch einmal die aus ihrer Sicht eindeutig bau und die soziale Spaltung der Gesell- negative Bilanz der Agenda 2010. In den verschaft. Unumstritten ist nur so viel: Bundes- gangenen Jahren seien die Renten gesunken, kanzler Gerhard Schröder kündigte mit sei- und die Reallöhne hätten sich allein im Zeitraum zwischen 2005 und 2010 um fünf Prozent vermindert. Noch schlimmer sieht es nach Ansicht Kippings im Bereich der Arbeitslosenversicherung aus: Nur noch jeder vierte Arbeitslose erhalte Arbeitslosengeld I, und Hartz IV könne man nur als "Schikane per Gesetz" bezeichnen. "Das ist ein Angriff auf die Rechte von Erwerbslosen, um Reichen und Managern zu gefallen." Für Kipping gilt daher heute das gleiche wie vor zehn Jahren: "Es gibt keinen Reformstau, es gibt einen Gerechtigkeitsstau." Nötig sei jetzt eine "Agenda Sozial", die Hartz IV abschaffe und Mindestlohn und Mindestrente

> Der CDU-Abgeordnete Carsten Linnemann hielt den Linken vor, sie wollten "eine Neiddebatte". Die Bürger erwarteten aber, "dass wir mit ihren Steuergeldern vernünftig umgehen." Im Übrigen warnte Linnemann davor, die Bedeutung der Agenda 2010 zu überschätzen: "Die Stoßrichtung der Agenda war in der Sache richtig. Den Menschen geht es heute besser als vor zehn Jahren." Auch hätten die rot-grüne Regierung und die Union damals das gleiche Ziel verfolgt: "sicherer Wohlstand und sicherer Sozialstaat", versicherte Linnemann. Die derzeit

gute wirtschaftliche Lage Deutschlands sei aber nicht nur auf die Agenda zurückzuführen. Maßgeblich dafür sei auch die von der amtierenden Regierung verfolgte Politik, etwa das Festhalten an der dualen Ausbildung und das Bekenntnis zur industriellen Basis Deutschlands, betonte Linnemann. Der Erfolg lasse sich in Zahlen ausdrücken: "Die Langzeitarbeitslosigkeit ist unter der Regierung von Angela Merkel um 40 Prozent zurückgegangen", betonte Linnemann.

Der SPD-Abgeordnete Hubertus Heil plädierte für eine ausgewogene Beurteilung der Agenda 2010. Sie dürfe nicht durch eine rosarote Brille betrachtet werden, es sei aber auch verkehrt, ein Verelendungsszenario zu entwerfen. In den 16 Regierungsjahren von Bundeskanzler Kohl habe sich ein großer Reformstau aufgebaut. Deshalb wie auch angesichts von rund fünf Millionen Arbeitslosen habe man damals handeln müssen, betonte Heil. Er erinnerte daran, dass zu dem Agendaprogramm auch "ein 4 Milliarden Euro schweres Ganztagsschulprogramm" sowie die Umorganisation der Bundesanstaltat für Arbeit gehört hätten.

Kritischer Rückblick "Allerdings hat es auch Fehlentscheidungen gegeben, die wir korrigieren müssen", räumte Heil ein. Die Union habe damals im Bundesrat Regelungen durchgesetzt, die zu Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt geführt hätten. "Aus heutiger Sicht wäre es sinnvoll gewesen, schon 2003 einen Mindestlohn einzuführen", meinte Heil. Insgesamt seien die Reformen dennoch als Erfolg zu werten. "Ohne die Agenda 2010 wären uns in der Krise der Jah-

re 2008/2009 die sozialen Sicherungssysteme um die Ohren geflogen", ist sich Heil si-

Der FDP-Abgeordnete Johannes Vogel zog in Zweifel, dass SPD und Grüne sich heute wirklich noch zu den Agenda-Reformen bekennen würden. "Minijobs halten Sie heute für Teufelszeug", warf Vogel der SPD vor. gegen Zeitarbeit aus und wendeten sich von dem Prinzip des Förderns und Forderns ab. "Wenn man das alles umsetzen würde, wäre es um den deutschen Arbeitsmarkt schlecht bestellt", hielt Vogel der SPD vor und setzte hinzu: "Was sie tun, ist eine Generalabkehr von ihrer eigenen Reform." In Wahrheit sei es die Koalition, die heute eine vernünftige Reformpolitik glaubwürdig fortsetze. Für den Grünen-Abgeordneten

Markus Kurth schwankt die Debatte über die Agenda 2010 "zwischen Überhöhung und Dämonisierung". Zu einer nüchternen Beurteilung müsse man sich die Ausgangslage vor Augen halten: Im Wirtschaftsabschwung seien die Schwächen des sozialen Sicherungssystems deutlich zu Tage getreten, etwa das Nebeneinander von Sozial-Die Sozialdemokraten sprächen sich mitt- und Arbeitslosenhilfe oder die hohen Arzlerweile auch gegen die Rente mit 67 sowie neimittelkosten. Angesichts dieser Probleme habe man viel erreicht, meinte Kurth. Es seien aber auch Fehler gemacht worden. Für die Langzeitbezieher von Arbeitslosengeld II müsse mehr getan werden. "Und die Praxisgebühr haben wir Seehofer zu verdanken", sagte Kurth. Thomas von Winter **I**



STICHWORT

AGENDA 2010 – Zentrale Reformpläne im Bereich Arbeit und Beschäftigung

- Hartz IV Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zu einem einheitlichen System und Neuausrichtung der Arbeitsförderung durch Einführung des Prinzips "Fördern und
- Arbeitslosengeld Verkürzung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld auf zwölf beziehungsweise für über 55-Jährige auf 18 Monate
- Arbeitsmarkt Flexibilisierung von Leiharbeit, Lockerung des Kündigungsschutzes, Anhebung der Grenze für geringfügige Beschäftigung und Vereinfachung der Regelungen zur Abgabenpflicht

Mehr Rechte für Missbrauchsopfer

SCHUTZGESETZE Bundestag beschließt Verbesserungen für Betroffene

Opfer sexuellen Missbrauchs beschlossen. Insbesondere Betroffene im Kindes- und Jugendalter erhalten künftig mehr Rechte. Bei Enthaltung der Grünen stimmte das Plenum am vergangenen Donnerstag für den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs (17/6261) in der vom Rechtsausschuss geänderten Fassung (17/12735).

Das Parlament hat viele Verbesserungen für

Mehr Informationsrechte Unter anderem soll die Mehrfachvernehmung von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch vermieden werden. Gerade für Kinder und Jugendliche, die sexuell missbraucht wurden, sind Vernehmungen eine extreme Belastung. Durch sie müssen sie sich die körperlichen und seelischen Qualen immer wieder vor Augen führen. Deshalb ist bereits die Verwertung von Audio- und Videoaufzeichnungen von Vernehmungen im Prozess bei nicht erwachsenen Opfern möglich. Künftig ist das auch dann noch möglich, wenn sie inzwischen volljährig geworden sind. Denn oft wirken die traumatischen Erlebnisse bis weit ins Erwachsenenalter hinein.

Um Rechtssicherheit zu gewährleisten, soll die Vernehmung möglichst durch einen Richter erfolgen. Außerdem sollen künftig alle durch eine Tat verletzten Zeugen bei ihrer Vernehmung die Gelegenheit haben, über mögliche Auswirkungen der Tat auf ihr Leben zu berichten.

Bei Hauptverhandlungen mit minderjährigen Opfern soll die Öffentlichkeit nicht mehr zugelassen werden. Zudem können sich die Betroffenen in bestimmten Fällen besser über Urlaub und Haftlockerungen des Täters informieren.



Missbrauch hinterlässt lebenslang Spuren

Künftig steht einem Opfer ein kostenloser Opferanwalt auch dann noch zu, wenn das Verfahren erst im Erwachsenenalter be-

Initiativen abgelehnt Gegen das Votum von Sozialdemokraten und Linksfraktion lehnte das Parlament einen Gesetzentwurf der SPD zum Thema sexueller Missbrauch (17/3646) ab. Die SPD will die strafrechtliche Verjährungsfrist auf 20 Jahre und die zivilrechtliche Verjährungsfrist auf 30 Jahre erhöhen. In einem ebenfalls abgelehnten Änderungsantrag (17/12737) zu ihrem eigenen Gesetzentwurf tritt die Fraktion dafür ein, die strafrechtliche Verjährung erst mit Vollendung des 30. Lebensjahres beginnen zu lassen. Dadurch könnten diese Straftaten bis zum vollendeten 50. Lebensjahr des Opfers verfolgt werden.

Bei Enthaltung der SPD und gegen das Votum der Grünen und eines Großteils der Linken wies der Bundestag einen Gesetzentwurf der Grünen zur Verlängerung der zivilrechtlichen Verjährungsfristen sowie zur Ausweitung der Hemmungsregelungen bei Verletzungen der sexuellen Selbstbestimmung im Zivil- und Strafrecht (17/5774) zurück. Die Grünen treten für eine Ausweitung der zivilrechtlichen Verjährungsfristen auf 30 Jahre ein.

Zehn Stufen statt nur drei

BUNDESTAG Neue Offenlegungsregeln für Nebeneinkünfte

Für die Veröffentlichung der einmaligen oder regelmäßigen monatlichen Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten sollen ab der kommenden Legislaturperiode neue Regeln gelten. Eine entsprechende Beschlussempfehlung des Geschäftsordnungsausschusses (17/12670) zur Änderung der Verhaltensregeln für Abgeordnete beschloss das Parlament vergangene Wochen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP. Danach sind die Angaben über Nebeneinkünfte künftig in einem Zehnstufensystem zu veröffentlichen. Forderungen der drei Oppositionsfraktionen nach einer Veröffentlichung der Nebeneinkünfte "auf Euro und Cent" (17/12699, 17/12702) fanden keine Mehrheit im Plenum; ebenso wie Anträge der SPD- und Grünen-Fraktion (17/12698) sowie der Linksfraktion (17/12701), denen zufolge Berufsgeheimnisträgern wie etwa Rechtsanwälten die Angabe der Branche ihrer Mandaten zur Pflicht gemacht werden sollte. Bislang gilt für die Veröffentlichung ein System mit drei Einkommensstufen, bei dem Einkünfte von 1 000 Euro bis 3 500 Euro in Stufe Eins erfasst werden, Einkünfte bis 7.000 Euro in Stufe Zwei und darüber lie-

gende Einkünfte in Stufe Drei. Diese Rege-

lung "wird als nicht hinreichend transpa-

rent empfunden", wie es in der Beschluss-

empfehlung heißt. In Zukunft sollen die Angaben über Nebeneinkünfte daher in zehn Einkommensstufen veröffentlicht werden. Dabei erfasst Stufe Eins Einkünfte in der Größenordnung ab 1.000 Euro. Die Stufen Zwei bis Neun sind gestaffelt für Einkünfte von 3.500 Euro bis 250.000 Euro und Stufe Zehn betrifft Einkünfte über 250.000 Euro.

»Mehr Transparenz« Mit der Neuregelung soll dem CSU-Abgeordneten Wolfgang Götzer zufolge mehr Transparenz geschaffen werden. Dagegen habe er kein Argument gehört, dass mit einer Veröffentlichung in Euro und Cent "ein Transparenzgewinn erzielt werden kann", gab Götzer zu Protokoll. Für den FDP-Parlamentarier Jörg van Essen kann sich der Bürger mit dem Zehnstufensystem "ein zutreffendes Bild von der Wertigkeit einer Nebentätigkeit machen". Dagegen hält die SPD-Abgeordnete Sonja Steffen die neue Regelung für "genauso verwirrend wie die alte". Raju Sharma (Linke) sieht in der Zehnstufenregelung eine "Verschleierungstaktik". Aus Sicht des Grünen-Parlamentariers Volker Beck haben die Bürger ein Recht zu erfahren, wie hoch Abgeordneteneinkünfte aus Nebentätigkeiten sind "und welche Interessen die Abgeordne-

ten in diesem Rahmen vertreten".

ußenminister Guido Westerwelle (FDP) sieht die deutsche Abrüstungspolitik auf einem guten Weg. Beleg dafür sei der Jahresabrüstungsbericht 2012 (17/12570), den er am vergangenen Freitag vor dem Plenum des Bundestages als "Erfolgsgeschichte" bezeichnete. "Der Erfolg der Bundesregierung im Bereich Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung kann sich sehen lassen", sagte der Minister.

Das bewertet die Opposition anders. Weder sei es gelungen, Atomwaffen von deutschen Boden zu entfernen, noch seien die Verhandlungen mit Russland in Gang gekommen, bemängelten SPD und Grüne. Aus Sicht von Inge Höger (Die Linke) ist das in dem Bericht enthaltene Lob für den Nato-Gipfel in Chicago im Mai des vergangenen Jahres ein Hohn. Das Bündnis habe dort seine Nuklearstrategie erneut bekräftigt, kriti-

Ermutigende Zeichen Der Außenminister vertrat hingegen die Auffassung, dass bei dem Gipfel deutlich geworden sei, dass es in der Nato "noch nie ein so großes Abrüstungsbekenntnis gegeben hat, wie jetzt". Für weitere Schritte gebe es zudem ermutigende Zeichen, sagte Westerwelle. US-Präsident Barack Obama treibe die Abrüstungsagenda voran, sagte der Minister. Deutschland werde ihn dabei unterstützen. Ein wichtiges Thema in der Abrüstungsfrage sei die Raketenabwehr, sagte Westerwelle. Hier habe man eine "glasklare" Haltung: Wolle man Sicherheit und Stabilität in Europa gehe das nicht gegen sondern nur mit Russland, machte er deutlich. Daher müssten die Russen auch in den Dialog über die Raketenabwehr einbezogen werden.

Uta Zapf (SPD) kritisierte, dass der ebenfalls benötigte Dialog mit Russland über taktische Nuklearwaffen noch nicht angefangen habe. "Es ist höchste Zeit, dies in Angriff zu nehmen", sagte sie. Die Bundesregierung habe versprochen, die taktischen Atomwaffen von deutschem Boden zu entfernen. "Darauf haben wir derzeit keinerlei Aussicht." Stattdessen stehe die Modernisierung amerikanischer Atomwaffen ins Haus, sagte Zapf. Anders als von der Bundesregierung behauptet, sei dies aber eben keine nationale Angelegenheit der USA. "Das berührt auch uns ganz sehr", betonte sie.

Waffenexporte Lob für den Außenminister gab es von Roderich Kiesewetter (CDU). Dass die Nato Abrüstung und Rüstungskontrolle zum Thema gemacht habe, sei ein Verdienst der Bundesregierung, befand er. Ebenfalls große Verdienste habe sich Deutschland beim Einsammeln von Kleinwaffen in Nordafrika gemacht, setzte er hinzu. Damit erreiche man mehr regionale Sicherheit. Als "ganz entscheidend" bezeichnete Kiesewetter eine verbesserte Kooperation mit Russland in der Frage der strategischen Atomwaffen ebenso wie bei den konventionellen Waffen.

Seitenweise schöne Worte - wie im Abrüstungsbericht der Bundesregierung – könnten nicht darüber hinweg täuschen, dass es der schwarz-gelben Abrüstungspolitik an Substanz fehle, sagte Agnes Brugger (Bündnis 90/Die Grünen). Beleg dafür sei, dass die Kanzlerin Waffenexporte unter dem Motto

Umstrittene Bilanz

ABRÜSTUNG Der Außenminister spricht von Erfolgen. Die Opposition sieht das anders und beklagt "mutlose Politik"



Aufrüstung in Nordkorea: Die Führung in Piöngjang behauptet, über einsatzfähige Atomsprengköpfe zu verfügen

wesentliches Instrument deutscher Außenpolitik halte. "Dieser Kurs ist falsch und gefährlich", sagte Brugger. Dem Außenminister warf sie eine mutlose Politik vor. "Sie warten immer nur auf den amerikanischen Taktgeber", kritisierte sie.

Allein im letzten Jahr habe die deutsche Rüstungsindustrie ihre Exporte in die Golfstaaten verdoppelt, sagte Inge Höger (Die Linke). Deutschland sei inzwischen der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. "Wie passt das damit zusammen, dass die Regierung sich rühmt, 2012 etwas gegen die Verbreitung von Kleinwaffen unternommen zu haben?", fragte sie. Zugleich kritisierte gesetzten Zielen zur weltweiten Verringe-

Ertüchtigung statt Einmischung" für ein. Höger auch die Planungen für ein Raketen- rung von Atomwaffen nicht gerecht gewor abwehrsystem. Dies würde zu einer weiteren Aufrüstung führen und werde von ihrer Fraktion abgelehnt, machte sie deutlich.

> Anträge abgelehnt Im Anschluss an die Debatte lehnte der Bundestag Anträge der SPD (17/11323), der Linksfraktion (17/11225) und von Bündnis 90/Die Grünen (17/9983) ab. Die Sozialdemokraten hatten in ihrer Vorlage die Bundesregierung aufgefordert, sich innerhalb der Nato und gegenüber bilateralen Partnern für eine Reihe von Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung einzusetzen. Bisher sei sie ihren selbst

den und habe beim Nato-Gipfel in Chicago am 31. Mai 2012 sogar dem neuen Strategischen Konzept der Allianz zugestimmt, das keine Reduzierung der Rolle von Nuklearwaffen vorsieht.

Die Linksfraktion hatte verlangt, den Abzug von US-Atomwaffen aus Deutschland mit der Regierung der USA zu vereinbaren und "umgehend einzuleiten". Die Grünen hatten gefordert, die Bereitstellung von Bundeswehrpiloten und Trägersystemen zum Nukleareinsatz unverzüglich einzustellen. Neben den drei Anträgen fand auch ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion (17/12703) keine Mehrheit. Götz Hausding ■

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Druck und Hilfe für Bulgarien

EUROPA Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Markus Löning (FDP), hat vergangene Woche vor den Abgeordneten im Europaausschusses ein düsteres Bild von der Lage in Bulgarien gezeichnet. Viele Menschen würden das Land verlassen. Innerhalb Bulgariens gebe es eine starke Binnenmigration vom Land in die Hauptstadt Sofia. Die Infrastruktur liege weit hinter den Verhältnissen im EU-Durchschnitt zurück. Löning sprach vom "ärmsten Land der EU". Es gebe ein "sehr fragilen Verhältnis zu Minderheiten". Während seines Aufenthalts sei er Zeuge eines gescheiterten Anschlags auf den Chef der Türkenpartei, Ahmed Dogan, gewor-

Löning gab zudem einen Überblick über die aktuelle politische Situation in Bulgarien. Nach dem Rücktritt der Regierung habe Staatspräsident Rossen Plewneliew eine neue Regierung ernannt. In zwei Monaten soll gewählt werden. Laut Löning wird mit einer Koalitionsregierung gerechnet. Er berichtete unter anderem, dass er von unterschiedlichen Seiten um Hilfe gebeten worden sei, "damit die Dinge bei den Wahlen vernünftig laufen"

Der Menschenrechtsbeauftragte hatte sich un-

ter anderem über die Situation der Roma im

Land informiert. "Das ist eine Aufgabe für Jahrzehnte, die nicht leicht und schnell lösbar ist", sagte Löning. Es gebe eine extreme Ablehnung in der Bevölkerung. Eltern nähmen ihre Kinder aus den Klassen, wenn mehr als zwei oder drei Roma-Kinder mitunterrichtet werden sollen. In Bulgarien fehlten zudem auch administrative Fähigkeiten zur Lösung der Probleme. Hier sah Löning Möglichkeiten für die EU das Land zu unterstützen. Neben Druck müsse es auch Hilfe geben. "Aus eigener Kraft kann Bulgarien es nur sehr schwer schaffen", sagte er. Löning

gab zu bedenken, dass es in den vergangenen

20 Jahren auch Fortschritte gegeben habe. Die

Modernisierung eines Landes könne nicht in

wenigen Jahren passieren, betonte er. ah ■

SPD dringt auf UN-Reform

AUSWÄRTIGES Die SPD-Fraktion fordert von der Bundesregierung mehr Engagement zur Reform des UN-Sicherheitsrates. Gegen Ende der zweijährigen deutschen Ratsmitgliedschaft müsse konstatiert werden, dass die Bilanz der Bundesregierung in dieser Frage "ernüchternd" ist, heißt es in einem Antrag (17/12242, 17/11576) der Sozialdemokraten. CDU/CSU, FDP und Die Linke sahen das vergangenen Woche jedoch anders und lehnten die Initiative ab. Bündnis 90/Die Grünen stimmten mit den Sozialdemokraten.

Ein Schritt wie eine Reform des UN-Sicherheitsrat lässt sich nicht innerhalb von zwei Jahren ausführen, argumentierte der CDU-Abgeordnete Peter Beyer. Deutschland dafür zu kritisieren, hier nicht genug getan zu haben, sei daher ein "überflüssiger Vorwurf". Die Bundesrepublik habe ihre Zeit im obersten UN-Entscheidungsgremium "konstruktiv" genutzt. "Wirklichtsfremd" erscheine ihm die Forderung, Deutschland hätte während des UN-Vorsitzes eine Reform vornehmen können, sagte der Abgeordnetete Bijan Djir-Sarai (FDP). Diese Erwartung sei "schlicht unerfüllbar". Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) war anderer Meinung: Es sei in der Frage einer Reform des UN-Sicherheitsrats nicht gelungen, "irgendein Ergebnis vorzuweisen". Die Beratung hätten "leider" gezeigt, dass die Koalition sich "unserer Kritik verschließt". Stefan Liebich (Die Linke) bemängelte die "schleppende Reform", vor allem aber die fehlende Repräsentanz des globalen Südens im UN-Sicherheitsrat. Der "nationale Traum" eines permanenten deutschen Sitzes im Sicherheitsrat sei ausgeträumt, sagte Tom Koenigs (Grüne).

Kirchen kritisieren Rüstungsexporte

ENTWICKLUNG Die katholische und die evangelische Kirche in Deutschland üben Kritik an der deutschen Rüstungsexportpolitik. Das wurde ver- port von Minenräumgeräten in Konfliktgebiete gangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutlich, der sich mit dem Rüstungsexportbericht der Bundesregierung (17/11785) für 2011 und dem Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) für den selben Zeitraum befasste.

Dem GKKE-Rüstungsexportbericht zufolge sind im Jahr 2011 21,2 Prozent aller Einzelausfuhrgenehmigungen für Staaten erteilt worden, die laut OECD als Entwicklungsempfänger eingestuft werden. Der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung hingegen beziffert die Einzelausfuhrgenehmigungen für Entwicklungsländer mit 9,3 Prozent aller Einzelausfuhrgenehmigungen im Jahre 2011. Die Differenz erkläre sich vor allem

dadurch, dass die Bundesregierung hier weder Exporte an den Nato-Partner Türkei noch den Exeinrechne, betonte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gudrun Kopp (FDP).

Bernhard Felmberg, evangelischer Vorsitzender der GKKE, sah "großen Handlungsbedarf" für mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle bei Rüstungsexporten. Karl Jüsten, katholischer Vorsitzender der GKKE, sprach vom "Eindruck einer Genehmigungspraxis, die sich nicht an die eigenen restriktiven Maßstäbe" halte und die Einhaltung von Menschenrechten in den Empfängerländern oftmals anderen Interessen unterordne. Es sei ein "gefährlicher Trugschluss" zu glauben, dass Rüstungsexporte zur Stabilisierung in Konfliktregionen beitragen könnten. ahe ■

KURZ NOTIERT

Debatte um Stelle zur Verhütung von Folter

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für eine großzügigere Ausstattung der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter ein. Mit den vorhandenen Mitteln könne die Institution ihrem gesetzlichen Auftrag nicht nachkommen, hieß es in einem Antrag (17/11207), den die SPD und Die Linke unterstützten. Die Koalitionsfraktionen waren anderer Auffassung und lehnten das Anliegen am Donnertag ab. Die Grünen hatten argumentiert, dass sich der UN-Ausschuss gegen Folter zuletzt in seinem Bericht über Deutschland besorgt darüber gezeigt habe, das die Nationale Stelle "nicht hinreichend mit Personal sowie finanziellen und technischen Ressourcen ausgestattet ist".

Abkommen zwischen **EU und Zentralamerika**

Ein Abkommen zwischen Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama einerseits und der EU andererseits soll ratifiziert werden. Die Bundesregierung hat dazu einen Gesetzentwurf (17/12355) vorgelegt. Die Initiative befasst sich mit politischem Dialog, Kooperation und Handel. Unter den Hauptzielen des Dialogs komme den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine besondere Bedeutung zu. Der zweite Teil befasse sich mit der Zusammenarbeit auf konkreten Gebieten unter anderem dem Kampf gegen den Terrorismus. Der Handelsteil des Abkommens soll ein "transparentes, diskriminierungsfreies und berechenbares Umfeld" für europäische und zentralamerikanische Wirtschaftsbeteiligte und Investoren in der Region gewährleisten, heißt es weiter.

»Mehr als laue Worte«

UNGARN Bundestag besorgt über die umstrittene Verfassungsreform der regierenden Fidesz-Partei

Norbert Lammert macht keinen Hehl aus seiner Besorgnis: Es gelinge offensichtlich nicht, die Öffentlichkeit in Deutschland und Europa von der Notwendigkeit der neuerlichen Verfassungsänderung in Ungarn zu überzeugen, sagte der Bundestagspräsident am vergangenen Dienstag bei einem Gespräch mit dem ungarischen Staatspräsidenten Janós Ader in Berlin. Einen Tag zuvor hatte Lammert in Budapest in einer Rede vor dem Parlament für die Wahrung von Minderheitenrechten geworben.

Parteienfamilie Klare Worte, die sich die Opposition vergangene Woche auch von der Kanzlerin wünschte. In einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion zum "Standpunkt der Bundesregierung zu den beschlossenen Verfassungsänderungen in Ungarn im Hinblick auf die Einhaltung europäischer Grundwerte" sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier, man dürfe erwarten, dass die Euro-

päische Kommission und die Kanzlerin für die Entwicklungen in Ungarn "mehr als laue Worte" finden würden. Steinmeier wies darauf hin, dass die Union und die ungarische Fidesz-Partei eine "Parteifamilie" seien. Deutschland habe Ungarn viel zu verdanken, weil das Land vor 23 Jahren den Mut gehabt habe, "den eisernen Vorhang zu überwinden" und damit den Weg für die Deutsche Einheit freigemacht habe. Dennoch dürfe man angesichts der aktuellen Entwicklungen nicht schweigen. Mit der vierten Verfassungsreform innerhalb von zwei Jahren würden Rechtsstaat und Demokratie in Ungarn beschädigt. Das Verfassungsgericht sei entmachtet worden, es seien massenhaft Richter und Staatsanwälte entlassen und die Befugnisse der Parlaments beschränkt worden. All dies werde von einem "dumpfen und völkischen Nationalismus" begleitet. Fremdenfeindlichkeit und Ausfälle gegen Andersdenkende würden "gesellschaftsfähig in Ungarn".



Bundestagspräsident Norbert Lammert im ungarischen Parlament

Auch Stefan Liebich (Die Linke) forderte eine deutliche Reaktion der Union: Man könne mehr erwarten, als dass sie zulasse, dass ihre Parteifreunde die Grundrechte von Europäerinnen und Europäern "mit Füßen treten". Der Grünen-Abgeordnete Manuel Sarrazin sprach von einer "Nichtreaktion" Merkels. Die Kanzlerin sei bei dem Thema offenkundig "nicht gut aufgestellt". Er forderte eine Aussage der Bundesregierung, ob die Entwicklung in Ungarn noch mit den Werten der EU nach Artikel 2 des EU-Vertrags in Übereinstimmung seien. Es sei im deutschen Interesse, "klare Worte nach Budapest" zu senden. Fingerzeig Die Koalitionsfraktionen teilten

zwar die Besorgnis über die Entwicklung in Ungarn, mahnten aber zur Zurückhaltung. So betonte Gunther Krichbaum (CDU), der Hinweis sei wichtig, dass man sich "im Plenarsaal, nicht im Gerichtssaal" befinde. Man müsse zu den Geschehnissen Stellung beziehen, dies aber "mit Augenmaß" und dürfe sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen. Diese Debatte dürfe nicht über Ungarn, sondern müsse mit Ungarn geführt werden. Er begrüße die gemeinsame Initiative des Außenministers Guido Westerwelle (FDP) mit Amtskollegen aus Dänemark, Finnland und den Niederlanden, um künftig schneller auf Fehlentwicklungen reagieren zu können.

Für die FDP unterstrich Joachim Spatz, die Bundesregierung habe sich "eindeutig geäußert", sowohl auf informellem wie offiziellem Wege. Die Kritik müsse angemessen und "nicht oberlehrerhaft" sein. Es gebe eine Einladung des ungarischen Parlamentspräsidenten an den Bundestag, sich der Diskussion zu stellen. Spatz forderte seine Kollegen auf, sich dabei über das "unglückliche Gesetzesverfahren" in "Kollegialität und Freundschaft" zu äußern. Susanne Kailitz 🎚

Gegenwind für Fitschen

ENTWICKLUNG Kritik an Finanzwetten auf Nahrungsmittel

Es ist kein einfacher Auftritt für Jürgen Fitschen: Vertreter aller Fraktionen kritisierten in der vergangenen Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den Co-Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank für die Entscheidung seines Hauses, sich weiter an umstrittenen Spekulationsgeschäften mit Nahrungsmitteln zu be-



Jürgen Fitschen und Ausschusschefin Dagmar Wöhrl (CSU)

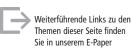
teiligen. Im Mittelpunkt der kontroversen Diskussion stand die Frage, ob zwischen Finanzgeschäften mit Agrarrohstoffen und starken Preisschwankungen auf den Märkten für Grundnahrungsmittel eine Kausalität besteht. Jürgen Fitschen betonte, dass seine Bank nach eingehender Prüfung zu dem Schluss komme, dass es kaum haltbare Belege für einen Zusammenhang dieser Geschäfte mit dem Hunger in der Welt gebe.

Thilo Bode, Geschäftsführer der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch bekräftigte, dass Finanzwetten die realen Preise für Nahrungsmittel beeinflussen würden. Bis zum Beweis des Gegenteils müsse die Deutsche Bank aus dem Geschäft mit Nahrungsmittelspekulationen aussteigen, forderte er. Bode führte aus, dass insbesondere kurzfristige Preisschocks zu Hunger und Mangelernährung in Entwicklungsländern führten. "Es gibt ein Menschenrecht auf Nahrung, aber

keines auf Finanzwetten", sagte er und kritisierte, dass die Deutsche Bank Versuche einer Regulierung in Brüssel torpedieren würden.

Fitschen verwahrte sich gegen den Vorwurf, sein Haus betreibe ein Geschäft mit dem Hunger: Mangelernährung hätte ihre Ursachen nicht in Finanzwetten, sondern unter anderem darin, dass Kleinbauern in Entwicklungsländern der Zugang zu Krediten fehle und der Import subventionierter Lebensmittel aus Industriestaaten ihnen die Lebensgrundlage entziehen würde. Fitschen betonte zudem, dass Spekulationen ein wichtiges Instrument für effiziente Märkte seien, etwa

bei der Absicherung von Ernterisiken durch Termingeschäfte. Vertreter aller Fraktionen unterstrichen demgegenüber, dass es nicht um ein Verbot von Termingeschäften gehe, sondern um eine stärkere Regulierung, um Exzesse auf den Märkten zu unterbinden. ahe







Die EU-Parlamentarier erteilen den von den Mitgliedstaaten erzielten Kompromiss zum Budget "in seiner gegenwärtigen Form" eine Absage.

Kraftprobe in Krisenzeiten

EU Das Europaparlament lehnt den EU-Finanzrahmen bis 2020 ab. Das Volumen ist allerdings unstrittig

hat die EU-Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2020 abgelehnt und den EU-Mitgliedsstaaten klar signalisiert, dass es seine neu halt ernst nimmt. Vergangene Woche stimmten die Europa-Abgeordneten in Straßburg mit großer Mehrheit gegen den Haushalts-Kompromiss, den die 27 Staats- und Regie-

rungschefs Anfang Februar nach zähem Ringen erreicht hatten. Allerdings wollen die Abgeordneten die Finanzplanung nicht komplett aufschnüren. Das geplante Volumen von 960 Milliarden Euro stellten sie nicht in Frage. Ursprünglich hatten die Parlamentarier - wie auch die EU-Kommission - für eine deut-

liche Aufstockung des EU-Haushaltes plädiert. Der erzielte Kompromiss sieht dagegen vor, dass der EU-Haushalt erstmals real

Nachbesserungen Mit ihrem negativen Votum wollen die Europa-Abgeordneten Nachbesserungen erzwingen. "Wir sind bereit, nun über einen verbesserten mehrjährigen Finanzrahmen zu verhandeln", sagte Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) nach der Abstimmung. Weil das Europäische Parlament dank des Vertrags von Lissabon zum ersten Mal bei der mittelfristigen Finanzpla-

nung mitentscheiden darf, war abzusehen, dass die Abgeordneten das Zahlenwerk nicht einfach abnicken würden. Bereits im Vorfeld gegeben, dass sie entschlossen sind, Einfluss Europaparlament hat gezeigt, dass es als Verhandlungspartner ernst genommen werden muss", sagte Parlamentspräsident Schulz.

sicher ein

guter Tag

für die

europäi-

sche De-

mokra-

Die EU-

sion hat

tie."

»27 nationale Egoismen schaffen keinen Mehrwert für Europa.« Jutta Haug (SPD)

die Mitgliedsstaaten im Rat und das Europäische Parlament nun aufgefordert, die Verhandlungen "zügig" aufzunehmen. Erste informelle Verhandlungen zwischen einer Gruppe von Abgeordneten und der irischen Ratspräsidentschaft sollen noch vor Ostern stattfinden. Im Idealfall werden die Abgeordneten im Juni oder Juli über eine nachgebesserte Haushaltsplanung abstimmen, so dass der Finanzrahmen pünktlich zum Jahresbeginn 2014 in Kraft treten könnte.

In der verabschiedeten Entschließung fordern die Europa-Abgeordneten einen "zeitgemäßen, auf die Zukunft ausgerichteten, flexi-

blen und transparenten Haushalt". Der FDP-Europa-Abgeordnete Alexander Graf Lambsdorff betonte, es gehe "nicht um mehr Geld hatten zahlreiche Volksvertreter zu verstehen für die EU, sondern darum, dass das Geld der Steuerzahler sinnvoller ausgegeben wird." auf das Endergebnis auszuüben. Gleichzeitig Die Mitgliedsstaaten hatten beim Gipfel im gewonnenen Kompetenzen in Sachen Haus- ging es den Parlamentariern nicht darum, Februar vor allem die in die Zukunft gewand-Fundamentalopposition zu betreiben, "Das ten Investitionen zusammengestrichen, weil es keinen Konsens gab, etwa die Ausgaben für Landwirtschaft stärker zu beschneiden. Dass die Mitgliedsstaaten bei den Verhandlungen

rein auf die nationale Nettoposition geachtet und das Potenzial grenzüberschreitender Politikinitiativen vernachlässigt haben, stieß im Europäischen Parlament auf heftige Kritik. "27 nationale Egoismen schaffen keinen europäischen Mehrwert, Wachstumsimpulse Wettbewerbsfähigkeit in

Europa", monierte Jutta Haug (SPD), stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Der Vorsitzende der Fraktion der Konservativen im Europäischen Parlament, der Franzose Joseph Daul, betonte, dass es dem Parlament ausdrücklich darum geht, in den bevorstehenden Verhandlungen "das europäische Interesse" zu verteidigen.

Konkret streben die Europa-Abgeordneten an, dass die Haushaltsmittel künftig flexibler genutzt werden können. Werden Beträge nicht genutzt, so sollen sie nicht wie bisher wieder an die EU-Mitgliedsstaaten zurückfließen, sondern auf die folgenden Jahre

übertragen werden. Außerdem wollen die EU-Parlamentarier die mittelfristige Haushaltsplanung nach der Europawahl 2014 grundlegend überarbeiten. Bei beiden Punkten haben die Staats- und Regierungschefs

Kompromissbereitschaft signalisiert. Die Europa-Abgeordneten hoffen vor allem, dass es auf der Einnahmeseite zu Änderungen kommt. Rabatte würden sie gerne komplett abschaffen. Beim Kompromiss vom Februar war die Zahl der Sonderregelungen

ell 38 auf

künftig

höht

worden.

Rechts-

grundla-

ge ist die

Zustim

er-

50

»Es geht nicht um mehr Geld für die EU.« Alexander Graf Lambsdorff (FDP)

mung hinter verschlossenen Türen erkauft worden", kritisiert Haug. "Das geht nicht und gehört dringend auf den demokratischen Prüfstand." Ohnehin setzt sich das Europäische Parlament dafür ein, dass alle EU-Ausgaben tatsächlich auch über den EU-Haushalt finanziert werden sollen, weil nur auf diesem Wege gesichert sei, dass die Ausgaben demokratisch kontrolliert werden. Um besonders starken Druck auf die Mitgliedsstaaten auszuüben, wollen die Europaabgeordneten die Verhandlungen nicht aufnehmen, ehe die unbezahlten Rechnungen

sind. Ende 2012 beliefen sich die ausstehenden Beträge auf 217,3 Milliarden Euro. In diesem Jahr könnte dieser Rekordwert noch übertroffen werden, wenn die EU-Mitgliedsstaaten keinem Nachtragshaushalt zustimmen. Sollten die Rechnungen mit den für dieses Jahr vorgesehenen Mitteln beglichen werden, dann würde die EU Schulden vor sich herschieben. "Artikel 310 des Vertrags verbietet ein Europäisches Haushaltsdefizit", sagt Daul. "Das Parlament kann daher nicht akzeptieren, dass wir uns seit 2013 in einer Defizitsituation befinden."

Spardruck Forderungen nach einem Nachtragshaushalt haben die EU-Mitgliedsstaaten bisher abgelehnt und dies mit dem nationalen Sparzwang abgelehnt. "Es ist absurd, dass sich die Kommission künftig verschulden soll, während die Mitgliedsstaaten sich immer strengere Regeln zum Schuldenabbau geben", urteilt Alexander Graf Lambsdorff. Wenn Länder auf den nationalen Spardruck verweisen, empfinden das viele im Europäischen Parlament ohnehin als verlogen. "94 Prozent der Ausgaben fließen in die Mitgliedsstaaten zurück oder gehen in die gemeinsame Außenpolitik", sagt Helga Trüpel, haushaltspolitische Sprecherin der Grünen im Europäischen Parlament. Das EU-Budget komme allen voran den Mitgliedsstaaten zugute und nicht den EU-Institutionen. Silke Wettach

> Die Autorin ist Brüssel-Korrespondentin der "Wirtschaftswoche".

Bildung als Schlüssel

ENTWICKLUNG Die SPD-Fraktion ist mit ihrer Inititative gescheitert, Bildung und Ausbildung als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auszubauen. Ein entsprechender Antrag (17/11492, 17/6484) fand vergangene Woche keine Mehrheit im Bundestag. In der Initiative hieß es, vor allem Mädchen, Kinder mit Behinderung und Kinder ethnischer Minderheiten seien beim Bildungszugang benachteiligt. Deshalb müssten sich nationale Bildungsstrategien und die internationale Zusammenarbeit auf diese Gruppen konzentrieren, um chancengleichen Zugang zu Bildungssystemen auf allen Stufen zu etablieren.

Anette Hübinger (CDU) sagte, es sei besorgniserregend, dass 61 Millionen Kinder weltweit keine Grundschule besuchen und von 650 Millionen Kindern im Grundschulalter 120 Millionen Kinder nicht die vierte Klasse erreichen. Eine "riesige Herausforderung" nannte Harald Leibrecht (FDP) diese Zahlen. Bärbel Kofler (SPD) verwies darauf, dass keines dieser Kinder lesen und schreiben könne. "Das muss uns doch sorgen und zu Anstrengungen beflügeln", sagte die Abgeordnete. Niema Movassat (Die Linke) machte darauf aufmerksam, dass derjeneige, der nicht lesen und schreiben kann, eher von Armut betroffen sei. Nicht nur der Zugang zu Bildung, sondern auch die Qualität von Bildung müsse verbessert werden, sagte Ute Koczy (Grüne).

Hilfe für Opfer von Halabja

AUSWÄRTIGES Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP fordern die Bundesregierung auf, auch weiterhin Mittel für zivilgesellschaftliche Initiativen zur medizinischen und psychologischen Nachsorge der Opfer von Halabja (Irak) und ihrer Angehörigen bereitzustellen. Der Antrag (17/12684) fand am vergangenen Donnerstag auch die Zustimmung der Fraktion Die Linke. Die SPD stimmte gegen den Inititiave; Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. Nach Auffassung von Union und Liberalen sei weiterhin ein "signifikanter Beitrag" zu leisten, um die immer noch vorhandenen Leiden der Betroffenen zu lindern. Am 16. März dieses Jahres jährte sich zum 25. Mal der Giftgasangriff durch Saddam Hussein auf die kurdische Stadt Halabia. Etwa 5.000 Menschen starben damals, weitere Tausende wurden verletzt, viele leiden bis heute unter den Folgen.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen scheiterten zu diesem Thema mit einem gemeinsamen Antrag (17/12685). CDU/CSU und FDP waren dagegen; die drei Oppositionsfraktionen dafür. Nicht besser erging es einer Initiative der Fraktion Die Linke (17/12692). Die Koalitionsfraktionen und die SPD votierten dagegen; die Grünen enthielten sich.

Alle fünf Fraktionen erwarten von der Bundesregierung, sich weiterhin für die Ächtung von Chemiewaffen einzusetzen. Wie auch schon die Koalitionsfraktionen ("tiefes Bedauern") weist die Opposition darauf hin, dass die Verbrechen in Halabja mit Giftgas verübt wurden, dessen Herstellung höchstwahrscheinlich mit illegalen Lieferungen deutscher Firmen ermöglicht wurde. Die Linke fordert angesichts dieser Mitver-

antwortung deutscher Firmen und indirekt auch der damaligen Bundesregierung Entschädigungen und humanitäre Hilfe für die

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN! Jetzt auch als E-Paper. **Mehr Information.** Mehr Themen. Mehr Hintergrund. Mehr Köpfe. **Mehr Parlament.** www.das-parlament.de parlament@fs-medien.de Telefon 069-75014253

EU-Gipfel überspielt Streit um Sparpolitik

aus dem vergangenen Jahr beglichen worden

EUROPA Die Auffassungen über den künftigen Kurs in der Wirtschaftspolitik gehen weiterhin erheblich auseinander

Es war ein EU-Gipfel ohne konkrete Beschlüsse - und ohne offenen Streit. Die 27 Staats- und Regierungschefs vermieden bei ihrem Treffen am vergangenen Donnerstag und Freitag in Brüssel eine direkte Konfrontation zum künftigen Kurs in der europäischen Wirtschaftspolitik. Durch weiche, interpretationsfähige Formulierungen im Abschlusscommuniqué wie "differenzierte, wachstumsfreundliche Haushaltssanierung" versuchten sie die Divergenzen zu

"Wir haben heute, in einer sehr einvernehmlichen Diskussion deutlich gemacht, dass Konsolidierung, Strukturreformen und Wachstum keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen", beschrieb Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Debatte. Das klingt harmonisch. Die Aussagen anderer Gipfelteilnehmer zeichnen allerdings ein anderes Bild. Sowohl Frankreichs Präsident François Hollande als auch der scheidende Ministerpräsident Mario Monti sprachen sich für mehr Flexibilität bei den

> Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden

Sparausgaben aus. Der kürzlich abgewählte Monti warnte explizit, dass ein zu schnelles Reformtempo den Widerstand der Wähler auslöse. Er beobachte, dass "die öffentliche Unterstützung für Reformen und, noch schlimmer, für die Europäische Union dramatisch abnimmt".

Frankreichs Präsident Hollande möchte ganz konkret mehr Zeit für die Haushalts-

er eingestanden, dass Frankreich in diesem Jahr das Defizitziel von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts verfehlen und bei 3,7 Prozent landen wird. Hollande, dessen Beliebtheit nach zehn Monaten im Amt mit nur 30 Prozent niedriger ist als die seiner drei Vorgänger, hofft auf die Milde der EU-Kommission.

konsolidierung bekommen. Gerade erst hat



Bundeskanzlerin Merkel (rechts) im Gespräch mit dem griechischen Premier Samaras

Monti äußerte erneut den Wunsch, dass öffentliche Investitionen, die langfristig zu Wachstum führen, bei der Defizit- und Schuldenberechnung anders behandelt werden sollen als andere Staatsausgaben. Der finnische Premier Jyrki Katainen wies dies zurück, da es in der Praxis schwierig sei, den Unterschied zu definieren. In der Abschlusserklärung findet sich jedoch ein vage Formulierung dazu wieder, die französische und italienische Diplomaten als positiv bewerten. Das Thema Arbeitslosigkeit war ein zentrales Thema beim Gipfel. Kommissionspräsident José Manuel Barroso hatte Zahlen mitgebracht, die das Ausmaß der Krise am Arbeitsmarkt belegen. In Griechenland und Spanien liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei über 50 Prozent. Ratspräsident Herman Van Rompuy betonte jedoch, dass Wachstum eine Voraussetzung für mehr Jobs - sich von den Regierungen nicht kaufen oder bestellen lassen könne. Sie müssten die Voraussetzung dafür schaffen. Mögliche Faktoren für mehr Wachstum werden sich die europäischen Staats- und Regierungschefs bei ihren kommenden Gipfeln im Detail ansehen.

Im Juni wollen sich die Staats- und Regierungschefs die Vertiefung der Währungsunion vorantreiben, ein Thema, bei dem die unterschiedlichen Ansätze in der Wirtschaftspolitik erneut aufbrechen werden.



Von der Last des Gewissens

ERMÄCHTIGUNGSGESETZ Vor 80 Jahren stimmte auch Theodor Heuss für Hitlers Griff zur Macht

Tempo und

Hegemonie-

streben

der Nazis

übertreffen

schnell alle

Illusionen.

parlamentarischen Praxis, vollends zu überblicken verwehr mit unübersehbaren Implikationen, aufwändige Sozialprogramme ohne Folgeneinschätzung - und dies nicht selten unter ungeheurem Zeitdruck: Stets die profunde Kompetenz eines Willensaktes zu besitzen, grenzt an menschliche Überforderung. Dennoch wird dieses Dilemma des Parlamentarier-Daseins zumeist tabuisiert. "Verkommen wir zu reinen 'Abnickern´?", fragte sich als einer der wenigen der sozialdemokratische Abgeordnete Marco Bülow, als er über seinen schleichenden "Einflussverlust" sinnierte.

Absolute Macht Da erging es dem liberalen Reichstagsabgeordneten Theodor Heuss im Frühjahr 1933, also vor 80 Jahren, kaum anders. Als er bei der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März seinen Wahlzettel in die Urne warf: Konnte er wirklich ermessen, was Hitler aus diesem Votum machen würde? Dennoch beschlich ihn unmittelbar das heikle Gefühl, dass "ich dieses Ja nie mehr aus meiner Lebensgeschichte auslöschen könne". Gewiss herrschten damals politisch hektische Tage in Berlin. Die Nazis versuchten die "nationale Revolution", wie sie ihre Machteroberung im Staat enthusiastisch verkleisterten, in totalitäre Strukturen zu gießen. Sie wollten, wie Joseph Goebbels über das Ermächtigungsgesetz notierte, eben "plein pouvoir", freie Hand. Machtansprüche mit solchem absoluten Vorsatz stellen für Parlamentarier die extremsten Herausforderungen dar, da sie das Gewissen nicht nur tangieren, sondern belasten. Und Heuss hatte dafür eine Empfindung. Denn die Ereignisse dieses Frühjahrs hatten ihm reichlich Anschauungsunterricht geliefert.

Als am 30. Januar 1933 im Abendlicht die SA-Truppen mit brennenden Fackeln durch das Brandenburger Tor und die Wilhelmstraße ziehen, um die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu feiern, ist Heuss in keiner guten Gemütsverfassung. Dabei wäre dazu Anlass, denn es ist der Vorabend seines 49. Geburtstages, ein Alter also, bei dem viele zumeist zufrieden auf ihre Lebensleistung blicken. Die Gegebenheiten waren durchaus vorhanden: Dozent an der Hochschule für Politik, Reichstagsabgeordneter der liberalen Deutschen Staatspartei, langjähriger Geschäftsführer des Werkbundes, bekannter Journalist und erfolgreicher Buchautor – also ein gefragter Mann in der Hauptstadt. Doch Heuss erlebt die kleine Geburtstagsfeier "in kläglicher Stimmung, denn ich war über die kommenden Dinge, sachlich und persönlich, ohne jede Illusion".

Der individuellen Ahnung folgt bald die politische Wirklichkeit. Denn Heuss erfährt unmittelbar die sukzessive und rigorose "Machtergreifung" der Nazis, von Woche zu Woche, von Etappe zu Etappe, mit immer hemmungsloserem Terror von SA

passiert wohl selten in der und SS in aller Öffentlichkeit. Dabei übertreffen sowohl das Tempo als auch der Hedass ein Abgeordneter bereits gemoniewillen der Nazis schnell alle Illudem Reichstag das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" vor. Danach soll die Reichsregierung ohne Zustim-

> können, selbst wenn sie gegen die Verfassung verstoßen. Eine Gegenzeichnung durch den Reichspräsidenten gilt nicht mehr als notwendig. Heuss ist natürlich gegen dieses Gesetz, einmal aus seiner liberal-parlamentarischen Haltung, aber auch wegen seiner guten Kenntnisse. Denn als einer der wenigen Politiker der Weimarer Republik hat er sich, "wenn auch mit

sprachlichem und sachlichem Widerwillen", durch die einschlägige Nazi-Literatur gequält. Das Ergebnis ist Anfang 1932 das Buch "Hitlers Weg", damals als die umfassendste Analyse der Ideologie und Strategie der Nazis betrachtet. Das Werk erlebt innerhalb eines Jahres acht Auflagen. Ebenfalls 1932 attackiert er in einer langen Rede die Nationalsozialisten im Reichstag. Über die Absichten Hitlers mit dem Ermächtigungsgesetz kann er also keine Zweifel hegen.

Im Koalitionszwang Und dann doch ein Ja zum Gesetz? Heuss spricht sich in der kleinen fünfköpfigen Fraktion der Staatspartei gegen eine Zustimmung aus, hat auch eine entsprechende Resolution vorbereitet. Doch er unterliegt mit seiner Einstellung, drei zu zwei. Da jedoch die Parteiführung beschlos-

sen hatte, einstimmig zu votieren, vollzieht Heuss den Fraktionszwang. Wider sein Gewissen? Fehlte es ihm an der "Schärfung des Bewusstseins", wie es die spätere FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher von Abgeordneten verlangt? Oder übermannten ihn die Umstände?

Weimars Demokratie war, als Hitler 1933 an die Macht kam, weitgehend zu einer leeren Hülle verkommen. Präsidialkabinette seit 1930 ohne parlamentarische Mehrheiten, indifferente Eliten, verunsicherte Mittelschichten, soziale Antagonisimmense Arbeitslosigkeit, bürgerkriegsähnliche Zustände, dann eine intrigante rechtskonservative Cli-

que um den greisen Reichspräsidenten Hindenburg: gesellschaftliche und politische Verwerfungen, die einer charismatischen Fiim Moment seines Votums sionen. Am 23. März 1933, zwei Tage nach gur in die Hände arbeiteten. Das bürgerliche dessen nachhaltige Wirkung dem pompös, aber verlogen inszenierten Lager verlor immer mehr die Kraft zur Ge-"Tag von Potsdam", bei dem Hitler vor genwehr. Einen millionenfachen "Nervenmag. Wie sollte er auch. Milliardenschwere Hindenburg den seriösen Staatsmann ge- zusammenbruch" konstatiert der scharfsin-Rettungspakte für Banken und Staaten, misspielt hatte, setzen die Nationalsozialisten nige Beobachter Sebastian Haffner, von eilitärische Auslandseinsätze der Bundes- zum kalkulierten Handstreich an: Sie legen ner "moralischen Erosionsdynamik" spricht der Historiker Norbert Frei.

Kein Wunder, dass dem Ermächtigungsgesetz im Reichstag, das Hitler zu einer Entmung des Parlaments Gesetze erlassen scheidung über "Frieden und Krieg" stili-

> siert hatte, nicht nur die Nationalsozialisten Deutschnationalen zustimmten, sondern auch alle bürgerlichen Parteien: Zentrum, Bayerische Volkspartei, Staatspartei, Deutsche Volkspartei, Bauernpartei. Von 535 Abgeordneten - die Kommunisten waren ausgeschlossen – zogen 441 mit. Nur die 96 anwesenden Sozialdemokraten – von 120 Mandatsträgern -

uns nehmen, die Ehre nicht", hatte der SPD-Vorsitzende Otto Wels den Nazis entgegengehalten, eine einsame Stimme inmitten opportunistischer oder zynischer Willfährigkeit. Der Historiker Jürgen C. Heß kritisiert deshalb, gerade unter Hinweis auf die Sozialdemokraten, die Liberalen hätten damals versäumt, mit einem Nein "in einer machtpolitisch aussichtslosen Position noch einmal ein unübersehbares Signal zu setzen". Dieser Wille habe ihnen "auf schmerzhafte Weise" gefehlt. Was war geschehen, dass die Republik aufgelöst, die Verfassung aufgekündigt, die Demokratie verworfen wurde? Und dass die gewählten Abgeordneten einer demütigenden

Selbstentmachtung zugestimmt hatten? Die

bürgerlichen Kräfte bauten sich Hilfskon-

struktionen, um ihr Versagen nicht eingeste-

sagten Nein. "Freiheit und Leben kann man

Bundespräsident Theodor Heuss um 1950

hen zu müssen: Es werde nicht so schlimm kommen, Hitler müsse in die Legalität gezwungen werden, für den demokratischen Neuaufbau müssten minimale Strukturen aufrechterhalten werden - politische Wolkenkuckucksheime.

Natürlich hat das Votum Heuss, den die Nazis Schritt für Schritt aus dem öffentlichen Leben ausschalteten, immer beschäftigt, auch wenn er es offen nie eingestand. So entschließt er sich in der Nazi-Zeit zu einem widerständigen "Sich-Behaupten", wie sein aktueller Biograf Peter Mersebur-

Weimars

Demokratie

war 1933

weitgehend

zu einer

leeren Hülle

verkommen.

ger bemerkt. In seinen Lebensbeschreibungen über den Politiker Friedrich Naumann, den Architekten Hans Poelzig, den Chemiker Justus von Liebig, den Unternehmer Robert Bosch beschwört er eine bürgerliche Gegenwelt, inmitten von Gleichschaltung und Zerstörung. Dann hält er engen Kontakt zu entschlossenen Opponenten Hitlers, die zu seinem

Freundeskreis gehören. Und er sieht viele verfolgt, verurteilt, hingerichtet, ermordet, Elsas und Goerdeler, Bolz und Haeften, Bonhoeffer und Leber. Doch so bewahrt er sich eine eigene humane Existenz.

Überschätzter Vorgang? Umso erstaunlicher, dass Heuss nach Kriegsende die Motive seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz heruntergespielt hat. Nach dem Votum im Reichstag habe es "keinen Menschen politisch draußen interessiert", rechtfertigte er sich 1947 vor einem Untersuchungsausschuss des Stuttgarter Landtags. Es sei "als Geschichtsvorgang furchtbar überschätzt" worden. Zwar hätte er "aus historischem Stilgefühl" gerne mit Nein gestimmt, "aber ein Schuldgefühl gegenüber der Geschichte habe ich in der Tat nie gehabt; die bösen Dinge liefen nach einem anderen Gesetz". Waren solche Aussagen der neuen politischen Karriere geschuldet, als Zeitungsherausgeber, Kultminister, FDP-Vorsitzender? Oder die nachträgliche Projektion eines schlechten Gewissens?

"Der gewissenhafte Gebrauch der Macht ist das eigentliche Gewissensproblem des Politikers", hat die FDP-Abgeordnete Hamm-Brücher formuliert. Sie hat es selbst hautnah erlebt. Als sie sich dem Wechsel vom sozialliberalen Kabinett Schmidt zur schwarz-gelben Koalition Kohl am 1. Oktober 1982 verweigerte, weil sie darin "das Odium des verletzten demokratischen Anstands" erblickte: Da brandete ihr im Bundestag ein Sturm der Entrüstung entgegen. Heiner Geißler, damals noch in den wilden Jahren als CDU-Generalsekretär, nannte diese Haltung "einen Anschlag auf die Verfassung".

Heuss hat sich, was das Ermächtigungsgesetz betrifft, zu einem zerknirschten "Outing" nie durchgerungen, es wäre auch nicht seine Sache gewesen. Denn dieser "Bürger im Zeitalter der Extreme", wie der Historiker Ernst-Wolfgang Becker ihn beschreibt, war bei allen Brüchen und Katastrophen seiner Epoche "erstaunlich beständig in seinen Anschauungen, Haltungen und seiner Lebensführung".

Um nach dem Gewissen zu fragen, ist man bei Heuss auf andere Pfade angewiesen. Und er liefert sie durchaus in der Amtsführung als erster Bundespräsident von 1949 bis 1959. Ausdauernd führte er "Feldzüge gegen das Vergessen", wie er es selbst nannte. Viele seiner Reden - und es sind wohl die besten - widmen sich der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Der weit verbreiteten Ausflucht großer Bevölkerungskreise, von allem nichts gewusst zu haben, setzte er den trotzigen Satz entgegen: "Wir haben von den Dingen

> gewusst." Es habe keinen Sinn, "um die Dinge herumzureden". Das große Unrecht - gerade gegenüber den Juden – müsse zur Sprache gebracht werden in dem Sinne: "Sind wir, bin ich, bist du schuld, weil wir in Deutschland leben, sind wir mitschuldig an diesem scheußlichen Verbrechen?" Zwar wehrte er sich ausdrücklich gegen eine Kollektivschuld, "aber etwas

wie eine Kollektivscham ist aus der Zeit gewachsen und geblieben". Und: "Wir alle sind an dieser Zeit und durch diese Zeit irgendwie schmutzig geworden."

Das waren damals mutige Worte, und mit dem Begriff "Kollektivscham" hat Heuss die politische Kultur in den Anfangsjahren der Bundesrepublik geprägt. Es entsprach nicht dem Zeitgeist, der bediente sich eher der Verdrängung und Verleugnung der braunen Vergangenheit. Gewiss war das ganze Ausmaß des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs historisch noch nicht erfasst, der Begriff Holocaust unbekannt. Daher sprach aus Heuss die individuelle Erfahrung und die persönliche Betroffenheit eines schockierten Zeitzeugen, der die Entmenschlichung einer Gesellschaft direkt und tragisch erlebt hatte. Indem der Bundespräsident diesen historischen Absturz immer wieder problematisierte, machte er ihn zu einem konstitutiven Element der westdeutschen Politik, ja sogar zu einem Stück Staatsräson. Hier unterschied er sich wesentlich von Konrad Adenauer, dem anderen Protagonisten der Gründerjahre, der mit seinem zupackenden Pragmatismus die Vergangenheit eher auf sich beruhen ließ und so auch manchen Tätern zur Integration in die neue Gesellschaftsordnung verhalf.

Die Haltung von Heuss zum Nationalsozialismus reflektiert, dass er sich an seinem Gewissen abgearbeitet hat. Die Spannung auszutragen, daraus die Konsequenzen zu ziehen: Darin war die Präsidentschaft von Heuss ein "Glücksfall" für die junge Bundesrepublik. Er hat damit den Deutschen etwas sehr seltenes gegeben, meint der Publizist Hermann Rudolph: nämlich "das Beispiel einer gelungenen politischen Existenz". Auf die heutigen Verhältnisse gewendet, ist dies Heinz Verfürth wahrlich viel.

> Der Autor arbeitet als freier Journalist und Autor in Berlin



DER WEG IN DIE DIKTATUR

30.1.1933 Reichspräsident Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler.

1.2. Auf Wunsch Hitlers löst Hindenburg den Reichstag auf.

4.2. Per Verordnung werden Versammlungsund Pressefreiheit eingeschränkt.

27.2. Reichstagsbrand. Die Nationalsozialisten machen die Kommunisten für die Tat verantwortlich. Es folgt eine Verhaftungs-

28.2. Hindenburg unterzeichnet die "Verordnung zum Schutz von Volk und Staat", mit der die Grundrechte außer Kraft gesetzt

5.3. Bei der Reichstagswahl wird die NSDAP mit 43,9 Prozent der Stimmen stärkste Partei, verfehlt aber die absolute Mehrheit.

8.3. Die KPD-Reichstagssitze werden annul-

21.3. Zur Eröffnung des neuen Reichstags inszenieren die Nazis den "Tag von Potsdam", mit dem sie sich in die Kontinuität preußischer Geschichte zu stellen suchen.

21./22.3. In Oranienburg und Dachau werden Konzentrationslager eingerichtet.

23.3. Gegen die Stimmen von 94 SPD-Abgeordneten beschließt der Reichstag das "Ermächtigungsgesetz", nach dem die Regierung Gesetze ohne Zustimmung des Parlaments erlassen kann.

1.4. Organisierter Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte

7.4. Mit dem "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" kommt es zu einem weitgehenden Berufsverbot für jüdische und regimekritische Beamte. Die Länder verlieren mit der Einsetzung von Reichsstatthaltern ihre Eigenständigkeit.

1./2.5. Der 1. Mai wird zum "Feiertag der nationalen Arbeit". Am folgenden Tag werden die Gewerkschaften zerschlagen.

10.5. In vielen deutschen Universitätsstädten kommt es zu öffentlichen Bücherverbrennungen von Werken jüdischer und oppositioneller Autoren.

22.6. Die SPD wird verboten.

27.6. Die Deutschnationale Volkspartei (seit Mai: "Deutschnationale Front"), Koalitionspartner der NSDAP, löst sich auf.

4./5.7. Deutsche Volkspartei (DVP), Bayerische Volkspartei und Zentrum lösen sich auf.

7.7. Die SPD-Mandate in allen Parlamenten werden aufgehoben.

14.7. Deutschland wird per Gesetz zum Einparteienstaat.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden

KURZ NOTIERT

Verkehrspunktesystem soll einfacher werden

Die Bundesregierung will das Punktesystem im Straßenverkehr einfacher und transparenter gestalten. Dazu hat sie den Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze (17/12636) vorgelegt, der am Freitag erstmals im Bundestag beraten wurde. Im Punktesystem soll es zukünftig nur noch drei Kategorien geben: ein Punkt bei verkehrssicherheitsbeeinträchtigenden Ordnungswidrigkeiten, zwei Punkte bei besonders verkehrssicherheitsbeeinträchtigenden Ordnungswidrigkeiten und Straftaten ohne Entzug der Fahrerlaubnis und drei Punkte bei Straftaten mit Entzug der Fahrerlaubnis. Die Transparenz soll durch Verzicht auf komplizierte Tilgungsregelungen erreicht werden, heißt es weiter. Stattdessen sollen künftig feste Tilgungslisten für die jeweiligen Verkehrsverstöße und ein einheitlicher Beginn für die Tilgungsfristen mit dem Tag der Rechtskraft gelten. Die Bundesregierung erhofft sich durch den Gesetzentwurf eine Verbesserung der Verkehrssicherheit durch mehr Akzeptanz bei den Betroffenen, heißt es im Gesetzentwurf.

SPD möchte Vielfalt bei den **Medien sicherstellen**

Kleine und mittlere Presseunternehmen sollen die Möglichkeit zu einer Fusion mit stärkeren Marktpartnern haben, bevor sie gezwungen sind, einen Insolvenzantrag zu stellen. Daher hat die SPD-Fraktion zur Erweiterung des Handlungsspielraums kleiner und mittlerer Presseunternehmen und zur dauerhaften Sicherstellung der Vielfalt der Medienlandschaft den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zur Änderung des Pressefusionsrechts (17/12680) eingebracht. Er wurde vergange Woche zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Die Anforderungen an den Nachweis eines Sanierungsfalles im Pressebereich dürften nicht zu hoch angesetzt werden. "Das ist berechtigt aufgrund der Besonderheiten im Pressebereich, die aus den stark verändernden Verhältnissen im digitalen Medienumfeld herrühren", schreibt die SPD-Fraktion. Durch die spezielle Presseregelung werde die Beurteilung von Fusionen in anderen Wirtschaftsbereichen

Kartellrechtliche Absicherung des Presse-Grosso-Systems

Das seit Jahrzehnten bewährte Presse-Grosso-Vertriebssystem soll kartellrechtlich abgesichert werden. Zu diesem Zweck haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen gemeinsamen Gesetzentwurf (17/12679) eingebracht, der vergangene Woche erstmals im Bundestag beraten wurde. Das Presse-Grosso-System stelle sicher, dass Pressetitel und insbesondere auch Titel kleiner Verlage und Titel mit kleinen Auflagen überall erhältlich seien. Eine gesetzliche Regelung sei notwendig, da in einem Zivilgerichtsverfahren das Verhandlungsmandat des Pressegrossoverbandes über Handelsspannen mit den Verlagen für seine Mitglieder als kartellrechtlich unzulässig angesehen worden sei. Da es keine außergerichtliche oder außergesetzliche Verständigung gegeben habe, werde der Weg einer gesetzlichen Absicherung von Branchenvereinbarungen der Pressegrossisten und Verlage gewählt, begründen die Fraktionen ihr Vorgehen.

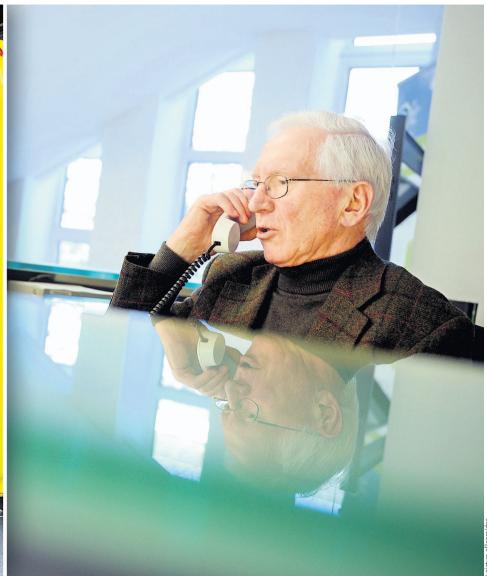
Koalition will Mittelstand zukunftsfest machen

Der deutsche Mittelstand soll weiter zukunftsfest gemacht werden. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP fordern in einem gemeinsamen Antrag (17/12700), den Bürokratieabbau auf nationaler und europäische Ebene fortzuführen. Außerdem soll die Bundesregierung ihre Fachkräfte-Offensive zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, die Hightech-Strategie 2020 fortsetzen sowie das Umfeld für Unternehmensgründungen weiter verbessern, damit mehr Menschen unternehmerisch tätig werden. Die Fraktionen setzen sich auch für die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung ein. Die deutschen kleinen und mittleren Unternehmen würden zu den innovativsten in Europa gehören. 54 Prozent von ihnen hätten zwischen 2008 und 2010 eine Prozess- oder Produktinnovation auf den Markt gebracht. Zugleich wenden sich die Fraktionen gegen Steuererhöhungen und besonders die Einführung einer Vermögensteuer: "Steuererhöhungen würden gerade den Mittelstand ins Herz treffen und die gute wirtschaftliche Entwicklung im Lande ge-









Auch ein höheres Renteneintrittsalter wird nicht für vollständige Generationengerechtigkeit sorgen.

Rente mit 69 im Blick

WACHSTUMS-ENQUETE Debatte über »nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik«

Prozedere Wohlstand, Lebensqualität" abgespielt hat. ausschließen", argumentierte Bulmahn. unter Leitung Edelgard Bulmahns (SPD) über "nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik" im Finanzwesen und im Umweltsektor entworfen hatte. In einem Kapitel über finanzielle Risiken, die der demographischen Entwicklung entspringen, hatte die Koalition unter Verweis auf den Sachverständigenrat die Forderung nach einer Rente mit 69 im Jahr 2060 verankert, um so die "Tragfähigkeitslücke der öffentlichen Haushalte" einzudämmen.

Höheres Rentenalter Ein rotes Tuch für die Opposition, es kam zur Kampfabstimmung: Mit 17 gegen 15 Stimmen setzten sich Union und FDP gegen SPD, Linke und Grüne durch. Dann aber wurde die gesamte Expertise inklusive des Plädoyers für ein höheres Rentenalter einstimmig verabschiedet. Zuerst votiert die Opposition gegen die Rente mit 69, dann doch dafür? Des Rätsels Lösung: Teil des Berichts sind auch diverse Sondervoten von SPD, Linken und Grünen, in denen unter anderem die Anhebung des Rentenalters abgelehnt wird.

Ein Reizthema wie die Rente mit 69 erregt natürlich Aufmerksamkeit. Im Grunde aber

ist das noch Zukunftsmusik. Bemerkens-

er mit dem verwin- werter ist, dass im Sinne von mehr Stabilikelten parlamentari- tät und Nachhaltigkeit im Finanzsektor weithin fraktionsübergreifend Regulienicht vertraut ist, ver- rungsmaßnahmen gefordert werden, die in steht wohl nicht auf ihrer Strenge über das hinausreichen, was Anhieb, was sich bei ansonsten diskutiert wird. "Sonst können der Enquetekommission "Wachstum, wir eine erneute Krise wie 2008/2009 nicht

Das Gremium debattierte vergangene Wo- Die Projektgruppe 4 sollte in einem "ordche einen Bericht, den die Projektgruppe 4 nungspolitischen Instrumentenkasten" Mittel und Wege benennen, mit deren Hilfe das Ziel der Nachhaltigkeit erreicht werden kann. "Wir wollen Nachhaltigkeit nicht nur in Sonntagsreden proklamieren, sondern konkrete Vorschläge zur Umsetzung dieses Prinzips präsentieren", sagte Bulmahn.

> Bankenaufsicht Die Parlamentarier verlangen eine wirkungsvolle europäische Bankenaufsicht mit "echten Durchgriffsrechten" auf Kreditinstitute. Deren Eigenkapitalquoten müssten höher sein als bislang international vorgesehen, bei systemrelevanten Einrichtungen sollen die Auflagen noch rigider sein. Schluss sein soll mit "Schattenbanken", Finanzinstitute dürften ihre Aktivitäten nicht mehr in Zweckgesellschaften auslagern, um sich der Regulierung zu entziehen. Zum Katalog gehört auch, Verbriefungen zu erschweren. All dies steht unter der Leitlinie, im Bankensektor Risiko und Haftung wieder zusammenzu-

> Auf Ablehnung bei Union und FDP stieß die ne nachhaltiger öffentlicher Finanzen die Einnahmen zu erhöhen, etwa über eine Vermögenssteuer. Ansonsten herrschte aber

auch beim Thema Finanzpolitik viel Einigkeit. Weitreichende Folgen hätte eine These, so sie Eingang in die Politik finden sollte: Künftig soll zuerst geklärt werden, welche gesellschaftlichen Aufgaben der Staat erledigen soll, etwa in der Bildung und im Gesundheitswesen, und danach soll sich der

Idee von SPD, Linken und Grünen, im Sin-

ten sich in der Umweltpolitik auf. Mehr Nachhaltigkeit in der Chemieindustrie? Natürlich: Die Branche soll mehr biologisch abbaubare Verpackungsmaterialien herstellen und fossile Ressourcen durch Biomasse ersetzen. Auch sollen sich einzelne

tragen. Erstaunlich wenig Kontroversen ta-



Die BaFin in Bonn ist für die Bankenaufsicht zuständig.

Geldbedarf bemessen - und nicht umgekehrt. Das Konzept der Schuldenbremse wird befürwortet, nur die Linksfraktion sieht das anders. Mehr Zuwanderung, höhere Erwerbsquoten bei Älteren und Frauen, weniger Arbeitslose: Auch dies soll zur "Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen" bei-

Betriebe in "Chemieparks" niederlassen, um über eine Vernetzung von Produktionsketten die Verwertungsquote bei Rohstoffen zu erhöhen und Müllmengen zu senken. Erneuerbare Energien fördern, den EU-Emissionshandel reformieren: Auch solche klimapolitischen Forderungen muten we-

nig spektakulär an. Streit kam bei der Frage auf, ob bei der Verminderung von Treibhausgasen Fortschritte vor allem über internationale Vereinbarungen oder über eine Vorreiterrolle der Bundesrepublik erreicht werden können. Hermann Ott (Bündnis 90/Die Grünen) mahnte, die von Deutschland ausgehende "enorme Signalwirkung" nicht zu unterschätzen. Aus Sicht von Judith Skudelny (FDP) bringen indes nationale Vorstöße nicht viel, solche Anstrengungen müsse man mit der internationalen Politik

Problem vertagt Ein umkämpftes Thema wurde erst einmal vertagt, nämlich das Kapitel über Prinzipien der Ordnungspolitik. Für die Koalition trat der von der FDP benannte Sachverständige Karl-Heinz Paqué mit Verve dafür ein, auch angesichts der sich durch die Nachhaltigkeit stellenden neuen Herausforderungen nicht mit dem System der sozialen Marktwirtschaft zu brechen, sondern diese "in pragmatischer Weise weiterzuentwickeln". Die Marktwirtschaft werde auch jetzt wieder ihre "ungeheure Anpassungsfähigkeit" unter Beweis stellen.

Die Opposition hingegen will eine "sozialökologische Transformation". Bulmahn forderte deshalb eine "Neujustierung der sozialen Marktwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit".

Angesichts großer Krisen wie dem Klimawandel oder der gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich würden "kleinere pragmatische Anpassungen" nicht mehr weiterhelfen. Die Koalition unterschätze die "Dramatik der Veränderungen". Karl-Otto Sattler

Neuverschuldung soll weiter sinken

HAUSHALT Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) stellt Eckwerte 2014 vor

Die Bundesregierung will im kommenden Jahr die Nettoneuverschuldung auf 6,4 Milliarden Euro (2013: 17,1 Milliarden Euro) senken. Im Jahr 2015 will der Bund keine neuen Schulden machen. Das geht aus den Eckwerten des Bundeshaushalts 2014 und des Finanzplans bis 2017 hervor, die Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vergangene Woche im Haushaltsausschuss vorstellte. Danach sollen auch die Ausgaben des Bundes auf 296,9 Milliarden Euro (302 Milliarden Euro) sinken.

Minister Schäuble wies darauf hin, dass die vorgesehene Nettokreditaufnahme von 6,4 Milliarden Euro so gering sei wie zuletzt vor 40 Jahren. Außerdem komme der Bund schon im kommenden Jahr ohne "strukturelle" Neuverschuldung (neue Schulden abzüglich konjunktureller Sondereinflüsse und Zahlungen an den ESM) aus. "Dies ist ein Erfolg unserer nachhaltigen Finanzpolitik", sagte Schäuble weiter. Diese zeichne sich besonders dadurch aus, dass steigende Steuereinnahmen nicht für Mehrausgaben genutzt würden.

Ein Sprecher der CDU/CSU-Fraktion sprach von "beeindruckend guten Zahlen". Es sei gelungen, dass strukturelle Defizit von 46 Milliarden Euro zu Beginn dieser Legislaturperiode auf Null zu senken. Die Sozialversicherungen seien weiterhin solide finan-

ziert, obwohl im kommenden Jahr der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds um 3,5 Milliarden Euro reduziert werden solle. Auch ein Vertreter der FDP-Fraktion wies darauf hin, dass in diesem Bereich keine Leistungen gekürzt werden würden, sondern lediglich die Zuschüsse. Mit diesem Haushalt werde die Verantwortung auch für die künftigen Generationen wahrgenommen, betonte er.



Leistungen werden weiterhin bezahlt.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion hielt die Neuverschuldung für "zu hoch". Die gestiegenen Steuereinnahmen hätten genutzt werden müssen, um die Neuverschuldung weiter zu reduzieren. Die Kürzung im Gesundheitsfonds sei ein "Griff in die Sozialkassen". Eine Alternative wäre gewesen, die Beiträge zu senken. Auch die Investitionen seien zu gering. So leide der Verkehrsetat seit Jahren unter einer Unterfinanzierung. Trotzdem müsse nun weiter wegen der Finanzierung des Betreuungsgeldes gespart

Die Sprecherin der Linksfraktion erinnerte daran, dass vor Wahlen Finanzminister gerne eine "schwarze Null" ankündigen würden. Sie warf der Regierung ein soziales Ungleichgewicht vor. Den Vermögenden werde gegeben und denjenigen, die weniger zum Leben hätten, genommen.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisierte die Einsparungen bei den Sozialversicherungen. Diese würden sich in diesem und im kommenden Jahr auf insgesamt zehn Milliarden Euro summieren. Ein zu hoher Überschuss in der Sozialversicherung müsse den Beitragszahlern zurückgegeben werden und nicht den Steuerzahlern. Zudem kritisierte die Fraktion, dass die Energiewende auch in den vorliegenden Eckpunkten nicht finanziert werde. Michael Klein

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Streit um Umsetzung des Fiskalpakts

HAUSHALT Das Verhalten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Bundesrat beim Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts war am Mittwoch Thema einer von den Koalitionsfrsktionen beantragten Aktuellen Stunde. Dabei ging es aber auch um die Eckwerte des Bundeshaushaltes 2014, die das Kabinett am Vormittag beschlossen hatte.

Für den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter (CDU), sind diese Eckwerte eine Fortsetzung des Versprechens der Regierung, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dieses Ziel sei fast erreicht. Demgegenüber würden in den Ländern weiterhin Schulden angehäuft. Zudem verhinderten die Länder die innerstaatliche Umsetzung des Fiskalpaktes im Bundesrat. Dem vom Bundestag beschlossene Gesetz (17/12058) habe der Bundesrat nicht zugestimmt, stattdessen den Vermittlungsausschuss angerufen. Diese Blockadepolitik werfe ein schlechtes Licht auf den Föderalismus und gebe ein schlechtes Zeichen nach Europa.

Für den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne), ist der Vorwurf der Blockadepolitik unhaltbar. "So können Verfassungsorgane nicht miteinander umgehen", sagte er. Die Länder hätten dem Gesetzentwurf nicht zugestimmt, weil der Bund

Vereinbarungen nicht eingehalten habe. Dabei gehe es unter anderem um die Fortzahlung der Entflechtungsmittel und um die Haftungsfreistellung der Länder. Mit dem Anruf des Vermittlungsausschusses solle vor allem eine Blockade verhindert werden. Die Probleme müssten gemeinsam gelöst werden.

Dem stimmte Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) zu. Im Bundesrat gehe es nicht um Parteipolitik, sondern um Länderinteressen. Auch Dietmar Bartsch (Die Linke) betonte, dass beim Fiskalpakt die Bundesregierung sich gegenüber den Ländern nicht an Vereinbarungen gehalten habe. Es liege an der Verantwortung der Bundesregierung, dass der Bundesrat nicht zustimmen könne.

Carsten Schneider (SPD) ging vor allem auf die Eckunkte des Haushalts 2014 ein. Er warf der Regierung vor, dass sie weiterhin neue Schulden mache obwohl dies nicht notwendig sei. Es gebe keinen Grund, auf diese Haushaltspolitik stolz zu sein. Florian Toncar (FDP) hielt das Verhalten des Bundesrates für "schäbig und verantwortungslos". Die Wahrheit sei, dass die Opposition nicht mehr Geld umgehen könne.

Thomas Strobl (CDU) hält das Ganze für ein "politisches Trauerspiel". Der Bund habe sich an Absprachen gehalten. Die Länder seien nicht auf Gespräche eingegangen.



Bauarbeiten der Autobahnbrücke über den Havelkanal bei Brieselang

KURZ NOTIERT

Haltung von Delfinen soll verboten werden

Die Haltung von Delfinen sowie deren Einfuhr soll verboten werden. Das fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/12657) von der Bundesregierung auf Grundlage von Paragraf 13 Absatz 3 des Tierschutzgesetzes. Dieser sieht die Möglichkeit vor, ein Verbot für das Halten von Tieren wild lebender Arten auszusprechen. Die Zulassung neuer Delfinhaltungen soll in Zukunft nur noch an den Nachweis artgerechter baulicher Anlagen gebunden werden. Der Antrag wurde am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Bundesregierung soll Bienen vor Pestiziden schützen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, Bienen und andere Insekten wirksamer vor "bienengefährlichen" Pestiziden zu schützen. In einem Antrag (17/12695), der am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen wurde, schlägt die Fraktion konkret vor, dass Pestizide mit den drei Wirkstoffen Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam aus der Gruppe der Neonicotinoide mithilfe einer Anweisung an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz keine befristeten Ausnahmezulassungen für Pflanzenschutz- und Beizmittel mehr erhalten. Außerdem soll sich die Bundesregierung nach dem Willen der Grünen einem ähnlichen Vorstoß der EU-Kommission hinsichtlich einer Anwendungsbeschränkung auf EU-Ebene anschließen und bei anderen Mitgliedsstaaten offensiv dafür werben.

Antrag zum Tourismus im ländlichen Raum abgelehnt

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP lehnte der Tourismusausschuss in der vergangenen Woche einen Antrag (17/11373) der Fraktion Die Linke ab, ein Tourismuskonzept für den ländlichen Raum zu entwickeln. Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen votierten für den Antrag, die SPD-Fraktion enthielt sich. In dem Antrag mit dem Titel "Sozial und regional - Tourismus in ländlichen Räumen stärken" forderte die Linksfraktion die Bundesregierung auf, eine bundesweite SWOT-Analyse (Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken) zum Landtourismus zu beauftragen, die überregionale Vernetzung touristischer Regionen zu verbessern und die Förderung von Projekten im Landtourismus auf Länderebene zu harmonisieren.

Schutz für Kleinanleger

FINANZEN Neureglungen bei Immobilienfonds geplant

einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche für eine bessere Handelbarkeit von Anteilen offener Immobilienfonds ausgesprochen und die von der Bundesregierung geplanten Einschränkungen kritisiert. So warnte die deutsche Kreditwirtschaft, der Zusammenschluss der Bankenverbände, in ihrer Stellungnahme vor erheblichen Nachteilen für Kleinanleger. Dies könne insbesondere vor dem Hintergrund, dass Anteils-Scheine von offenen Immobilienfonds im Rahmen von Sparplänen zur Altersvorsorge auch mit kleinen Beträgen erworben würden, nicht gewollt sein.

Die Einschränkungen für Investmentfonds sind in dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Umsetzungsgesetz,

17/12294) enthalten. Damit reagiert die Regierung auf die Lage bei offenen Immobilienfonds. die zum Teil mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten und geschlossen werden mussten, weil zu viele Anleger ihre Anteile zurückgeben wollten. In Zukunft sollen Anteile an offenen Immobilienfonds nur noch einmal im Jahr zu einem bestimmten





nerieren", warnte der Bundesverband deut-

phan Madaus und Steffen Sebastian (beide

Banken und Investmentfonds haben sich in Universität Regensburg) erklärten in ihrer Stellungnahme, offene Immobilienfonds würden zwar unattraktiver. Das Problem des systemischen Risikos werde aber nicht gelöst. Neben den offenen Fonds sieht der Gesetzentwurf auch Änderungen bei geschlossenen Fonds, die in Unternehmensbeteiligungen wie zum Beispiel Immobilien oder Schiffe investieren, vor. Wie bei offenen Fonds wird künftig auch bei den geschlossenen Fonds eine Risikomischung der Investitionen gefordert, und die Möglichkeit der Kreditaufnahme wird begrenzt. Verwalter alternativer Investmentfonds wie Private Equity Fonds werden einer Zulassungspflicht und einer dauerhaften Aufsicht unterworfen. Sie müssen ein Risiko- und Liquiditätsmanagement einrichten, über besondere Sachkenntnis, Erfahrung und Zuverlässigkeit verfügen. Für Manager von Hedgefonds gelten besondere

Transparenzpflich-

ten. Der Verkauf die-

ser Fonds an Privat-

anleger soll verbo-

Die Deutsche Bun-

desbank begrüßte in

ihrer Stellungnahme die Produktregulie-

rung alternativer

Fonds und beson-

ders die der ge-

schlossenen Publi-

kums-AIF, "da in

diesem Anlageseg-

ment nicht unbe-

trächtliche Risiken für Privatanleger be-

stehen". Auch der

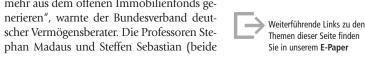
Verband geschlossene Fonds (VGF) äu-

ten werden.

Fondsanteile kosten nicht viel.

nen. Dem Anleger müsse bewusst sein, dass ßerte sich positiv: "Die umfangreiche Regulieer in eine langfristige Anlage mit illiquiden rung, die geschlossene Fonds nun erwarten dürfen, führt dazu, dass diese in Zukunft nicht mehr dem grauen Kapitalmarkt zuzurechnen sind." Für die Marktteilnehmer sei es eine zukunfts- und rechtssichernde Maßnahme, gesetzlich normiert zu sein, schrieb der VGF in seiner Stellungnahme.

Professor Julius Reiter (Kanzlei Baum, Reiter und Collegen) sah eine beträchtliche Schutzlücke für Anleger, falls kleinere Publikumsfonds unter 100 Millionen Euro pauschal aus den Vorschriften ausgeklammert würden. Er verwies auf eine Untersuchung, nach der den Bundesbürgern durch schlechte Beratung und mangelnden Anlegerschutz ein jährlicher Schaden von mindestens 50 Milliarden Euro entstehe.





040 3007-3510

040 3007-857055

www.freitag.de/testen

Newspaper

LEADAWARDS

Ausgezeichnet von:

Internet

Milliarden-Schub

WIRTSCHAFT SPD-Fraktion fordert kräftige Aufstockung der Infrastruktur-Mittel und verweist auf »baufällige Autobahnbrücken«

enige Tage, nachdem die SPD-Parteiführung den Entwurf ihres Programms für die Bundestagswahl präsentiert hatte, stand eines der Kernthemen auf der Tagesordnung des Bundestages. "Deutschland 2020 - Zukunftsinvestitionen für eine starke Wirtschaft: Infrastruktur modernisieren, Energiewende gestalten, Innovationen fördern" ist der Antrag der SPD-Fraktion (17/12682) überschrieben, den das Parlament am Donnerstag in erster Lesung beriet. Als Ziel nennt der Antrag, dass soziale Gerechtigkeit sowie nachhaltiges Wachstum und Wohlstand in Deutschland gleichermaßen erreicht werden sollen.

Besser durch die Krise Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil wies darauf hin, dass Deutschland besser als andere durch die Krise gekommen sei, weil es Industrienation geblieben sei. Er erinnere sich noch gut, dass die FDP vor zehn Jahren geglaubt habe, die Zukunft liege allein bei Dienstleistungen: "Herr Westerwelle hat uns damals empfohlen, den Irrweg Irlands zu gehen, stärker auf Finanz-Zockereien zu setzen."

Heute versäume es die Regierung, die großen Herausforderungen der Zukunft anzupacken, kritisierte Heil. "Das Chaos dieser Regierung, das Zuwarten im Bereich der Wirtschafts- und Industriepolitik, im Bereich der Energiepolitik, ist das eigentliche Standortrisiko für Deutschland." Herausforderungen sieht Heil insbesondere in der demografischen Entwicklung, der Internationalisierung der Märkte, der Notwendigkeit, bei Forschung und Entwicklung Schritt zu halten, sowie als "größte Herausforderung" Ressourcenknappheit und Energiewende. Als Maßnahmen zur Zukunftssicherung

nannte Heil unter anderem einen gesetzlichen Mindestlohn, mehr Ganztagsschulen und frühkindliche Förderung sowie eine steuerliche Forschungsförderung für mittelständische Unternehmen.

Birgit Homburger (FDP) warf Heil vor, eine Standardrede "heruntergeleiert" zu haben. "Nichts von dem, was Sie hier erzählt haben, steht in Ihrem Antrag." Sowohl Homburger als auch Georg Nüßlein (CSU) würdigten aber den SPD-Antrag, weil in ihm auch viel Richtiges stehe. "Sie fordern Dinge, die wir sehr wohl umsetzen und bearbeiten", sagte Nüßlein. Er begrüßte insbesondere, dass in dem Antrag mehrfach Wachstum als Ziel genannt werde. Das höre man aus der SPD nicht immer so. Homburger warf Rot-Rot-Grün vor, vor allem höhere Steuern und Abgaben zu planen. Damit schadeten sie der Wirtschaft.

Für Gregor Gysi (Die Linke) müsste "die erste Zukunftsinvestition sein, die Binnenwirtschaft zu stärken". Das schon allein deshalb, weil die Politik aller anderen Fraktionen gegenüber Südeuropa zu einem Einbruch der Exporte dorthin führe. Erforderlich sei es insbesondere, die sozial Schwächeren besser zu stellen, die mit ihrem Geld nicht spekulierten, sondern es ausgäben. "Der Binnenwirtschaft können Sie mit mehr Reichtum nicht helfen, sondern nur mit mehr sozialer Gerechtigkeit", stellte der Fraktionsvorsitzende der Linken

Kerstin Andreae (Bündnis 90/Die Grünen) warf den Regierungsparteien vor, sie ruhten sich auf den Erfolgen der Vorgängerregierungen aus, "leben nur von der Hand in den Mund" und dächten "nicht mehr langfristig in die Zukunft". Daraufhin bedauerte Ernst Hinsken (CSU), dass "manche das Rednerpult hier mit der Parteitagsbühne verwechselt" hätten, statt sich ernsthaft mit wichtigen Zukunftsthemen zu befassen.

Erst im weiteren Verlauf der Debatte ging mit Sören Bartol (SPD) ein Redner auf einen zentralen Punkt des SPD-Antrags ein: "Deutschland ist ein Land mit einer hervorragenden Infrastruktur. Die Frage ist nur: Wie lange noch?" Der Nord-Ostsee-Kanal habe für große Schiffe gesperrt werden müssen, weil Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) die Mittel für neue Schleusen gekürzt habe. Viele Autobahnbrücken seien baufällig. Bartol forderte, wesentlich mehr Geld für den Erhalt der Infrastruktur bereitzustellen. Er löste damit eine Reihe von Zwischenfragen aus, in denen es darum ging, ob die amtierende oder frühere Regierungen zu wenig auf diesem Gebiet getan hätten und ob die Mittel gerecht auf die Bundesländer verteilt würden.

In dem an die Ausschüsse überwiesenen Antrag fordert die SPD-Fraktion, im Bundeshaushalt 2014 und in der mittelfristigen Finanzplanung drei Milliarden Euro jährlich mehr für die Modernisierung der Infrastruktur sowie für die Energiewende einzustellen. Zwei Milliarden davon sollen in die Verkehrsinfrastruktur gehen. Die Bundesregierung solle die Voraussetzungen schaffen, dass die Lkw-Maut in der kommenden Legislaturperiode auf alle Bundesstraßen sowie mittelfristig auf Landes- und Kommunalstraßen ausgeweitet werden kann. Die Mehreinnahmen sollten "ohne Abstriche" in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Zur Energiewende heißt es, diese müsse möglichst kosteneffizient umgesetzt werden, "damit Strom auch künftig für den industriellen Mittelstand, industrieorientierte Dienstleistungen, den Handel und das Bauhaupt- und Ausbaugewerbe des Handwerks bezahlbar bleibt". Über die internationale Konkurrenzfähigkeit der Produktion würden künftig in noch stärkerem Maße die Kosten für Energie, Rohstoffe und Materialien entscheiden. Peter Stützle

3 1/10

jetzt	en Sie gratis den Freitag! Wochenzeitung für Politik, Kultur und Haltung.
Freis Voyeurismus in Netz wird Wust: Indiens of the Wind Immer großer: Männer voroffertlichen Nachtbürer voroffertlichen Nachtbür	Liebe Leserinnen und Leser, der Freitag ist eine kritische Wochenzeitung, die für mutigen und unabhängigen Journalismus mit Haltung steht. In einer Zeit, in der alles in die Mitte rückt, vor allem die politischen Parteien, sorgt der Freitag für Kontraste. Überzeugen Sie sich selbst von einem überraschenden und mutigen Medium. Testen Sie jetzt den Freitag drei Wochen kostenlos! Herzlich, Ihr Jakob Augstein, Verleger und Chefredakteur des Freitag
Post Der Freitag Postfach 11 04 67 20404 Hamburg	Ja, ich teste den Freitag 3 Wochen kostenlos! Hat mich der Freitag überzeugt und möchte ich anschließend weiter lesen, brauche ich nichts zu tun. Ich erhalte den Freitag dann jeweils donnerstags zum Vorzugspreis von 3,10 € pro Ausgabe statt 3,60 € am Kiosk. Ich spare dabei rund 14% und erhalte ein Schreibset von Faber Castell geschenkt. Bis zum 31.07.2013 verlost der Freitag unter allen Einsendern 3 × ein iPad mini im Wert von je 459 €. Möchte ich den Freitag nicht weiterlesen, schicke ich vor Erhalt der 3. Ausgabe eine schriftliche Information per
Telefon	E-Mail an service@abo.freitag.de oder per Post an der Freitag Kundenservice, PF 11 04 67, 20404 Hamburg.

Ja, ich möchte weitere Informationen und Angebote per E-Mail oder Telefon vom Freitag erhalten

Straße / Hausnumme

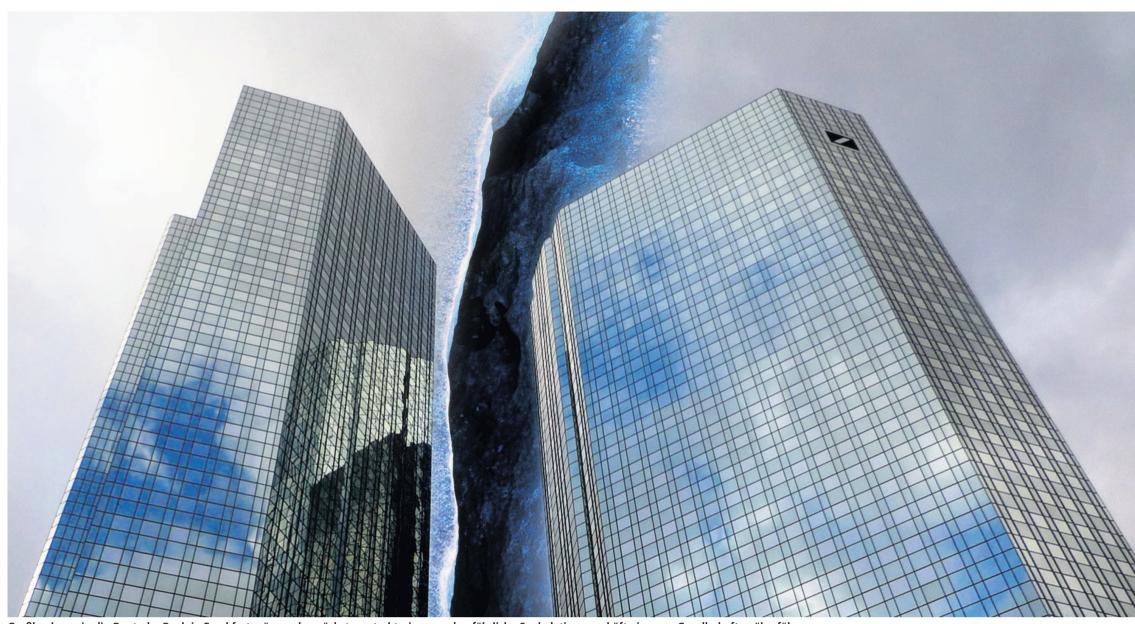
Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufer

E-Mail

Koalition will

VERKEHR UND BAU Die Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) sollen mittelstandsfreundlich gestaltet werden. Dies fordern die Koalitionsfraktionen in einem Antrag (17/12696), der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Deshalb soll die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Finanzierung der ÖPP so gestalten, dass sich mittelständische Unternehmen über eine Beteiligung auf Nachunternehmerebene auch an ÖPP-Projekten mit einem hohen Investitionsvolumen beteiligen können. Weiter soll die Regierung dem Deutschen Bundestag bis Ende März 2013 einen Bericht darüber vorlegen, welche Optionen sie bislang geprüft hat, um ÖPP-Projekte attraktiver und wettbewerbsfähiger zu machen und welche Schritte sie unternommen hat, um ÖPP als Beschaffungsvariante der öffentlichen Hand stärker zu verankern. Eine weitere Forderung der Abgeordneten ist zu prüfen, inwieweit ÖPP-Modelle für die Realisierung von Schieneninfrastrukturvorhaben des Regional- und Fernverkehrs geeignet sind. Angesichts der Konsolidierungserfordernisse der öffentlichen Haushalte müsse heute stärker denn je auf die

ÖPP öffnen



Großbanken wie die Deutsche Bank in Frankfurt müssen demnächst umstrukturieren und gefährliche Spekulationsgeschäfte in neue Gesellschaften überführen.

Getrennt spekulieren

ranzubrin-

gen. "Genau

dieser Philo-

sophie folgt

dieser Ge-

setzent-

wurf", sagte

der Minister.

Der stellver-

tretende

FINANZEN Mit der Ausgliederung riskanter Bankbereiche soll das Finanzsystem sicherer gemacht werden

lierung der Märkte noch vorbei. Heute werden an allen Ecken und Enden bote verhängt und neue Grenzen gezogen. der Leerverkäufe, bei dem die EU nachgezo- alition habe eine ganze Reihe von Maßnahwerden, die als besonders riskant geltenden Eigenhandelsgeschäfte (Spekulation) in rechtlich selbstständige Gesellschaften aus-

zugliedern, damit die Spareinlagen besser vor Verlusten bei Spekulationsgeschäften geschützt werden. Für dieses "Trennbankensystem" warb Bundesfinanzminister Wolfang Schäuble (CDU) am Freitag im Bundestag bei der ersten Lesung von drei Gesetz-

entwürfen der Regierung (17/12601, 17/12602, 17/12603), mit denen unter anderem dieses Trennbankensystem eingeführt werden soll.

»Krisenfester machen« Schäuble sagte, man gehe einen weiteren Schritt auf dem Weg, das Finanz- und Bankensystem insgesamt krisenfester und stabiler zu machen. Eine Krise in den Finanzmärkten sei eine Krise für die Wirtschaft insgesamt, "und deswegen sind funktionierende Finanzmärkte Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge wie eine funktionierende Energieversorgung".

Schäuble argumentierte, notwendig seien zwar internationale Regulierungen. Er warn- rer vor Verlusten aus spekulativen und risangesagt war, sind lange te jedoch zugleich: "Wenn der Langsamste kanten Geschäften zu schützen." Das Risiko das Tempo bestimmt, passiert gar nichts." Deshalb müsse die Regierung auch mal nades Finanzmarktes Ver- tionaler Vorreiter sein, wie etwa beim Verbot Björn Sänger (FDP) entgegnete Poß, die Ko-Jüngster Versuch: Banken sollen verpflichtet gen habe. Derzeit gehe Deutschland auch men beschlossen, wie die Regulierung von bei der Regulierung des Hochfrequenzhandels voran – nicht um die europäische Regulierung zu ersetzen, sondern um sie vo-

> »Funktionierende Finanzmärkte sind Teil der Daseinsvorsorge.« Wolfgang Schäuble (CDU)

SPD-Fraktionsvorsitzende Joachim Poß warf dagegen Schäuble und der Koalition vor, viel zu spät auf die seit mehreren Jahren dauernde Krise zu reagieren: "Ihre Bilanz ist alles andere als überzeugend", sagte Poß, der der Koalition attestierte, noch schnell das Thema Banken besetzen zu wollen, "damit es Ihnen nicht im Wahlkampf auf die Füße fällt". Wäre Schäuble tatsächlich an einer Lösung interessiert, "die Bankenmacht und deren Erpressungspotenzial dringend und wirksam einzuschränken, hätten Sie schon viel eher reagiert". Zum Inhalt des Entwurfs sagte Poß: "Mit Ihrem Gesetz werden wir es nicht

schaffen, die Einlagen der Kunden und Spableibe hoch, dass große Banken weiter dem Steuerzahler auf der Tasche liegen können. Ratingagenturen, Verbot der Leerverkäufe, Regulierung des grauen Marktes und des Fondsmarktes, des Derivatehandels und der Kreditverbriefungen. Und jedes Mal habe die SPD geklagt, das gehe "alles irgendwie viel zu schnell, und man müsse sich mehr Zeit nehmen". Auch der CDU-Finanzexperte Klaus-Peter Flosbach sagte, keine Regierung habe so viel reguliert, nicht nur auf der nationalen, sondern auch auf der europäischen Ebene.

Die Untätigkeit der Verantwortlichen sei "skandalös", klagte Sahra Wagenknecht (Linke). Für die Banker habe sich doch im Ernst gar nichts verändert. Alle Regulierungsvorhaben seien von der Lobby aufgeweicht worden: "Die Wahrheit ist leider: Kein Finanzmarkt, kein Produkt und kein Akteur ist heute wesentlich wirksamer reguliert und beaufsichtigt als 2008. Und das ist ein Armutszeugnis für die Politik und ein erschreckender Ausweis Ihrer Abhängigkeit und Steuerbarkeit durch die Lobby der Banker und Finanzjongleure." Gebraucht werde eine Politik, die den Mut aufbringe, den Zockern endlich das Handwerk zu legen. Was die Regierung vorlege, bleibe inhaltlich hinter den Vorschlägen der Liikanen-Gruppe auf europäischer Ebene zurück, sagte Grünen-Finanzexperte Gerhard Schick. Gleichzeitig tue die Regierung so, als sei sie Motor einer besseren europäischen Regulierung. "Das ist doch absurd", kritisierte Schick, der außerdem verlangte, dass die Verantwortung für Sanierungspläne von Banken bei den Banken liegen müsse. Sanierungen und Abwicklungen müssten ohne Steuergeld erfolgen.

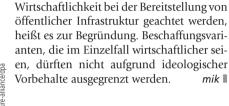
Beschlossen wurde ein Koalitionsantrag (17/12686), in dem Union und FDP noch einmal die Notwendigkeit einer Regulie-

rung systemrelevanter Finanzinstitute betonen. Außerdem sollen die Risiken des "Schattenbankensystems" erfasst und begrenzt werden. Ein Antrag von SPD und Grünen (17/12687) wurde an den Finanzausschuss überwiesen. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, das Verbot des Eigenhandels und anderer riskanter Geschäfte auf alle Banken zu erstrecken, die Handelsgeschäfte in nennenswertem Umfang durchführen. Auch kleinere Banken müssten den riskanten Handel ausgliedern, wird verlangt. Hans-Jürgen Leersch

STICHWORT

BANKEN – Die gefährlichsten Geldinstitute der Welt

- Systemrelevant Wenn Banken zu groß sind, um ohne Risiken für das Weltfinanzsystem pleite zu gehen, spricht man auch vom "Too-big-to-fail"-Status. Der Finanzstabilitätsrat in Basel stellt jedes Jahr eine Liste dieser gefährlichsten Banken der Erde zusammen.
- Deutsche Bank Die Deutsche Bank (das Bild zeigt die Chefs Anshu Jain, links, und Jürgen Fitschen) liegt nach der amerikanischen Citibank auf Platz zwei der Liste. Danach folgen die HSBC (Großbritannien), JP Morgan Chase (USA) und Barclays (Großbritannien).
- Schutz vor dem Crash Eine der Maßnahmen, die gegen den Zusammenbruch helfen sollen, ist die Verlagerung des riskanten Eigenhandels in eine eigenständige Bank.



DDR-Vermögen wird aufgeteilt

FINANZEN Die Aufteilung von treuhänderisch vom Bund verwalteten Vermögen der DDR soll abschließend geregelt werden. Der Bund, die neuen Länder und das Land Berlin haben dazu den Finanzvermögen-Staatsvertrag geschlossen, den die Bundesregierung mit dem Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag vom 14. Dezember 2012 über die abschließende Aufteilung des Finanzvermögens gemäß Artikel 22 des Einigungsvertrages zwischen dem Bund, den neuen Ländern und Berlin und zur Änderung der Bundeshaushaltsordnung (17/12639) eingebracht hat. Damit wird festgestellt, dass das Finanzvermögen mit Inkrafttreten des Staatsvertrages abschließend und vollständig aufgeteilt ist.

Zwar sieht der Einigungsvertrag die hälftige Aufteilung des Vermögens zwischen Bund und den neuen Ländern sowie Berlin vor, doch gebe es unterschiedliche Rechtsauffassungen zwischen Bund und Ländern, heißt es in der Präambel des Vertrages. Während die Länder von einem Überschuss von 3,5 Milliarden Euro sprechen würden, vertrete der Bund die Auffassung, dass es einen Fehlbetrag von vier Milliarden Euro gebe. Ungeklärt geblieben seien etwa die Anrechnung der Sanierungsaufwendungen der Wismut GmbH und die Berücksichtigung von Bodenreformland FDGB-Feriendienstliegenschaften.

So heißt es zu dem dem Landesfiskus zufallenden Bodenreformvermögen, dieses verbleibe "endgültig und ohne Ausgleichverpflichtung gegenüber dem Bund und dem Finanzvermögen im Landeseigentum". Sanierungsaufwendungen und Kosten für Langzeitaufgaben bei der Wismut GmbH werden nach dem Vertrag vom Bund getragen. Auch aus der ehemaligen Staatlichen Versicherung der DDR sollen den Ländern keine Finanzierungsverpflichtungen gegenüber dem Bund entstehen.



Deutschland Kulturreiseland Nummer eins in Europa

TOURISMUS Ausschuss besucht Internationale Tourismus-Börse. Positive wirtschaftliche Entwicklung der Branche in 2012

Nur gute Zahlen zu hören gab es für den Tourismusausschuss des Bundestages bei einem Besuch der diesjährigen Internationalen Tourismus-Börse Berlin (ITB). Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) hatte die Ausschussmitglieder zum alljährlichen Parlamentarischen Frühstück sowie zu einem Rundgang über die Ausstellung eingeladen. Hierbei wurden die neuesten Zahlen für 2012 vorgestellt.

Gute Situation Die Lage des Tourismus in Deutschland "ist sehr gut", konstatierte Ernst Burgmacher (FDP), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und Beauftragter der Bundesregierung für Mittelstand und Tourismus. Laut DZT verzeichnete die Tourismusbranche in Deutschland 2012 ein Wachstum von acht Prozent. Im vergangenen Jahr waren demnach zum ersten Mal über 70 Millionen ausländische Gäste in Deutschland gezählt worden. Insgesamt gab es über 400 Millionen Übernachtungen

> Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden

aus dem In- und Ausland. Nach Spanien ist Deutschland das zweitbeliebteste Reiseziel in Europa, als Kulturreiseland sogar Nummer eins auf dem Kontinent.

Klaus Brähmig (CDU), Vorsitzender des Tourismusausschusses, zeigte sich denn auch erfreut über die guten Zahlen und betonte, dass man sich im Ausschuss "gemeinschaftlich, über alle Fraktionen hinweg" für

die Entwicklung des Tourismus einsetze. Gemeinsam arbeite man daran, dass "Deutschland ein so gastfreundliches und weltoffenes Land bleibt".

Für den Obmann der SPD-Fraktion im Tourismusausschuss, Hans-Joachim Hacker, beweisen die Zahlen, dass es richtig sei, in Deutschland auf qualitativen Tourismus zu setzen, anstatt auf Massentourismus. Dem



Mitglieder des Tourismusausschusses besuchen den Stand Brasiliens auf der ITB.

stimmte Markus Tressel (Bündnis 90/Die Grünen) zu, das sei der richtige Weg. Horst Meierhofer (FDP) nannte die Zahlen höchst beeindruckend. Es sei toll, das Deutschland ein so positives Bild in der Welt habe. Ilja Seifert (Die Linke) zeigte sich ebenfalls erfreut über die gute Entwicklung. Zudem begrüßte er die Einrichtung einer Stabsstelle für Barrierefreiheit und Nachhaltigkeit an der DZT.

Im Anschluss an das Frühstück machten die Ausschussmitglieder einen Rundgang über die Ausstellung. Zur Vorbereitung einer Delegationsreise Ende März besuchten sie dabei die Ausstellungsstände von Jordanien und Ägypten. Im Gespräch mit dem ägyptischen und dem jordanischen Tourismusminister erkundigten sich die Ausschussmitglieder nach der Sicherheitssituation in den beiden Ländern. Auf der Delegationsreise wolle man sich vor Ort ein eigenes Bild von der Situation machen, sagte Brähmig. Am Stand von Brasilien informierten sich die Abgeordneten über die Vorbereitungen für die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympische Spiele, die 2016 in Brasilien ausgetragen werden.

Zum Abschluss besuchten die Abgeordneten den Ausstellungsstand Griechenlands und sprachen mit der griechischen Tourismusministerin

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Das Brantweinmonopol fällt

FINANZEN Nach rund einem Jahrhundert soll das deutsche Branntweinmonopol aufgehoben werden. Der Finanzausschuss billigte am vergangenen Mittwoch mit den Stimmen aller Fraktionen den von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Branntweinmonopols (17/12301). Danach sollen die letzten Vorschriften des Gesetzes zum

31. Dezember 2017 aufgehoben werden. Die CDU/CSU-Fraktion verwies auf die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes. Deshalb müssten das Monopol und die Beihilfen an die Erzeuger auslaufen. Es sei auf verträgliche Regelungen für die betroffenen Betriebe geachtet worden. Den Brennereien werde durch die langen Übergangsfristen das Überleben auf dem Markt gesichert. Die SPD-Fraktion schloss sich den Ausführungen der Union an und zeigte sich erfreut, dass der Prozess nun zum Abschluss gebracht werden könne. Für die FDP-Fraktion ist die Ersparnis von 80 Millionen Euro Zuschüssen erfreulich. Zudem könnten 100 Planstellen sinnvoll eingesetzt werden. Die Übergangsfristen böten den kleinen ländlichen Brennereien Schutz. Auch die Linksfraktion nannte das Ende des Monopols seit langem absehbar und zeigte sich erfreut, dass viele kleine Betriebe sich nun zu Genossenschaften zusammenschließen wollten. Für die Fraktion Bündnis

90/Die Grünen handelt es sich beim Branntweinmonopol um ein deutsches Alleinstellungsmerkmal in der EU, das nicht vernünftig gewesen sei. Es sei erfreulich, dass auch die Verbände der Brennereien mit dem Auslaufen des Monopols einverstanden seien.

Wie die Bundesregierung in der Begründung des Gesetzes schreibt, muss das Monopol abgeschafft werden, da Ende 2017 die letztmalige Verlängerung der EU-beihilferechtlichen Ausnahmeregelung zur Gewährung produktionsbezogener Beihilfen nach dem deutschen Branntweinmonopol auslaufe. Mit der Aufhebung des Branntweinmonopolgesetzes müssten die branntweinsteuerrechtlichen Vorschriften in einem Alkoholsteuergesetz geregelt werden, um der betroffenen Wirtschaft frühzeitig die nötige Rechts- und Planungssicherheit zu geben. In diesem Zusammenhang wird aus der bisherigen "Branntweinsteuer" eine "Alkoholsteuer". Auf Dauer will die Bundesregierung auch andere Steuervorschriften wie zum Beispiel das Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuergesetz, das Alkopopsteuergesetz und gegebenenfalls das Biersteuergesetz in das neue Alkoholsteuergesetz integrieren. Der Bundesrat verlangte Maßnahmen zum Erhalt der ökologisch und ökonmoisch wichtigen Streuobstwiesen

Eine politische Ideengeschichte Europas Das im 20. Jahrhundert

Das demo demokratische

Jan-Werner Müller Suhrkamp

Jan-Werner Müller: Eine politische Ideengeschichte **Europas im**



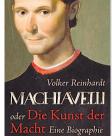
Das demokratische 20. Jahrhundert

Suhrkamp Verlag, Berlin 2013; 🖁 509 S., 39,95 €

Wer sich für die politische Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts interessiert, wird bei Jan-Werner Müller neue interessante Ansätze und Erklärungsmodelle finden. In seinem gut lesbaren Buch beschreibt der in Princeton lehrende Professor, wie das Zeitalter der Ideologien und des Hasses die Jahrzehnte seit dem Ersten Weltkrieg bis zum Zerfall des kommunistischen Systems in Mittel- und Osteuropa prägte. Dabei erwiesen sich nicht nur die eher abstrakten politischen Theorien als wirkmächtig, sondern vor allem die Konzepte, die in praktische Politik umgesetzt wurden. Deshalb räumt der Autor "Bürokraten mit Visionen", aber auch einflussreichen "philosophierenden Staatsmännern" und "berufsmäßigen Ideenvermittlern" viel Platz in seinem Buch ein. Gerade die zuletzt genannten seien im Zeitalter der Massendemokratie gefragt, weil sie die Herrschafts- und Institutionsformen der politischen Systeme rechtfertigten.

Laut Müller begann Europas "demokratisches Zeitalter" unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Mit Blick auf den real existierenden Staatssozialismus oder den Faschismus mag diese These überraschen. Der Autor verweist jedoch auf einen Wert wie Gleichheit, den selbst die Machthaber totalitärer Staaten ihren Bürgern zu verwirklichen versprachen. Auch wenn sie nur als Kollektivsubjekt – sei es als klassenlose Gesellschaft oder als reinrassige Volksgemeinschaft - erreicht werden sollte.

Die Nachkriegsdemokratien in Westeuropa hätten sich nicht nur in klarer Abgrenzung zum Staatsterror und zum aggressiven Nationalismus, sondern auch "zur totalitären Vorstellung der uneingeschränkten historischen Handlungsmöglichkeiten von Kollektivsubjekten" definiert, betont Müller. Dies habe zu stabilen Demokratien geführt, die sich freiwillig dem Urteil und den Richtlinien "nicht gewählter" Institutionen, wie Verfassungsgerichten oder den Europäischen Gemeinschaften, unterstellten. Gerade diese Institutionen hätten sich als Gegengewicht zu populistischen Strömungen be-



Volker Reinhardt: Machiavelli oder Die Kunst der Macht. Eine Biographie

Verlag C.H. Beck, München 2012: 400 S., 24,95 €

Sein Name gilt seit rund 500 Jahren als der Inbegriff eines zynischen Politikverständnisses, das ausschließlich dem Prinzip folgt: es ist alles erlaubt, solange es von Erfolg gekrönt ist. Der Vorwurf des Machiavellismus gehört bis heute mit zu den beliebtesten Angriffen auf den Kontrahenten im politischen Geschäft. Dabei wurde und wird noch immer gerne übersehen, dass der 1469 in Florenz geborene Niccolò Machiavelli in seinen berühmten Schriften - wie etwa "Il principe" oder "Discorsi" – die Kategorie Macht ganz analytisch und weniger normativ beschrieb. Und zwar auf der Grundlage dessen, was er selbst in seiner Karriere als Politiker und Diplomat beobachten konnte. Der Historiker und Renaissance-Experte Volker Reinhardt nimmt in seiner exzellenten Biographie Machiavellis eine Art Ehrenrettung für den ebenso oft gescholtenen wie missverstandenen Staatsphilosophen vor. Machiavelli habe als erster überhaupt die Grundsätze einer Staatsräson formuliert. Die lautete: "Der Herrscher, der dem Staat dient, muss die Gesetze der traditionellen Moral verletzen. Schreckt er davor zurück, geht er zusammen mit seinem Staat unter, dessen elementaren Bedürfnisse er aus falsch verstandener Menschlichkeit vernachlässigt hat." Und Machiavelli habe "der Politik die Maske der Wohlanständigkeit" heruntergerissen" und "Herrschaft als Inszenierung der Propaganda entlarvt".

Reinhardt gelingt es, auch stilistisch auf höchstem Niveau, die Biographie Machiavellis mit seinen Lehren zu verknüpfen und damit für den Leser nachvollziehbar und verständlich darzustellen. Reinhardt geht es darum, Machiavelli aus seiner Zeit heraus zu verstehen und zu erklären. Ihn und seine Lehren mit Blick auf die faschistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu verdammen, lehnt Reinhardt entschieden ab. Ebenso, ihn als Vordenker einer pluralistischen Demokratie zu vereinnahmen. Machiavelli sei vor allem ein "brillanter intellektueller Außenseiter" gewesen, "der Hilfsmittel gegen die Krisen seiner Zeit erfand". In diesem Sinne sei er aber für alle Zeiten zum "Stein des Anstoßes" geworden.



Mehrfach ausgezeichnet: Kinoplakat zum Film "Barbara" des deutschen Regisseurs Christian Petzold

Prima Streifen

KULTUR Seit 1967 fördert der Bund den deutschen Film. Die Politik will auch in Zukunft an diesem Erfolgsmodell festhalten

Petzold haben auf den ersten Blick wenig gemeinsam. Der Sonnyboy des deutschen Films lockt mit "Keinohrhasen" und "Kokowääh" Millionen in die Kinos. Petzolds Dramen wie "Barbara" oder "Die innere Sicherheit" gewinnen Silberne Bären und Deutsche Filmpreise – die Millionenmarke an der Kinokasse haben sie aber nie geknackt. Trotzdem arbeiten beide mit kommerziellem Erfolg. Die Filme spielen ihre Budgets wieder ein. Regionale Förderer in den Ländern und die Filmförderungsanstalt erhalten ihre bedingt rückzahlbaren Kredite zurück.

Die Bundesländer unterstützen mit Steuergeldern den Dreh von Filmen in ihrer Region. Die Bundesregierung wählte ein alternatives Modell. Wer Kinofilme zeigt, zahlt in einen Topf ein, der von der Filmförderungsanstalt (FFA) verwaltet wird. Gegenwärtig

il Schweiger und Christian liegt der Etat bei rund 78 Millionen Euro. Dieses Geld fließt in deutsche Kinoproduk-

> Die Idee für dieses System entstand nach der größten Krise in der Geschichte der "siebten Kunst", die Mitte der 1960er Jahre begann. Das Fernsehen hatte seinen Siegeszug angetreten, die Zuschauer zogen das Pantoffelkino dem Filmtheater vor. Der Kartenverkauf brach drastisch ein, den Produzenten fehlte das Geld für den Dreh neuer Filme. Um ihnen zu helfen, wurde 1967 das Filmförderungsgesetz (FFG) vom Bundestag verabschiedet. Alle fünf Jahre wird es novelliert. In diesen Wochen stehen im Parlament die Lesungen der Novelle (17/12370) zum 1. Januar 2014 an.

> Die Kinos zahlen seitdem einen kleinen Prozentsatz ihres Umsatzes an die FFA. In den 1990 Jahren wurden die Videoanbieter in das System einbezogen, im neuen Jahrtausend die Anbieter digitaler Kopien. Nur

die Fernsehsender blieben vorerst außen vor keine Bundesregierung wollte sich über die Kulturhoheit der Länder hinwegsetzen. Der Film- und Fernsehproduzent Alexander Kluge schlug 1974 schließlich einen Kompromiss vor. ARD und ZDF zahlen im Rahmen der Film- und Fernsehabkommen ihren Obulus an die FFA, in den 1990ern folgten die privaten Sender.

Reformen Trotzdem entzündete sich in jeder Novellierungsrunde des FFG heftige Diskussionen um die Einbeziehung der Sender. Zudem wurde das System mehrmals reformiert. Die Mütter und Väter des Gesetzes wollten nur den Regisseuren Geld für einen neuen Film geben, die Erfolg an der Kinokasse hatte. So wurden die "Schulmädchen"-Filme belohnt, die Filme von Rainer Werner Faßbinder gingen dagegen leer aus. Langsam setzte sich auch der Gedanke durch, junge Filmemacher zu unterstützen.

Die Förderung von Autoren, des Drehs von interessanten Projekten sowie des Verleihs inhaltlich engagierter und künstlerisch mutiger Filme wurden peu à peu zusätzlich ins Gesetz aufgenommen. Auch bei der Verwendung der Mittel gab es einen Paradigmenwechsel. Zunächst waren nur Produzenten und Verleiher Nutznießer der Förderung. Heute gilt der Grundsatz, dass alle Gruppen der Filmwirtschaft, die Abgaben entrichten, Anspruch auf Auschüttungen haben. Zum Beispiel auf Zuschüsse bei der Renovierung von Filmtheatern oder die Digitalisierung der Leinwände von kleineren Kinos.

Einige gravierende Änderungen des FFG beschloss der Bundestag 2004. Neben deutschen konnten auch Produzenten aus EU-Ländern Förderanträge stellen. Die Schweiz soll jetzt mit einbezogen werden. Mit der "kriteriengestützten Referenzfilmförderung" werden seitdem künstlerische Erfolge wie die Teilnahme an Festivals in Berlin, Cannes und Venedig oder der Gewinn des Deutschen Filmpreises, des Oscars oder des Golden Globes belohnt. Der Preis der Auslandspresse in Hollywood wird nach dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf allerdings

Um die neue Förderart zu finanzieren, mussten allerdings die Einzahlungen steigen. Der Abgabensatz der Kinos wurde überproportional angehoben. Das traf diese Branche in einem Moment, in dem ihr wirtschaftlich das Wasser bis zum Hals stand. Unzählige Multiplexe waren seit 1991 entstanden, die Kredite nicht abbezahlt. 2003 fehlten zudem große Kassenmagneten, der Umsatz war eingebrochen.

Klagen Die Kinokette UCI klagte deshalb gegen das FFG. Andere Ketten und Kinos zogen nach. Die Eigentümer wollten die lästige Zahlungsverpflichtung vom Tisch haben. Das Bundesverwaltungsgericht wies dieses Ansinnen im Februar 2009 ab. Nur in einem Punkt gaben die Richter den Klägern Recht. Es verstoße gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, dass Kinos und Videotheken zu Zahlungen verpflichtet seien, während das Fernsehen nur auf freiwilliger Basis in das System eingebunden sei. Im Rahmen einer "kleinen Novellierung" wurde das vom Parlament korrigiert. Seit 2011 sind öffentlichrechtliche und private Sender zu Zahlungen verpflichtet. Doch die Nachbesserung reichte der UCI nicht. Sie reichte beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen das FFG ein. Die Karlsruher Richter haben bislang noch nicht entschieden, ob die Klage angenommen wird.

Auf diesen Schwebezustand nimmt die Bundesregierung bei der anstehenden Novellierung Rücksicht und will nur kleine Korrekturen am FFG vornehmen. So soll die Laufzeit von fünf auf zweieinhalb Jahre verkürzt werden – in der Hoffnung, dass das Bundesverfassungsgericht die Klage abweist und eine große Reform zeitnah möglich wird.

Zwei Änderungen hat die Regierung dem Bundestag trotzdem vorgeschlagen. Zum einen soll die Produktion von barriefreien Filversionen für seh- und hörgeschädigte Menschen im Fokus der Förderung stehen. Zudem soll sich die FFA bei der Pflege des deutschen Filmerbes engagieren. Seit 2004 sind die Produzenten verpflichtet, eine archivwürdige Kopie im Bundesfilmarchiv zu hinterlegen. Jetzt steht die Digitalisierung der analogen Filmrollen des gesamten deutschen Filmschatzes an.

Doch es gibt weiteren Diskussionbedarf: Die SPD fordert, dass nur Filme gefördert werden, deren Produzenten Tarifvereinbarungen einhalten. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP wiederum werben für eine Förderquote für den Kinderfilm. Und aus der Filmbranche liegt ein Papier vor, nach dem das Fördersystem grundlegend reformiert werden soll. *Katharina Dockhorn*

Förderung soll geprüft werden

KULTUR Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will die Kriterien der Kulturförderung durch den Bund auf den Prüfstand stellen. Sie kritisiert in einem entsprechenden Antrag (17/12196), dass offiziell kein Kriterienkatalog vorliege, "der transparent offen legt, inwiefern kulturelle Institutionen und Projekte von 'gesamtstaatlicher Bedeutung' sind und sich somit für die Bundesförderung qualifizieren". Die Grünen fordern die Bundesregierung deshalb auf, entsprechende Förderkriterien zu entwickeln und zu veröffentlichen. Diese müssten beispielsweise sicherstellen, dass alle künsterlischen Sparten zumindest annähernd gleichberechtigt in den Genuss der staatlichen Förderung kommen. Primäres Ziel der Kulturförderung müsse es sein, auch Menschen mit Behinderung, geringem Einkommen oder einem Migrationshintergrund den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen. Die Grünen verweisen auf das Beispiel der Bayreuther Wagner-Festspiele, die seit 1953 vom Bund gefördert werden. Obwohl trotz massiver Kritik seitens des Bundesrechnungshofes und des Bayerischen Rechnungshofes "keine wesentlichen Umstrukturierungsmaßnahmen" seitens der Bayreuther Festspiele erfolgt seien, würden sie auch in diesem Jahr mit rund 2,3 Millionen Euro gefördert. Das Prinzip "Einmal gefördert, immer gefördert" könne so nicht fortgesetzt werden.

Musikvereine klagen über KSK

PETITIONEN Mit gestrafften und leicht verständlichen Fragebögen soll es künftig für ehrenamtliche Musikvereine und Chöre leichter zu erkennen sein, ob sie einer Abgabepflicht an die Künstlersozialkasse (KSK) unterliegen. Das erläuterte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Hans-Joachim Fuchtel (CDU), in der vergangenen Woche in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses. Der von seinem Ministerium erarbeitete Fragebogen sei getestet worden und bei den Betroffenen gut angekommen, sagte Fuchtel. Gleichzeitg machte er deutlich, dass eine völlige Herausnahme der Vereine aus der Abgabepflicht nach Ansicht des Ministeriums nicht möglich sei. Grundlage der Sitzung war eine Petition mit der Forderung, weitreichende Ausnahmen zur Befreiung von Musikvereinen von der KSK-Abgabepflicht für die Ausbildung des eigenen Nachwuchses gesetzlich zu regeln. Laut Petent Andreas Horber ist es ehrenamtlichen Vereinsvorständen nicht möglich, eine Einschätzung über eine Abgabepflicht des eigenen Vereins zu treffen. Die Gefahr, Ehrenamtliche mit Bürokratie

zu überlasten, erkannte auch Staatssekretär Fuchtel. Er verwies auf die Möglichkeit der Ausgleichsvereinbarungen. Diese einmalige jährliche Zahlung von 1,60 Euro pro Schüler entbinde von jeglicher Bürokratie, sagte Fuchtel. Petent Horber zog dies in Zweifel. Es gebe schließlich eine rückwirkende fünfjährige Nachweispflicht. Zudem sei auch der geringfügig erscheinende Betrag von den Musikvereinen zusätzlich aufzubringen. Horber plädierte für mehr Unterstützung des Ehrenamtes "nicht nur in Sonntagsreden". Schließlich übernähmen die Vereine eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe und trügen zur sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen bei. hau ■

Ungebremstes Interesse der Bürger

STASI-UNTERLAGEN Roland Jahn beklagt Personalmangel in seiner Behörde

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen (BStU), hat Grund zur Freude und Sorge gleichermaßen. In seinem Tätigkeitsbericht (17/12600), den er in der vergangenen Woche an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) übergab, konnte er einerseits verkünden, dass die Zahl der Bürgeranträge auf Einsicht in die Stasi-Unterlagen im Jahr 2012 wieder angestiegen ist. Nach 87.514 im Jahr 2010 und 80.611 im Jahr 2011 gingen im vergangenen Jahr 88.231 Bürgeranträge bei seiner Behörde ein. Gleichzeitig musste Jahn jedoch einräumen, dass die Bearbeitung der Anträge mitunter deutlich länger dauert als früher. Er begründete dies mit dem Personalabbau in seiner Behörde.

Jahn wurde im Februar 2011 vom Bundestag zum neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gewählt. Er übernahm das Amt von seiner Vorgängerin Marianne Birthler, die die Behörde zwischen September 2000 und März 2011 geleitet hatte.

Nach Angaben Jahns sind seit Gründung der Stasi-Unterlagenbehörde im Oktober 1990 rund 2,918 Millionen Anträge auf private Akteneinsicht eingegangen. "Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist alles andere als beendet", schreibt Jahn in seinem Tätigkeitsbericht für die Jahre 2011 und 2012. Der Bericht zeige, wie "aktuell die Aufarbeitung des Wirkens der Staatssicherheit immer noch ist und wie hilfreich dabei die



Roland Jahn, Wächter der Stasi-Akten

Dienstleistungen der Behörde des Bundesbeauftagten sind".

Roland Jahn warnte zugleich vor einem weiteren Personalabbau in seiner Behörde. So sei der Personalbestand der Abteilung Auskunft in den vergangenen zwei Jahren um elf Prozent gesunken. Dies und das ungebrochen hohe Aufkommen an Anträgen habe zu längeren Wartezeiten bei der Bearbeitung geführt. Diese könne bei aufwendigen Anträgen inzwischen bis zu zweieinhalb Jahre betragen. Die Zahl der zu bearbeiten-

den Anträge pro Mitarbeiter sei in den vergangenen zwei Jahren um 13 Prozent gestiegen. "Ohne eine Nachbesetzung von frei werdenden Stellen ist deshalb mit einer weiteren Verlängerung der Wartezeiten zu rechnen", schreibt Jahn.

Im Gegensatz zu den Bürgeranfragen ist die Zahl der Überprüfungsanträge auf eine frühere Tätigkeit für die Staatssicherheits der DDR nach Angaben des Berichts weiter rückläufig. Sie sank von 22.409 im Jahr 2010 auf 17.981 im Jahr 2011 und 17.060 im vergangenen Jahr. Ebenso sank die Zahl der Ersuchen wegen Rehabilitierungen, Widergutmachung und Strafverfolgung: von 9.510 im Jahr 2010 und 6.482 im Jahr 2011 auf 5.547 im Jahr 2012.

Unverändert hoch ist das Interesse von Forschung und Presse an den Stasi-Akten. Nach 1.486 Anträgen im Jahr 2010, gingen in den folgenden zwei Jahren 1.501 beziehungsweise 1.430 Anträge bei der Behörde ein. Nach Angaben Roland Jahns sind die schriftlichen Hinterlassenschaften der Stasi inzwischen weitgehend aufgearbeitet. Von den rund 111 Kilometern Schriftgut seien 103 Kilomter erschlossen.

Im Jahr 2019 wird das Gesetz über die Stasi-Unterlagen auslaufen. In welcher Form die Einsicht in die Akten danach ermöglicht wird, ist bislang noch unklar. Die Aktenbestände könnten dann in das Bundesarchiv überführt werden. Alexander Weinlein

Die Welt von morgen

WISSENSCHAFT Ausstellung »Ideen 2020« im Bundestag

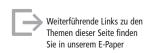
Politik trifft Wissenschaft: Neue Techniken im Kampf gegen das Altern, bisher unentdeckte Energiequellen oder Innovationen in der Automobilindustrie sind seit vergangenem Mittwoch im Deutschen Bundestag zu bestaunen. "Ideen 2020 - Ein Rundgang durch die Welt von morgen" lautet der Titel der Ausstellung der Helmholtz-Gemeinschaft und weiterer Forschungsinstitutionen, die bis zum 28. März jeweils montags bis donnerstags um 11 und um 14 Uhr sowie freitags um 11 Uhr im Paul-Löbe-Haus nach vorheriger Anmeldung (030-22738883, info-ausstellungen-plh@bun-

destag.de) besichtigt werden kann. "Industrie 4.0" steht in großen Buchstaben auf der Stele, welche die Imitation eines Smartphone ist. Darunter: "Guten Morgen. Es gibt Neuigkeiten, neue Aufgaben warten auf ihre Bearbeitung." So könnte der moderne Arbeitsalltag in Zukunft aussehen. In einem Informationscluster des Fraunhofer Institutes wird die Bedeutung der digitalen Produktion für die Leistungssteigerung betont. Direkt daneben tauchen die Besucher in das Leben von älteren und kranken Menschen in der Zukunft. Da bedienen Robotersysteme die Spülmaschine, da führen hirngesteuerte Greifarme die Tasse zum Mund, da gibt es Implantate aus Magnesium, die sich selbst auflösen und weitere Operationen unnötig machen. Mit der Ausstellung habe die Wissenschaft versucht, die Themen

von Klima bis Gesundheit, von Technik und Mobilität spielerisch und visuell darzustellen, sagte Jürgen Mlynek, Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft.

Investitionen Noch ist vieles von dem, was in der Ausstellung gezeigt wird, Zukunftsmusik. Diese ist jedoch bereits in der Gegenwart zu vernehmen. "Die Ausstellung hat eine klare Botschaft", sagte Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung. "Die Wissenschaft ist entscheidend für die Welt von morgen." Deshalb sei es wichtig, in Wissenschaft und Forschung zu investieren. Im vergangenen Jahr habe der Bund dafür 13 Milliarden Euro ausgegeben - so viel wie noch nie, betonte die Ministerin.

"Die Politik kann sich nicht erlauben, sich von den Erkenntnissen und Fortschritten der Wissenschaft zu isolieren oder gar abzukoppeln", sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) zur Eröffnung der Ausstellung. Und umgekehrt sei die Wissenschaft von den Ressourcen abhängig, die die Politik zur Verfügung stellt. Linda Dietze





14 KEHRSEITE Das Parlament - Nr. 12 - 18. März 2013

AUFGEKEHRT

Wo bleibt der Frühling?

warten weiter. Nicht mehr auf den neuen Papst, nein, der ist schon gewählt worden, sondern auf den Frühling. Der lässt sich nämlich ganz schön Zeit.

Diese Woche wird er eigentlich drei Wochen alt, denn am ersten März war der meteorologische Frühlingsbeginn. Doch Deutschland war bis jetzt fest in Winters Hand: Von der Nordsee bis zum Alpenrand überall Minusgrade und Schneefall. Nur alle zehn bis 20 Jahre fällt im März so viel Schnee wie vergangene Woche, verkündeten die Meteorologen, sprachen von einem "Märzwinter". Auch diese Woche kann es stellenweise kalt werden. Da fragt man sich doch, was mit der Erderwärmung ist. Pusten wir nicht unentwegt Kohlendioxid in die Luft, heizen wir damit nicht unaufhörlich das Klima der Erde auf, und wo ist sie, die Erderwärmung, wenn man sie einmal braucht?

Nein, auf den Frühling müssen wir wohl noch etwas warten. In der Zwischenzeit fielen vergangene Woche an vielen deutschen Flughäfen Flüge aus, sehr zum Verdruss des Service- und Sicherheitspersonals am Flughafen Köln/Bonn und Düsseldorf. Die haben nämlich gestreikt, doch was bringt ein Streik, wenn die Flüge eh gestrichen werden? Bei aller Berichterstattung über das Wirken Gottes auf Erden könnte das Sicherheitspersonal die Wetterkapriolen wohl als ein Wink von oben gedeutet haben. Ob sich Petrus allerdings wirklich für deutsche Tarifverhandlungen interessiert, darf jedoch bezweifelt werden. Da bleibt uns also wenig mehr als das Prinzip Hoffnung und vorsorglich eine funktionierende Heizung.

Am 20. März hat der Frühling übrigens eine zweite Chance, da ist der astronomische Frühlingsanfang. Julian Burgert 🛮

VOR 55 JAHREN ...

Volksvertreter für Europa

19. März 1958: Europaparlament tritt

erstmals zusammen Zu bürokratisch, zu teuer, zu weit weg. Die Distanz zwischen den Europäern und den Institutionen der Europäischen Union ist groß. Das gilt auch für das Europäische Parlament. Gerade einmal 43 Prozent der Wahlberechtigten zwischen Skandinavien und Sizilien, zwischen Lissabon und Bukarest nahmen bei der jüngsten Europawahl 2009 teil. Das Straßburger Gremium scheint für die, die es eigentlich vertreten soll - die rund 500 Millionen Bürger der 27 EU-Mitgliedstaaten - keine große Rolle zu spielen. Dabei feiert das Europaparlament in diesen Tagen bereits seinen 55. Geburtstag.



Das Europäischen Parlament in Straßburg

Am 19. März 1958 kamen 142 Abgeordnete aus sechs Staaten zur konstituierenden Sitzung der damals sogenannten Versammlung der Europäischen Gemeinschaften in Straßburg zusammen, die sich schon zwei Tage später in Europäisches Parlament umbenennen sollte. Allerdings nur in deutscher und niederländischer Sprache: Für die anderen Sprachen, damals zunächst Französisch und Italienisch, wurde der Name erst 1962 beschlossen. Seine rechtliche Grundlage wurde ein Jahr zuvor in den Römischen Verträgen und dem "Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften" gelegt. Wurden die ersten Europaparlamentarier noch von den Nationalparlamenten entsandt, werden sie seit 1979 per Direktwahl gewählt. Ein weiterer Meilenstein für das Europaparlament war der Vertrag von Lissabon, der ihm deutlich mehr Zuständigkeiten unter anderem in Haushaltsfragen Benjamin Stahl zusprach.





ORTSTERMIN: BEGRÜSSUNG DER PARLAMENTS-STIPENDIATEN



Aus der Gastfreundschaft wird eine Gas-Freundschaft: Stipendiaten aus Aserbaidschan und Kasachstan stellten ihre Heimatländer vor.

»Das IPS ist das

schönste

Exportgut, das

ein nationales

Parlament

bieten kann.«

Wolfgang Thierse (SPD)

»Werden Sie ein Freund Deutschlands«

sich die Beiträge der 115 Teilnehmer am Internationalen Parlaments-Stipendium (IPS) im Rahmen ihrer Begrüßung am vergangenen Donnerstag in der Humboldt-Universität (HU) Berlin zusammenfassen. Unter dem Motto: "Nationale Eigenständigkeit und gelebte Internationalität" stell-

ten die Stipendiaten ihre 30 Herkunftsländer vor. Zu erfahren war dabei unter anderem: In Kasachstan und Aserbaidschan tanzen die Frauen ähnlich schön und sind auch ähnlich kostümiert. Weißrussland gibt es gar nicht, denn es heißt Belarus und hat derzeit einen "sehr strengen Coach". Die baltischen Staaten streiten sich dauernd, wessen Sprache denn nun die komplizierteste ist. Die armenische Diaspora ist riesengroß. Und am Siegeszug der französischen Bistros ist die hungrige Ungeduld der Russen schuld, weil deren Soldaten Anfang des 19. Jahrhunderts Paris be-

setzt hielten und in den Restaurants immer wieder "bystro" riefen, was auf Russisch schnell bedeutet.

Ob dem tatsächlich so ist, sei mal dahingestellt. Stipendiaten, Abgeordnete und die Ehrengäste aus den verschiedenen Botschaften hatten bei den kurzen Vorführungen in jedem Fall ihren Spaß. Dem soll nun aber in den kommenden fünf Praktikums-Monaten auch der parlamentarische

Witzig, selbstironisch und informativ. So in etwa lassen Ernst folgen. Bis Ende Juli arbeiten die jungen Akademiker einrichtung präsentieren wollten. Olbertz lud die Stipenin den Büros der Abgeordneten mit, besuchen Ausschüsse, nehmen an Fraktionssitzungen teil und reisen in die Wahlkreise. "Nutzen Sie die Zeit, um unsere parlamentarische Demokratie kennenzulernen. Seien Sie neugierig und gehen Sie uns mit ihren Fragen auf die Nerven", sagte Bun-

> ausgezeichnete Erfahrungen gemacht, sagte Demokratie", schwärmte er. Thierse. Gerade als jemand, der in der ehe- Für einen anderen Redner bedeutete der Abend einen Abheit kennengelernt habe, wisse er die Demokratie zu schätzen.

Das IPS nannte der Bundestagsvizepräsident "das schönste und zugleich nachhaltigste Exportgut, das ein nationales Parlament anbieten kann". Profitieren würden aber auch die Abgeordneten, die die Zusammenarbeit mit den Stipendiaten als ei-

ne Bereicherung empfänden, sagte Thierse. Von einer "Win-win-Situation" sprach auch Jan-Hendrik Olbertz, Präsident der Humboldt-Universität Berlin. Für die Stipendiaten gelte dies, da sie das politische System Deutschlands kennenlernen könnten. Doch auch die drei Berliner Universitäten profitierten von der Anwesenheit der jungen Menschen, da sie sich als weltoffene Bildungs- mer gewandt.

diaten ein, Veranstaltungen zu besuchen und Kurse zu belegen. "Wir freuen uns auf Sie", sagte er.

Wolfgang Thierse ging schließlich noch auf zwei Besonderheiten des diesjährigen IPS-Jahrgangs ein. So seien zum einem erstmals Stipendiaten aus Ägypten und den palästidestagsvizepräsident Wolfgang Thierse nensischen Gebieten dabei. Zum anderen eröffne sich für (SPD) in seiner Begrüßungsansprache. Die alle Teilnehmer die Chance, hautnah beim Wahlkampf da-Deutschen hätten mit dieser Demokratie bei zu sein. Das sei eine "Hochzeit der parlamentarischen

maligen DDR noch Diktatur und Unfrei- schied. Zum letzten Mal begrüßte Wolfgang Börnsen (CDU), seit langem schon als Vater des IPS geltend, die Stipendiaten. Der Mann aus dem Norden, der für den kommenden Bundestag nicht mehr kandidieren wird, gab sich jedoch nicht rührselig, sondern forderte dazu auf, die Ärmel hochzukrempeln. Schließlich stünden "erlebnisreiche Wochen" vor den Teilnehmern. Eine Motivationsspritze hatte der 70-Jährige auch noch dabei. Botschafter nämlich könne man mit einem erfolgreich absolvierten IPS-Praktikum werden, sagte Börnsen mit Verweis auf die Vertreterin Mazedoniens in Deutschland, Kornelija Utevska-Gligorovska, die einst zu den Stipendiaten gehört hat.

Der Wunsch des Bundestagsvizepräsidenten klang dann etwas bescheidener. "Werden Sie ein dauerhafter Freund Deutschlands", sagte Wolfgang Thierse an die IPS-Teilneh-

PERSONALIA

>Lothar Fischer † Bundestagsabgeordneter 1980-2002,

Politik und

Medien hautnah

MEDIENWORKSHOP Insgesamt 30 Nachwuchsjournalisten aus ganz Deutschland erhalten diese Woche direkten Einblick in

das parlamentarische und journalistische

Geschehen Berlins. Sie alle sind Teilnehmer

des diesjährigen Jugendmedienworkshops

"Wohin wollen wir gehen? Irrgarten Demo-

grafie - Gesucht: Lebenswege 3.0", zu dem

der Bundestag zusammen mit der Bundes-

zentrale für politische Bildung und der Ju-

lichen den Arbeitsablauf des Bundestages

kennen, diskutieren mit Parlamentariern

verschiedener Ausschüsse über die Auswirkungen des demografischen Wandels auf

die Gesellschaft und besuchen eine Debat-

te im Plenarsaal. Außerdem arbeiten die

Teilnehmer einen Tag lang in einer Haupt-

stadtredaktion vor Ort mit und können sich

mit Journalisten austauschen. Zum Ab-

schluss erstellen sie eine eigene Veranstal-

tungszeitung. Der Workshop findet dieses

Jahr bereits zum zehnten Mal statt. jbb ■

gendpresse Deutschland eingeladen hat. Während des Workshops lernen die Jugend-

Am 3. Februar starb, wie erst jetzt bekannt wurde, Lothar Fischer im Alter von 70 Jahren. Der Diplom-Mathematiker aus Homburg an der Saar trat 1966 der SPD bei. Von 1981 bis 1990 war der Sozialdemokrat stellvertretender Unterbezirksvorsitzender und gehörte von 1974 bis 1980 dem Kreistag in Homburg an. Fischer, Direktkandidat des gleichnamigen Wahlkreises, arbeitete im Bundestag im Ausschuss für Forschung und Technologie mit.

>Liesel Hartenstein † Bundestagsabgeordnete 1976-1998,

Am 12. Februar starb Liesel Hartenstein im Alter von 84 Jahren. Die promovierte Philologin aus Leinfelden-Echterdingen war dort 15 Jahre Stadträtin und gehörte von 1983 bis 1996 dem SPD-Landesvorstand Baden-Württemberg an. Hartenstein, von 1983 an längere Zeit Mitglied im Vorstand ihrer Bundestagsfraktion, engagierte sich vorwiegend im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Zudem war Hartenstein von 1986 bis 1998 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses.

>Claus Jäger † Bundestagsabgeordneter 1972-1987, 1988-1994, CDU

Am 7. März starb Claus Jäger im Alter von 81 Jahren. Der Steueriurist und Finanzamtsdirektor aus Wangen schloss sich 1953 der CDU an und war von 1973 bis 1989 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands Württemberg-Hohenzollern. Jäger, von 1981 bis 1987 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU, arbeitete im Bundestag im Finanzausschuss beziehungsweise im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen mit.

>Fritz Wittmann

Bundestagsabgeordneter 1971-1994, 1996-1998, CSU

Am 21. März vollendet Fritz Wittmann sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus München schloss sich 1952 der CSU an, war von 1956 bis 1959 Landessekretär der Jungen Union in Bayern und von 1983 bis 1991 Vorsitzender des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU. Wittmann, von 1975 bis 1983 und von 1997 bis 1998 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU, engagierte sich im Bundestag überwiegend im Rechtsausschuss und gehörte ferner dem Verteidigungsausschuss an, dessen Vorsitz er von 1991 bis 1994 inne hatte.

>Rose Götte Bundestagsabgeordnete 1987-1991,

Rose Götte wird am 21. März 75 Jahre alt. Die promovierte Philologin und Journalistin trat 1971 der SPD bei, war stellvertretende Vorsitzende des SPD-Bezirks Pfalz und gehörte von 1979 bis 1987 dem rheinland-pfälzischen Landtag an. Götte, im Bundestag zuletzt Mitglied des Ausschusses für Familie und Senioren, legte 1991 ihr Mandat nieder. Von 1991 bis 2001 amtierte sie als Ministerin für Kultur sowie für Jugend, Familie und Frauen in Rheinland-Pfalz.

>Detlef Dzembritzki Bundestagsabgeordneter 1998-2009,

Am 23. März wird Detlef Dzembritzki 70 Jahre alt. Der Sozialpädagoge aus Berlin schloss sich 1962 der SPD an. Von 1975 bis 1989 war er Bezirksstadtrat im Bezirk Reinickendorf und dort von 1989 bis 1995 Bürgermeister. An der Spitze des SPD-Landesvorstands Berlin stand Dzembritzki von 1994 bis 1999. Im Bundestag arbeitete Detlef Dzembritzki von 1998 bis 2005 im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit und war dessen stellvertretender Vorsitzender von 2002 bis 2005. Zuletzt gehörte er im Bundestag dem Auswärtigen Ausschuss an.

LESERPOST

Zur Ausgabe 01-03 vom 2.1.2013, "Die Mär von der geerbten Feindschaft" auf

Ich bin in weiten Teilen mit der Aussage des Artikels einverstanden, meine allerdings, dass man sehr wohl von einer "Erbfeindschaft" zwischen Deutschland und Frankreich sprechen kann. Diese konnte allerdings aufgrund zweier verheerender Weltkriege nach 1945 Stück für Stück begraben werden.

Franzosen und Deutschen hat seinen Ursprung meiner Meinung nach nicht erst im 17.,18.,19., oder 20. Jahrhundert, sondern schon 1.000 Jahre früher. Damals zerbrach das Fränkische Reich Karl des Großen in einen Westfränkischen, "französischen", Teil und einen Ostfränkischen, "deutschen", Teil. Das Herzogtum Lotharingien sagte sich 925 vom Westfrankenreich los und mit seinem Eintritt

Der Gegensatz zwischen

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 18.-22.03.2013 Hightech-Strategie (Do), Entgeltgleichheitsgesetz

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

in das Ostfrankenreich begann die deutschfranzösische Auseinandersetzung der Jahrhunderte. Aufgrund der sich aus dieser Trennung ergebenen Grenzen mussten diese beiden Länder feindlich aufeinander stoßen. Man muss bedenken, dass Frankreich nach der Trennung der beiden fränkischen Reichshälften an das Westende Europas verwiesen worden ist. Das ist der geographische Kern des Problems gewesen, denn

Europa konnte und kann nicht aus dem Seine-Marne-Becken beherrscht werden. So wie ich das sehe, gehorchte Frankreich einem inneren Zwang und versuchte im Laufe der Jahrhunderte immer wieder, seine Grenzen Schritt für Schritt bis an den Rhein zu verlegen und damit die Hegemonie über Europa zu gewinnen. Das ist meiner Meinung nach eine der wichtigsten Tatsachen

der europäischen Geschichte und liegt der

ganzen politischen Entwicklung bis nach dem 2. Weltkrieg zugrunde. Aus all diesen Gegensätzen ein geeintes Europa zu schaffen, ist wahrhaftig eine immer dringlicher werdende Herkulesaufgabe, und ich wünsche mir, dass die alten Anta-

gonismen nicht immer wieder durchschim-

Hans-Jürgen Golieberzuch,

PANNENMELDER

In unseren Ausgabe vom

4. März 2013 wurde in dem

Artikel "Hamburger Lehr-

stück" auf Seite 13 der Na-

me eines für den Medien-

preis Politik nominierten

Journalisten falsch ge-

schrieben. Der Autor des

nominierten Beitrags "Im

Land der Leidenschaften"

heißt Andreas Große

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik?

Schreiben Sie uns:

Platz der Republik 1,

redaktion.das-parla-

ment@bundestag.de

die Meinung der

Leserbriefe geben nicht

Redaktion wieder. Die

Leserbriefe zu kürzen.

"Das Parlament" er-

scheint am 25. März.

Redaktion behält sich vor,

Die nächste Ausgabe von

Das Parlament

11011 Berlin

Halbuer.

per E-Mail

SEITENBLICKE



Das Parlament

DEBATTENDOKUMENTATION

Regierungserklärung zur Energieinfrastruktur / 228. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 14. März 2013

Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Für den Erhalt der drei energiepolitischen Grundsätze



Philipp Rösler (*1973) Bundesminister

ir haben in Deutschland eine starke Volkswirtschaft, einen starken Mittelstand mit einem starken industriellen Kern. Es ist diese Struktur, die Wachstum möglich macht, die Beschäftigung sichert und damit für den Wohlstand in unserem Lande steht. Weil wir das wissen, kämpft diese Regierungskoalition genau für diese Struktur. Das gilt insbesondere

Der Erfolg wird

nur möglich sein,

wenn alle 16

Bundesländer, der

Bund und Europa

kooperieren.

in dem wichtigen Bereich der Energiepolitik.

Es gibt fünf Felder
– Kraftwerke, neue
Netze, natürlich erneuerbare Energien,
Energieeffizienz und
Energieforschung –,
in denen es sich besonders lohnt, genau

für diese Struktur zu kämpfen. Die Leitlinien, die für eine kluge Energiepolitik immer gelten, sind zum Ersten eine umweltfreundliche Erzeugung, zum Zweiten das wichtige Thema Versorgungssicherheit und zum
Dritten die Bezahlbarkeit von Energie, und zwar nicht nur für Unternehmen, sondern für Menschen und
private Haushalte gleichermaßen.

Der Aspekt der Umweltverträglichkeit – ich finde, daran kann man zwei Jahre nach der Katastrophe von Fukushima erinnern – ist der eigentliche Grund für unseren gemeinsamen Beschluss, aus der Kernenergie auszusteigen. Er wurde hier im Deutschen Bundestag gefasst. Er ist getragen von einer breiten Mehrheit im Bundesrat und in der Gesellschaft.

Anders als die frühere rot-grüne Bundesregierung haben wir uns nicht darauf beschränkt, einfach nur den Ausstieg zu beschließen und danach die Hände in den Schoß zu legen, so wie Sie es sehr selbstzufrieden getan haben.

Wir haben gewusst: Wir müssen alles dafür tun, dass das Ziel, bis zum Jahr 2022 auszusteigen, auch erreicht werden kann. Sie haben sich nach Ihrem Beschluss zurückgelehnt. Wir haben die Hände in die Hand genommen

Der erste Bereich ist der Bereich der neuen Netze. Wir haben dafür die notwendigen Gesetze beschlossen, zum Beispiel das Netzausbaubeschleunigungsgesetz. Unser Ziel ist es, die bisherigen Planungs- und Bauzeiten von derzeit bis zu zehn Jahren auf vier Jahre zu verkürzen. Ein Teil dieser Gesetze beinhaltet die Vorgabe, einen Netzentwicklungsplan auf den Weg zu bringen, der die Strukturen, aber auch die weiteren Maßnahmen für den Netzausbau in Deutschland festlegt. Genau das ist in enorm kurzer Zeit gelungen. Man darf nicht vergessen: Bisher gab es einen solchen Netzentwicklungsplan nicht. Man musste ihn also im wahrsten Sinne des

> Wortes aus dem Nichts heraus definieren, um zu sehen, wie die neuen Netzstrukturen in Deutschland aussehen sollen.

> Der Netzentwicklungsplan liegt jetzt vor. Wir wissen, dass 2 900 Kilometer er-

tüchtigt oder im Bestand erneuert werden müssen. Es gibt weitere 2 800 Kilometer, die tatsächlich neu gebaut werden müssen. Es ist gut, dass wir diesen Netzentwicklungsplan haben. Entscheidend ist aber auch das Umsetzen dieses Netzentwicklungsplans; denn wir haben sehr frühzeitig – schon bei der -Gesetzgebung – gesagt: Wenn wir in Deutschland Industriepolitik betreiben wollen, bedeutet dies das Durchsetzen, das Umsetzen von Infrastrukturmaßnahmen.

Wenn Sie in Deutschland Infrastrukturmaßnahmen umsetzen wollen, brauchen Sie die Akzeptanz, das Verständnis der Bevölkerung. Deswegen wurde sehr früh ein Konsultationsverfahren eröffnet, damit die betroffenen Menschen vor Ort und die betroffenen Kommunen Stellung nehmen konnten. Diese wurden von den Übertragungsnetzbetreibern

einbezogen und später auch von der Bundesnetzagentur.

Es gab in diesem einjährigen Verfahren über 3 300 Einwendungen von Privatpersonen. Alle konnten in den Diskussionsprozess einfließen. Es ist quasi revolutionär für die Bundesnetzagentur, dass die Behörde die Anliegen nicht nur in Form von schriftlichen Stellungnahmen behandelt hat, sondern sie ist in die Fläche gegangen, sie hat mit den betroffenen Kommunen und den betroffenen Menschen gesprochen.

In Stuttgart zum Beispiel wird das, was im Schlichtungsverfahren vereinbart wurde, immer noch nicht umgesetzt, weil man nicht bereit ist, dafür das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen. Da weiß man, was man an dieser Bundesregierung hat; denn wir sprechen mit den Menschen, um Infrastrukturprojekte umzusetzen. So sieht richtige Bürgerbeteiligung aus.

Als Folge des Netzentwicklungsplans diskutieren wir heute gemeinsam in erster Lesung das Bundesbedarfsplangesetz. Dabei geht es nicht nur darum, wie die neuen Trassenverläufe aussehen sollen, sondern wir müssen uns konkret überlegen, wie wir die Voraussetzung dafür schaffen, dass Projekttrassen, zum Beispiel für die Erdverkabelung, entstehen können.

Wir sehen auch eine Instanzenwegverkürzung vor, das heißt, dass man sich mit einer Klage direkt an das Bundesverwaltungsgericht wenden kann, das dann endgültig entscheidet. Damit können wir die Geschwindigkeit im Bereich Netzausbau erreichen, die wir uns vorgenommen haben, ebendiese vier Jahre.

Was noch viel entscheidender ist: Wir arbeiten hervorragend mit den Bundesländern zusammen. Das ist keine Selbstverständlichkeit; denn derzeit ist es so, dass sich mindestens 8 von 16 Bundesländern autonom versorgen möchten, weitere möchten sich in Bezug auf erneuerbare Energien nicht nur autonom versorgen, sondern sie sogar exportieren.

Wir sagen Ihnen: Der Erfolg wird nur möglich sein, wenn alle 16 Bundesländer, der Bund und Europa bei dem wichtigen Thema Netzausbau zusammenstehen.

Deswegen schaffen wir mit dem Bundesbedarfsplangesetz die Voraussetzung dafür, dass erstmalig

auch die großen und raumbedeutsamen Strecken, die mehrere Länder übergreifen, in die Planungszuständigkeit des Bundes, der Bundesnetzagentur übergehen können. Bisher haben wir immer gesehen: Dort, wo zwei Ländergrenzen aneinanderstoßen, kommt es zu Schwierigkeiten, kommt es zu Verzögerungen. Das muss geändert werden. Deswegen hoffen wir sehr, dass der Bundesrat bereit ist, auch wenn es um die konkreten Strecken geht, wenn es auf die einzelnen Maßnahmen ankommt, seine Zusage einzuhalten und die Zuständigkeiten von den einzelnen Ländern auf den Bund zu übertragen. Sonst wird es schwierig mit der Verkürzung von Bau- und Planungszeiten bei dem wich-

tigen Netzausbau in Deutschland.

Mindestens genauso wichtig wie die großen Fernübertragungsnetze ist das Verteilnetz. Wir diskutieren darüber im Rahmen der Netzplattform in meinem

Ministerium, aber auch in anderen Gremien. Wir überlegen: Wie muss ein solches Verteilnetz eigentlich aussehen? Wir werden ungefähr die gleiche Anzahl an Kilometern brauchen, nur um das Verteilnetz zu ertüchtigen und zu modernisieren.

Hier geht es nicht nur darum, Produktion und Verbrauch räumlich zusammenzubringen, sondern Sie müssen Produktion und Verbrauch auch zeitlich zusammenbringen. Deswegen brauchen wir nicht nur Verteilnetze mit vielen Tausend Kilometern, sondern wir brauchen auch intelligente Netze die in der Lage sind, Produktion und Verbrauch zusammenzubringen. Wenn wir die beiden Dinge zusammenbringen wollen, dann brauchen wir nicht nur die Netze, sondern dann müssen wir uns auch darüber Gedanken machen, wie der Markt für den konventionellen Kraftwerksbereich aussieht.

Ich will hier für die Bundesregierung und die Regierungskoalition sehr klar sagen: Wenn wir aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen, werden wir, auch wenn wir auf den stärkeren Ausbau des Bereichs der erneuerbaren Energien setzen, auch in Zukunft konventionelle Kraftwerke brauchen, Gaskraftwerke genauso wie Kohlekraftwerke.

Wenn die Grünen beschließen, dass man gerne auf Kohlekraftwerke verzichten möchte, dann ist das den Menschen gegenüber schlichtweg unehrlich; denn irgendwo muss der Strom für die Menschen und die Unternehmen ja herkommen.

Dass wir für Versorgungssicherheit stehen, haben wir bei der Winterre-

gelung gezeigt, die Sie im Bundestag im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes beschlossen haben.

Natürlich wissen wir, dass all die Maßnahmen, die darin enthalten sind, nicht vollumfänglich die Schönheit der sozialen Marktwirtschaft widerspiegeln.

Aber bei der Abwägung zwischen der Versorgungssicherheit auf der einen Seite und der Schönheit mancher Instrumente auf der anderen Seite war und ist es immer richtig, sich für die Versorgungssicherheit der Menschen und Unternehmen gleichermaßen zu entscheiden.

Wir brauchen Ähnliches auch bei der Marktstruktur im Bereich der konventionellen Kraftwerke. Allein

Sie haben schon

den Ausstieg aus

der Kernenergie

beschlossen und

nichts für neue

Netze getan.

auf den Strom und nicht auf die Erzeugung zu achten, wird auf Dauer nicht mehr funktionieren. Trotzdem warne ich davor, zu glauben, dass man nur Kapazitätsmärkte fordern müsse und schon wäre das Problem

gelöst. "Kapazitätsmärkte" ist ein schönes Wort dafür, dass man das Vorhalten von Kraftwerken mit dem Geld der Stromkunden in Deutschland subventionieren will.

Wenn Sie ein Problem, das durch die Förderung des Bereichs der erneuerbaren Energien, also durch ein Subventionsgesetz entstanden ist, durch eine weitere Subvention lösen wollen, dann handeln Sie entgegen dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft. Das kann nicht die alleinige Lösung für das zukünftige Marktdesign in Deutschland sein.

Wenn Sie ein solches Marktdesign auf den Weg bringen wollen, gerade für konventionelle Kraftwerke, dann müssen Sie auch an die Förderung des Bereichs der erneuerbaren Energien herangehen; denn beides gehört zusammen, die konventionelle Energieerzeugung in Deutschland und die Erzeugung durch die Nutzung erneuerbarer Energien. Das bisherige Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien ist ein Gesetz, das eigentlich nicht zur sozialen Markt-

Fortsetzung auf Seite 2

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Dr. Philipp Rösler (Bundesminister für Wirtschaft und Technologie)

wirtschaft passt. So, wie es momentan aufgebaut ist, ist es ein planwirtschaftliches Gesetz.

Es ist damals entstanden, als man eine Nischenbranche größer machen wollte. Das war absolut gerechtfertigt; jetzt aber haben wir ein Gesetz, das sich mit einem Markt befasst, der längst nicht mehr einem Nischenmarkt entspricht, sondern einen Marktanteil von 25 oder 35 Prozent hat. Deswegen dürfen Sie ein solches Gesetz nicht länger zulassen

Das ist ein Gesetz, mit dem der Gesetzgeber, der Deutsche Bundestag, den Preis für jede einzelne Erzeugungsart auf den Cent genau festlegt.

Das ist Planwirtschaft und führt natürlich auch zu all den Verzerrungen und zu Ineffizienzen, die die Planwirtschaft mit sich bringt.

Es ist doch Ihre Verantwortung, dass wir momentan – mit all den

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 11. bis 15. März 2013 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Zustimmung

Verkehr und Bau "Gesetz zu dem Abkommen vom 3. März 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über die Seeschifffahrt" (Bundesregierung, 17/12336, 17/12574);

"Gesetz zur Änderung seeverkehrsrechtlicher und sonstiger Vorschriften mit Bezug zum Seerecht" (Bundesregierung, 17/12594, 17/12348); "Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen von Nairobi von 2007 über die Beseitigung von Wracks" (Bundesregierung. 17/12343, 17/12595);

Wirtschaft und Technologie "Fünfundneunzigste Verordnung zur Außenwirtschaftsverordnung" (Bundesregierung, 17/12226, 17/12441 Nr. 2.1, 17/12728);

"Einhundertzehnte Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage Al zur Außenwirtschaftsverordnung –" (Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, 17/12227, 17/12441 Nr. 2.2, 17/12729);

Umwelt "Verordnung über die Hinweispflichten des Handels beim Vertrieb bepfandeter Getränkeverpackungen (GvpHpV) (Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 17/12303, 17/12441 Nr. 2.3, 17/12739).

Ablehnung

Familie "Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen umsetzen" (Bündnis 90/Die Grünen, 17/7953, 17/8643);

Inneres "Residenzpflicht abschaffen" (Bündnis 90/Die Grünen, 17/11356, 17/11725).

Verzerrungen – in der Planwirtschaft leben.

Wenn Sie sich ein Windrad in den Hintergarten stellen – egal ob Sie einen Netzanschluss haben oder nicht –, bekommen Sie bis zu 95 Prozent Ihrer Kosten vergütet. Was ist das für ein Geschäftsmodell?

Frau Höhn, stellen Sie sich vor, unser Wirtschaftsausschussvorsitzender Herr Hinsken – er ist Bäcker – würde ständig Brötchen produzieren, die er nicht verkaufen müsste, und er würde trotzdem 95 Prozent der Kosten als Vergütung bekommen. Was für ein großartiges Geschäftsmodell wäre das?

Es hat nur zwei Nachteile: Erstens. Die Menschen in Deutschland müssten es bezahlen. Zweitens. Es wäre kein zur sozialen Marktwirtschaft passendes Modell, und deswegen verzichtet Herr Hinsken auf ein solches Modell. Das Gleiche gilt auch für die Energiepolitik in Deutschland.

Deswegen brauchen wir ein anderes Modell, ein Mengenmodell, mit dem endlich die unterschiedlichen Erzeugungsarten - so, wie es sich für die soziale Marktwirtschaft gehört - in einen Wettbewerb miteinander gestellt werden.

Sonst wird Energie am Ende nicht mehr bezahlbar sein.

Wir erleben gerade die Diskussion über eine EEG-Umlage in Höhe von 5,277 Cent, die vielleicht bis zum Ende des Jahres sogar noch auf 6 Cent die Kilowattstunde ansteigen wird

Ich finde, diese Zahlen zeigen eines sehr deutlich: Wir müssen schon jetzt – nicht zum Zweck der Integration von konventionellem Markt und dem Bereich der erneuerbaren Energien, sondern gerade im Interesse der Bezahlbarkeit von Energie für den Mittelstand, aber auch für private Haushalte – an einer grundlegenden Reform des Gesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien arbeiten.

Die Energiepreise sind das Entscheidende für unseren Mittelstand und unseren industriellen Kern.

Die deutsche Wirtschaft steht in einem internationalen Wettbewerb mit günstigen Energiepreisen in Europa, mehr aber noch außerhalb Europas. Wir sprechen über Strompreise für Industrieunternehmen von 10 bis 15 Cent die Kilowattstunde hier in Deutschland und in Europa. Wir sprechen, was beispielsweise die USA angeht, über Strompreise im Bereich von 2 bis 5 Cent die Kilowattstunde.

Wenn künftig viele Unternehmen in Deutschland Investitionsent-scheidungen zulasten des Standortes Deutschland bzw. Europa treffen, indem sie in die USA gehen, wäre das gerade für unseren industriellen Kern fatal; denn wir brauchen die gesamte Bandbreite einer industriellen Wertschöpfungskette. Das betrifft chemische Grundstoffe, Stahl und Aluminium genauso wie Hightechprodukte. Deswegen ist es notwendig, dass die Bezahlbarkeit von Ener-

gie als prioritäre Aufgabe der Wirtschaftspolitik anerkannt wird.

Sie kommen aus Nordrhein-Westfalen. Ich sage Ihnen: Die Unternehmen werden sich sehr genau ansehen, wie Politiker aus Nordrhein-Westfalen agieren, wenn es darum geht, für die Bezahlbarkeit von Energie zu kämpfen.

Daran hängen hier Hunderttausende Arbeitsplätze. Sie zeigen, dass Sie kein Interesse an den Arbeitsplätzen in Deutschland haben. Das ist doch das wahre Gesicht von Roten, Grünen und Linken in Deutschland.

Sie haben den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie beschlossen und nichts für unser Land bzw. für neue Netze getan. Auch für neue Kraftwerke und den Bereich der erneuerbaren Energien haben Sie nichts getan – und schon gar nichts für Energieforschung und Energieeffizienz. Im Gegenteil, bei Energieeffizienz halten Sie es bis heute nicht für nötig, etwas für die Menschen zu tun. Sie blockieren nach wie vor Gesetze im Bundesrat, bei denen es darum geht, Energieeffizienz für die Menschen durchzusetzen. Das ist doch Ihr Gesicht, wenn es um Energieversorgung in Deutschland geht.

Ich halte also fest: Diese Regierungskoalition hält sich an die drei energiepolitischen Grundsätze

Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit in den fünf wesentlichen Feldern Netzausbau, Kraftwerksausbau, erneuerbare Energien, Energieforschung und Energieeffizienz.

Viele Unternehmen aus dem Ausland beneiden uns um unsere starke Volkswirtschaft. Sie haben sich zu Anfang die Frage gestellt: Kann Deutschland den Ausstieg bis zum Jahre 2022 schaffen? Wenn man sich jetzt die Pläne ansieht, wenn man die Dinge erklärt, wenn man die Vorbereitung erkennt, dann weiß man: Wenn es einer schaffen kann, dann ist das unser Land. Diese Regierungskoalition steht und kämpft dafür, dass genau das gelingen kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sigmar Gabriel, SPD:

Wir haben ein massives Umsetzungsproblem



Sigmar Gabriel (*1959) Wahlkreis Salzgitter – Wolfenbüttel

enn man eben bei der Rede des Kollegen Rösler eine Sekunde die Augen geschlossen und sich überlegt hätte, wer da eigentlich redet, dann hätte man den Eindruck haben können, dass da ein Oppositionspolitiker die aktuelle Regierung beschimpft.

Herr Rösler, ich bin nicht sicher, ob Sie es wissen, aber für all die Probleme, die Sie eben diagnostiziert haben, sind Sie und Ihr Kollege Brüderle seit fast vier Jahren zuständig.

Übrigens, als Sie gesagt haben, dass Sie wieder in der Regierung sein werden, hat nur die FDP geklatscht, die CDU/CSU wohl vorsichtshalber nicht. Die Kollegen in der CDU/CSU ahnen, was bei den Wahlen herauskommen wird.

Sie können das übrigens heute in der Süddeutschen Zeitung nachlesen. Sie haben sich ja selber für Ihre Arbeit so gelobt und eben hier versucht, den Schwarzen Peter anderen zuzuschieben. Dabei sitzt der Schwarze Peter bei Ihnen ganz in der Nähe am Kabinettstisch.

Er hat heute auf die Frage der Süddeutschen Zeitung, was er von Ihrer Arbeit hält, geantwortet – ich lese es einmal vor –: "Ich urteile grundsätzlich nicht über die Arbeit befreundeter Kabinettskollegen."

Das ist ja einmal ein richtiges Lob. So stellt man sich Freundschaften bei Ihnen vor.

Herr Rösler, ich will einmal versuchen, auf ein paar der Probleme, die Sie, wie ich finde, treffend beschrieben haben, einzugehen - Sie haben sie zwar jetzt beschrieben, aber Sie haben dreieinhalb Jahre nichts getan, um sie zu lösen - und darauf hinzuweisen, was Sie eigentlich hätten tun müssen. Wie sieht eigentlich der Stand des Ausbaus der Netze in der Realität aus, nachdem Sie und Ihr Vorgänger Herr Brüderle hier dem Parlament mehrfach große Ankündigungen gemacht haben? Sie haben Beschleunigungsgesetze eingebracht, Sie haben gesagt, dass Sie den Netzausbau richtig in den Griff bekommen wol-

len. Das ist das Versprechen Ihres Kollegen Brüderle – man ist sich bei Ihnen immer nicht so sicher, ob er gerade Nachfolger oder Vorgänger ist – und auch Ihr Versprechen grussen.

Ich sage Ihnen:

Das Energieleitungsausbaugesetz von 2009 hat die wichtigsten Strecken für den Netzausbau per Gesetz begründet. Von 2009 bis heute, Herr Rösler, sind ganze 12 Prozent von Ihnen realisiert worden: 214 Kilometer von 1 834 Kilometern, die Sie bauen müssen. Keines der damals benannten Pilotvorhaben für die Erdverkabelung in der Gleichstromtechnik, um die durch Windkraft im Norden erzeugte Energie zu den Lastschwerpunkten in den Süden zu bringen, haben Sie in Ihrer Regierungszeit bis heute

16 der 24 Vorhaben von damals sind im Zeitverzug; dieser beträgt ein bis sieben Jahre.

Herr Rösler, damit Sie es nicht völlig verdrängen, erinnere ich Sie daran: Der dafür verantwortliche Minister sind Sie und nicht Vorgängerregierungen, die übrigens diesen irren Weg des Ausstiegs nicht gewählt haben.

Wären Sie beim rot-grünen Energieumstieg geblieben, hätten Sie diese Probleme nie in dieser Art auf den Tisch bekommen.

Sie scheinen ja völlig verdrängt zu haben, was Sie da angerichtet haben. Sie haben doch in das Herz-Kreislauf-System der deutschen Wirtschaft – das haben Sie eben zu Recht so genannt; es ist das Herz-Kreislauf-System der deutschen Wirtschaft – eingegriffen. Sie haben in den letzten dreieinhalb

Sie haben die

Probleme zwar

beschrieben aber

dreieinhalb Jahre

nichts dagegen

getan.

Jahren zweimal am offenen Herzen operiert. Aber Ihr Ärzteteam – einschließlich der Chefärztin, die gerade hinausgegangen ist – hat bei diesen Operationen wechselnde Diagnosen gestellt und

wechselnde Therapievorstellungen gehabt. Dass der Patient noch lebt, liegt nicht an der Kunst Ihres Ärzteteams, sondern an der guten Konstitution des Patienten. Sie haben ihn allerdings fast ans Ende gebracht.

Wir sind nicht diejenigen gewesen, die erst beschlossen haben, 14 Jahre länger an der Atomenergie festzuhalten, und dann gesagt haben: Nun aber schneller raus!

Wir haben übrigens auch keinen Prozess verloren, wie Sie ihn gerade wegen der illegalen Stilllegung von Atommeilern verlieren. Wo im Bundeshaushalt findet man eigentlich die 15 Milliarden Euro, die Sie an Regressforderungen der Energiekonzerne wegen Ihrer damaligen Kumpanei mit ihnen zu erwarten haben?

Die waren dann nämlich enttäuscht. Die Rechnung für die Kumpanei mit diesen Konzernen müssen jetzt die Steuerzahler bezahlen. Das ist das Ergebnis Ihres Atomausstiegs von vor zweieinhalb Jahren.

Zurück zum Netzausbau. 12 Prozent wurden bisher realisiert. Wenn die Bundesregierung beim Netzausbau in diesem Tempo weitermacht, Herr Rösler, dann wird die Energiewende tatsächlich ein Jahrhundertprojekt; das kann man wohl sagen.

Zwischen der Realität beim Netz-

ausbau in Deutschland und dem, was Sie hier erklären, gibt es einen Riesenunterschied. Sie legen hier einen Gesetzentwurf vor, nach dem bis 2022 auf einer Strecke von insgesamt 2 800 Kilometern neue Lei-

tungen gebaut werden sollen; das entspricht der Entfernung zwischen Stockholm und Madrid. Bei Beibehaltung Ihres bisherigen Schneckentempos – bisher wurden, wie gesagt, erst 12 Prozent realisiert – werden diese Leitungen nicht bis 2022 fertig sein, sondern frühestens 2060. Mit anderen Worten: Sie legen einen Netzausbauplan vor, von dem Sie schon heute wissen, dass er mit Ihrer Regierungskunst nie und nimmer realisiert werden wird.

Was haben Sie eigentlich die letzten dreieinhalb Jahre getan, damit das Nord-Süd-Gefälle, dass der Windstrom im Norden produziert, aber an den Lastschwerpunkten im Süden und Westen gebraucht wird, endlich abgebaut wird? Das Gegenteil ist eingetreten: Dieses Gefälle verschärft sich von Jahr zu Jahr. Inzwischen produzieren wir, weil die Netze verstopft sind, Wegwerfstrom. Wir bezahlen ihn, aber wir können ihn nicht nutzen. Bezahlen müssen das die Steuerzahler, die Stromkunden und all diejenigen, die da zur Kasse gebeten werden. Das, Herr Rösler, ist Ihre Verantwortung. Sie sind derjenige, der das zulässt.

Sie versagen komplett, was die Steuerungskompetenz angeht. Sie sagen hier: Die 16 Bundesländer können nicht machen, was sie wollen.

Aber sagen Sie einmal: Was tun Sie eigentlich, um mit Ländern, Kommunen, der Energiewirtschaft und Stadtwerken den geplanten Netzausbau oder eine Kopplung des Netzausbaus und des Ausbaus der Nutzung erneuerbarer Energien hinzubekommen? Bis heute gar nichts! Sie beschreiben die Probleme richtig. Aber Sie sind der Minister, der dafür da ist, sie zu lösen. Das machen Sie seit dreieinhalb Jahren nicht.

Kurz vor der Bundestagswahl kommen Sie hierher und erklären, was man alles machen muss. Wissen Sie, es gibt ein altes Sprichwort für Leute wie Sie. Es lautet: Am Abend werden die Faulen fleißig. Das beschreibt, was Sie machen.

Herr Rösler, nun können Sie ja sagen: Na ja, es ist doch klar, dass die Opposition über mich schimpfen muss; das ist ein altes Spiel im Parlament. – Deshalb lese ich Ihnen einmal vor, was außerhalb Ihrer eigenen Wirklichkeit, außerhalb dieses Parlaments über Sie, Ihre Regierung und die Kanzlerin gedacht wird.

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Herr Kerber, meint – ich

Für das

Gelingen der

Energiewende

wird 2013 ein

verlorenes Jahr

werden.

zitiere -: Es fehlen eindeutige Verantwortlichkeiten. Der Konkurrenzkampf innerhalb der Bundesregierung muss aufhören. Wir brauchen den Aufbau eines "Kontrollzentrums Energiestrategie Deutschland".

Der Vorsitzende der Energiegewerkschaft IG BCE, Michael Vassiliadis, erklärte vor wenigen Wochen:

Es fehlt der Bundesregierung an Koordination und Entscheidungen. Wenn das so weitergeht wie bisher, dann wird das nichts mit der Energiewende.

Vor wenigen Tagen wurde der Unternehmer Ulrich Grillo, zugleich der neue Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, gefragt, wie er das Management der Energiewende durch die Bundesregierung bewertet – hören Sie gut zu, Herr Rösler! –, und die -Antwort von Herrn Grillo lautete: "Es gibt kein Management."

Herr Rösler, sagen Sie das auch Ihrer Kanzlerin; denn auch sie ist damit gemeint. Ich habe aufgehört, zu zählen, wie oft die Kanzlerin die Energiewende zur Chefsache erklärt hat. Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder beherrscht sie die Chefsache nicht, oder Sie, Herr Rösler, lassen nicht zu, dass das Ganze geführt wird.

Ich könnte zwar noch mehrere ähnliche Zitate vortragen, aber ich beende diese Aufzählung mit einem Kommentar aus der Passauer Neuen Presse von der letzten Woche. Unter der Überschrift "Verlorenes Jahr" fasst der Kommentator das wie folgt zusammen:

Für das Gelingen der Energiewende wird 2013 ein weitgehend verlorenes Jahr werden.

Leider hat er recht, meine Damen und Herren.

Alle, aber auch ausnahmslos alle, Herr Rösler, die in Deutschland etwas von Energiepolitik verstehen, sagen, dass diese Regierung ein Totalausfall ist hinsichtlich einer Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und bezahlbare

Preise während der Energiewende sicherstellen soll.

Meine Damen und Herren, wie sieht das aus mit der Chefsache der Bundeskanzlerin, dem neuen Strommarktdesign? Fehlanzeige. Wie sieht das aus mit dem von der Ethik-Kommission zum Ausstieg aus der Atomenergie dringend geforderten Aufbau eines Kapazitätsmarktes, vor allem mit Gaskraftwerken? Fehlanzeige.

Sie erklären hier, die Bundesländer sollten nicht machen, was sie wollen. Was macht Ihr Koalitionspartner, die CSU? Ministerpräsident Seehofer hat als Erster erklärt, sein Land, Bayern, würde energieautark.

Wenn man an den Industriestandort Deutschland denkt, muss man sagen: Die sind völlig verrückt geworden. - Und was passiert? Gar nichts passiert. Im Gegenteil, anstatt dass neue Gaskraftwerke gebaut werden - dafür sind Sie übrigens verantwortlich -, werden in Deutschland neue Gaskraftwerke stillgelegt, und wir stehen an den Tagen, an denen die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, vor massiven Problemen mit der Versorgungssicherheit und der Stabilität im Netz. Genau das bewirkt Ihre Politik.

Das geht ja noch weiter: Sie jammern zwar über steigende Strompreise – zu Recht übrigens –, aber gleichzeitig verhindern Sie, dass Effizienzmaßnahmen den Stromkunden helfen, ihren Stromverbrauch zu senken und Geld zu sparen. Warum verhindern Sie das eigentlich?

Sie stehen in Europa auf der Bremse, wenn es um Energieeffizienz geht. Sie verhindern - gemeinsam mit Ihrer Bundesregierung und anderen -, dass der europäische Emissionshandel wieder in Gang kommt. Ihrem Finanzminister fehlen jetzt 1 bis 2 Milliarden Euro im Haushalt, um Maßnahmen zur Energieeinsparung zu finanzieren. Sie erklären öffentlich, wie schlimm das ist, aber Sie helfen keinem einzigen Verbraucher. Vielmehr stoppen Sie die Programme, weil Sie die Mittel dafür nicht mehr haben, weil Sie den Emissionshandel durch Ihr Verhalten in Europa ruiniert haben.

Steigende Strompreise, steigende Versorgungsunsicherheit, das ist das Ergebnis Ihrer Politik und nicht etwa die Schuld von Rot-Grün oder irgendwelcher Außerirdischer. Sie sind Minister, auch wenn Sie es manchmal nicht glauben können. Wir würden es ja auch gerne anders sehen; aber es ist nun einmal so. Dann müssen Sie einmal arbeiten in diesem Land.

Sie müssen übrigens nicht einmal für irgendetwas kämpfen: Über alles, was wir hier bereden, besteht doch Einvernehmen. Aber Sie setzen nichts um. Bei der Umsetzung der Energiewende sind Sie ein Totalversager; das ist das eigentliche Problem in Deutschland.

Jetzt kommt – alle Achtung! – die Strompreisbremse. Kurz vor Toresschluss erklären Sie: Keine Sorge! Wir bremsen die Strompreise.

Wie wollen Sie das eigentlich machen? Obwohl die steigenden Strompreise nach Ihren eigenen Aussagen und nach Aussagen Ihres Ministeriums praktisch nichts mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu tun haben – selbst wenn kein einziges Windrad mehr gebaut würde, würden aktuell die Strompreise steigen –, wollen Sie den Ausbau der erneuerbaren Energien und damit die Energiewende selbst stoppen; das ist Ihr Vorschlag.

Damit nicht genug: Sie beherrschen das kleine Einmaleins eines Wirtschaftsministers nicht, das da lautet: Wir brauchen Investitionssicherheit und keine ständigen Veränderungen der Rahmenbedingungen. Ausgerechnet der Bundeswirtschaftsminister schlägt, gemeinsam mit seinem Kabinettskollegen Altmaier, vor, in bestehende Verträge einzugreifen. Ausgerechnet der Bundeswirtschaftsminister schlägt vor, dass die im internationalen Wettbewerb stehende Rohstoffindustrie in Deutschland von Aluminium über Stahl zu Kupfer - jetzt höhere Strompreise zahlen soll. Und so etwas fordert ein FDP-Bundeswirtschaftsminister!

Was Sie da vorschlagen, ist doch irre. Weil Sie offen-

Es fehlt der

Bundesregierung

an

Koordination

und

Entscheidungen.

bar von allen guten Geistern verlassen sind, wollen Sie das jetzt im Schweinsgalopp durchsetzen. Sie müssen wirklich, Entschuldigung, nicht mehr ganz bei Trost sein.

Keine dieser Maßnahmen, Herr Rösler, behebt die
Ursachen steigender Strompreise.
Nichts von dem, was Sie vorschlagen, hält länger als bis zum Wahlabend, 18.01 Uhr. Und jede dieser
Maßnahmen verunsichert sämtliche Investoren. Herr Rösler, Unberechenbarkeit wird zum Markenzeichen Ihrer Energiepolitik. Das ist
das, was die Investoren in Deutschland von Ihnen lernen.

Wenn Sie, wie wir auch, Sorgen wegen steigender Strompreise haben: Warum verdienen Sie in der Bundesregierung dann noch heimlich mit? Aufgrund steigender EEG-Umlage haben Sie nämlich bis zu 1 Milliarde Euro Mehreinnahmen über die Mehrwertsteuer. Warum geben Sie nicht wenigstens das, was Sie über steigende Strompreise sozusagen für Ihren Haushalt abkassieren, an die Verbraucherinnen und Verbraucher zurück? Warum machen Sie das eigentlich nicht?

Sie können übrigens mit uns reden, wenn Sie nicht generell 1 000 Kilowattstunden stromsteuerfrei stellen wollen, sondern Ermäßigungen lieber an bestimmte Gruppen geben wollen, zum Beispiel an Familien, Niedrigverdiener oder

BAföG-Empfänger. Das alles können wir machen. Sie können aber doch nicht mitkassieren und gleichzeitig öffentlich darüber jammern, dass die Strompreise steigen.

Ich finde es wirklich eine erbärmliche Bilanz, die wir hier vorgestellt bekommen. Das alles wird dann auch noch mit großen Zielen beschrieben.

Es wird Zeit, dass in der Bundesregierung einmal Ordnung geschaffen wird. Sie müssen erstens aufhören, über Kompetenzen zu streiten.

Zweitens brauchen wir wirklich auch im Rahmen der Energiewende eine Gerechtigkeitswende; denn sinkende Börsenstrompreise werden nicht an die Verbraucher weitergegeben, sondern nur an die Großindustrie, und die von CDU/CSU und FDP massiv ausgeweiteten Ausnahmen bei der Stromsteuer - weit über die Rohstoffindustrie hinaus - führen dazu, dass der Rest höhere Strompreise zahlt. Daneben verdienen an Windparks und Solardächern immer mehr Grundstücks- und Hauseigentümer, während die Mieter die Zeche zah-

Dann stimmen Sie doch zu! Wir wollen den Verbrauchern das zurückgeben. Stimmen Sie doch zu, dass wir endlich ein neues Strommarktdesign machen!

Schaffen Sie einen Kapazitäts-

markt! Sorgen Sie dafür, dass wir endlich zu einer Koppelung zwischen Netzausbau und Ausbau der erneuerbaren Energien kommen! Das sind Vorschläge, für die Sie hier im Haus eine breite Mehrheit bekom-

men würden. Sie müssen es aber umsetzen, Herr Kollege. Es gibt kein Erkenntnisproblem, wir haben kein Diagnoseproblem, sondern wir haben ein massives Umsetzungsproblem.

Es gibt böse Zungen, die sagen, Herr Rösler als alter Freund der Atomenergie habe gar kein Interesse daran, dass das am Ende funktioniert. Ich glaube, das ist nicht so. Ich nehme Ihnen ab, dass Sie die Energiewende wirklich wollen. Offensichtlich ist aber: Parteien, die jahrzehntelang sozusagen auf die "Bruttoregistertonnenmentalität" der Atomenergie gesetzt haben, scheint die Fantasie dafür zu fehlen, sich vorzustellen, wie das Ganze intelligent hin zu mehr Dezentralität umgebaut werden kann, sodass ein möglichst hoher Anteil erneuerbarer Energie erreicht wird. Sie sind in Ihrem alten Denken verhaftet, und das führte dazu, dass Sie, als Sie sich hier hingestellt haben und beschrieben haben, was fehlt, Ihr eigenes Versagen beschrieben haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Dr. Michael Fuchs, CDU/CSU:

Energiewende gelingt nur mit den Bundesländern



Michael Fuchs (*1949) Wahlkreis Koblenz

err Kollege Gabriel, Freundschaft in der SPD erkennt man schon daran, dass Ihr Kanzlerkandidat bei der Rede seines Parteivorsitzenden nicht im Deutschen Bundestag war. Daran lässt sich ablesen, wie sich die Situation darstellt. Ich würde an Ihrer Stelle nicht über andere lästern.

Herr Kollege, Sie haben eben über das Thema Energieeffizienz gesprochen. Energieeffizienz ist mit Sicherheit eine der besten Möglichkeiten, in Deutschland Energie einzusparen. Da sind wir uns einig. Insofern frage ich mich, warum Ihre Mehrheit im Bundesrat seit mehreren Monaten 1,5 Milliarden Euro blockiert,

die wir in die Sanierung von Häusern stecken wollen, um sie energieeffizienter zu machen. Das ist doch scheinheilig, was Sie hier machen. Sie haben doch gar nicht das Recht, darüber zu reden, wenn Sie nicht einmal in

der Lage sind, solche Dinge umzusetzen.

Sie hier permanent an den Tag legen, geht mir ziemlich auf den Geist. Sie wissen ganz genau, warum diverse Ausbaumaßnahmen nicht vorgenommen werden. Sie wissen ganz genau, dass Sie sie vor Ort verhindert haben. Das ist mehr als traurig. In all den Ländern, in denen wir Ausbaumaßnahmen vorhaben, sitzen Sie zum großen Teil mit in der Regierung. Und das ist der Grund, warum es nicht vorangeht.

Meine Damen und Herren, Gott sei Dank ist die Stromversorgung in Deutschland zuverlässig. Sie funktioniert. Laut der Bundesnetzagentur – und auch das sollten Sie wissen, Herr Gabriel; Lesen bildet – ist es im letzten Jahr insgesamt zu nur rund 15 Minuten Stromunterbrechung in Deutschland gekommen. Wir sind damit Weltspitze. Es gibt kein einziges Land, in dem es so wenige

Stromunterbrechungen gab wie bei uns. In den USA waren es bis zu 500 Minuten, in Frankreich immerhin bis zu 100 Minuten. Die Qualität der Stromversorgung ist gut, und das ist in einem so hoch industrialisierten Land wie unserem auch notwendig. Die Chipindustrie in Deutschland könnte nicht funktionieren, wenn es eine solch gute Stromversorgung nicht gäbe.

Wir wissen aber auch ganz genau, dass aufgrund der Maßnahme, die wir mit vollem Herzen ergriffen haben – ich meine den Ausstieg aus der Kernenergie und das Abschalten diverser Anlagen –, jetzt eine Kompensation her muss. Es nützt uns überhaupt nichts, darüber zu diskutieren, dass im Jahre

2020 der Anteil von erneuerbaren Energien bis zu 57 Prozent betragen kann, wenn wir nicht gleichzeitig sicherstellen, dass permanent Strom zur Verfügung steht. Denn es ist dummerweise so, dass der Wind nicht immer weht.

Ich habe mir einmal beispielhaft von der Bundesnetzagentur das Diagramm eines Tages ausdrucken lassen, das ich Ihnen gerne zeige. Hier sehen Sie den geringen Beitrag der erneuerbaren Energien zur Lastdeckung am 13. Februar 2013. Die kleine Fläche unten – das können Sie sogar von Ihren Sitzen aus sehen –

Laut Bundesnetz-

agentur gab es im

letzten Jahr nur

15 Minuten

Stromunter-

brechung.

zeigt den Anteil der erneuerbaren Energien.

Die große Fläche darüber stellt den Anteil konventioneller Energie dar, die erzeugt werden musste, weil dieser Tag ein wunderschöner grauer Wintertag

war, der Himmel voller Wolken und windstill. Es herrschte eine typische Inversionswetterlage, und diese Inversionswetterlage hatten wir in den letzten sechs Wochen leider permanent. Das zeigt, dass wir nach wie vor einen vernünftigen Kraftwerkspark brauchen, der in dem Moment anspringt, in dem keine erneuerbare Energie produziert wird. Die einzige grundlastfähige erneuerbare Energie, die es überhaupt gibt, ist die Biomasse. Alles andere ist nicht machbar.

Und machen wir uns bitte auch nichts vor: Wir können noch so viel darüber reden, aber in diesem Land haben wir keine Speicherkapazitäten. Eine Ausnahme sind die paar Stauseen, die wir haben, und die wenigen Möglichkeiten, mit Hochdruckwasserspeichern zu arbeiten. Ich würde Ihnen in diesem Zusammenhang einmal raten, nach Baden-Württemberg zu fahren; dort tragen

Sie Regierungsverantwortung. Fahren Sie doch einmal in den Hotzenwald, und schauen Sie sich an, was Ihre Kollegen dort machen.

Ihre Kollegen verhindern dort seit langer Zeit den Bau eines großen Pumpspeicherwerkes, das uns bei der Sicherstellung der Versorgung helfen könnte.

Dann sage ich Ihnen auch: Wir müssen beim Netzausbau genau so weitermachen. Wer den Netzausbau will, der muss auch dafür sorgen, dass er in allen Bundesländern umgesetzt wird: Der muss für die Thüringer Strombrücke sorgen.

Der muss auch in allen anderen Bereichen dafür sorgen, dass es vorangeht. Das sollten wir schon gemeinsam tun

Es wird höchste Zeit, dass wir gemeinsam in diesem Hohen Hause bereit sind, den Leitungsausbau stärker zu unterstützen. Wir haben dazu jetzt die nötigen Gesetze. Wir haben über den Netzentwicklungsplan entsprechende Möglichkeiten geschaffen. Wir haben auch eine ganze Reihe von anderen Maßnahmen ergriffen. Gott sei Dank haben wir beschlossen, dass es - Herr Bundesminister Rösler hat es eben gesagt - nur noch eine einzügige Gerichtsbarkeit gibt. Das ist notwendig, damit wir überhaupt so schnell wie möglich die Netze ausbauen.

Wenn wir das nicht tun, dann funktioniert die ganze Energiewende nicht; denn was nützen uns die schönsten Offshorewindanlagen, wenn der Strom nicht dahin kommt, wo er gebraucht wird? Also, sorgen Sie an allererster Stelle in den Bundesländern, in denen Sie Verantwortung tragen, dafür, dass auch dort

der Netzausbau so schnell wie möglich umgesetzt wird.

Ich sage Ihnen eines: Es ist völlig richtig, dass die Bundeskanzlerin in diesem Zusammenhang die Ministerpräsidenten eingeladen hat. Diese haben genauso viel Verantwortung dafür zu tragen, dass die Energiewende funktioniert. Sie funktioniert nur dann, wenn das gemeinsam geschieht, und zwar in allen Bereichen dieses Landes. Wenn nicht jeder an seiner Stelle seine Arbeit macht - ich habe das Gefühl, Sie glauben, wir könnten das hier alleine machen, ohne dass die Bundesländer mithelfen -, dann funktioniert das nicht. Eine solche Aufgabenteilung kann in unserem Land einfach nicht funktionieren. Meine Damen und Herren, es wird Zeit, dass die Bundesländer das begreifen und ihre Blockadehaltung im Bundesrat aufgeben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

Die Energiewende ist bei dieser Koalition in schlechten Händen



Dietmar Bartsch (*1958) Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

estatten Sie mir eine Vorbemerkung zu Herrn Rösler. Herr Rösler, ich glaube, Sie waren noch zu sehr im Parteitagsmodus der FDP. Sie haben auf Ihrem Parteitag die schöne Geschichte von Brüderle und Schwesterchen erzählt, die im Märchen sehr gut ausgeht. So wie Sie allerdings an die Energiewende herangehen, wird dieses Märchen leider nicht gut ausgehen. Sie regieren seit vier Jahren. Wer sich die Ergebnisse anschaut, das, was Sie gerade auch bei dem heutigen Thema vorzulegen haben, sieht, dass das wirklich mehr als dürftig ist. Sie haben insgesamt dazu beigetragen, dass es bei den Menschen und Unternehmen in diesem Land Verunsiche-

Es wundert mich schon sehr, dass Herr Fuchs auf einmal als Kämpfer für den Atomausstieg dasteht. Ich habe das ein bisschen anders in Erinnerung: Da gab es ein "Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln". All das ist schon sehr eigenartig

Was wir heute in erster Lesung behandeln, hat mit einem verantwortungsbewussten Beitrag zur Energiewende sehr wenig zu tun. Man fragt sich sowieso immer: Ist das die Bundesregierung? Ich habe gerade gehört, dass Herr Altmaier und Herr Rösler gar nicht mehr zusammen in den Umweltausschuss gehen, weil sie sich dort wahrscheinlich beharken würden. Das ist also wirklich sehr wenig Bundesregierung.

Im Kern handelt es sich schlicht und ergreifend um einen Gesetzentwurf, durch den die Profite der Energiemonopolisten und die Profite der Netzbetreiber weiter abgesichert werden sollen. Denen ist es im Übrigen völlig egal, welcher ökologische und welcher soziale Preis für welche Energie bezahlt werden muss, die transportiert wird. Versorgungssicherheit übersetzt Schwarz-Gelb letztlich mit Profitsicherheit.

Natürlich wissen auch wir: Energietransport braucht moderne Netze. Da muss etwas geschehen. Aber wer die Energiewende wirklich will, der muss dafür einen Plan haben, auch was die Netze betrifft. Dabei muss das Thema Energieverbrauchssenkung natürlich eine wichtige Rolle spielen. Dann kommt man aber im Ergebnis zu der Erkenntnis, so viel Netz wie nötig, und nicht, so viel Netz wie möglich.

In dem Gesetzentwurf geht es um Rechtswegeverkürzung und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das alles ist durchaus sinnvoll, aber löst letztlich kein grundsätzliches Problem. Die Bundesregierung hat eben keinen Plan, was die Energiewende betrifft.

Sie reden hier davon, dass man sich mit den 16 Ländern ins Benehmen setzen muss. Aber es geht natürlich nicht, dass die Bundesregierung ansagt und die Länder zu folgen haben. Warum haben Sie eigentlich nicht die Bundesratsstellungnahme vom Februar bei Ihrem Gesetzentwurf in irgendeiner Weise beachtet? Es gab auch eine Stellungnahme auf Initiative des Bundeslandes der Bundeskanzlerin, das zufälligerweise auch meines ist, nämlich Mecklenburg-Vorpommern. Ist es Ignoranz oder handwerkliche Schluderei, dass Sie das einfach nicht beachten? Es darf nicht heißen: "Die Bundesregierung sagt an, und die Länder haben zu machen", sondern das muss gemeinsam umgesetzt werden. Sie müssen sich von diesem hohen Ross herunterbege-

Mit diesem Gesetzentwurf lassen sich die schweren politischen Fehler bei der Planung und Durchsetzung der Energiewendepolitik nicht korrigieren. So stärkt man nicht das dringend notwendige Vertrauen in die Energiewende, und man organisiert sich auch keine Unterstützung bei der Bevölkerung. Es gibt eher eine ganz große Verunsicherung.

Die wahren Innovationsfeinde sitzen auf der Regierungsbank. Was ist denn innovativ daran, eines der größten Zukunftsprojekte in Deutschland, den Umbau der Stromerzeugung, zwar politisch auszurufen, aber dann einfach zu hoffen, dass die notwendige Infrastruktur sich quasi von alleine plant und baut? Was ist innovativ daran, den großen Energiekonzernen in weiten Teilen diese Planung zu überlassen, die schon betriebswirtschaftlich keinen Grund sehen, die alten Kraftwerke der Konkurrenz regenerativer Energien auszusetzen? Was ist innovativ daran, die Netzplanung an den Bedürfnissen dieser Konzerne und ihrer Lobbygruppen auszurichten, obwohl technisch eine dezentralere Stromerzeugung in effektiven Einheiten vor Ort, bürgernah, kostengünstig und flächendeckend möglich ist?

Sie haben auch über Bürgerbeteiligung und Bürgerinteressen geredet. Ich habe einmal nachgelesen, was in Ihrem Gesetzentwurf zu Ziel und Problemstellung steht. Das kommt bei Ihnen überhaupt nicht vor.

Was das Thema Bezahlbarkeit angeht, will ich auf eines aufmerksam machen: Auf Seite 16 ist von einem "Anstieg der Netzentgelte auf Übertragungsnetzebene und damit auch der Strompreise" die Rede. Das ist offensichtlich ehrlich. Sie gehen davon aus, dass die Strompreise steigen. Das ist letztlich ein Offenbarungseid in Ihrem eigenen Gesetzentwurf, dass Sie hier nichts tun wollen und die Bürgerinnen und Bürger diejenigen sein sollen, die letztlich die Ener-

giewende bezahlen. Das kann nicht sein.

Ich will auf eines hinweisen: Sie haben in Ihren Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass es eine unab-

hängige Netzgesellschaft geben soll. Das ist ein vernünftiger Ansatz. Das will die Linke auch. Wir wollen eine in öffentlicher Hand befindliche Netzgesellschaft.

Was ist in den vier Jahren passiert? Gar

nichts ist passiert. Sie haben nichts in diese Richtung gemacht. Darum ist das, was sowohl SPD als auch Grüne vorschlagen, durchaus vernünftig. Wir wollen, dass alles, was öffentliche Daseinsvorsorge betrifft, in öffentlicher Hand ist. Das betrifft nicht nur die Bereiche Wohnen, Gesundheit und Bildung, sondern auch die Energienetze. Das schreiben Sie zwar in Ihrem Koalitionsvertrag,

Die

Energiewende-

politik muss

letztlich vom Kopf

auf die Füße

gestellt werden.

aber Sie brechen ihn ein weiteres Mal.

Die Energiewendepolitik muss letztlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die Frage ist: Wollen wir dezentrale Energieversorgung in Bürgerhand, oder erhalten wir die

Macht der großen Vier? Es geht dabei nicht an, zu sagen: Die Bürgerinnen und Bürger dürfen die Energiewende bezahlen. Es muss vielmehr darum gehen, zu rekommunalisieren und auch die Neuvergabe von Netzkonzessionen durchzusetzen sowie vieles andere mehr.

Deswegen sage ich ganz klar und eindeutig: Die Energiewende ist bei dieser Koalition in schlechten Händen und in falschen Händen. Statt einer Politik, mit der Vertrauen zurückgewonnen werden kann, betreiben Sie eine Politik, der alles zuzutrauen ist

Statt den Menschen Sicherheit zu geben, dass sie morgen noch Strom, Wasser und Gas bezahlen können, sorgen Sie sich um die Profite der Energiemonopolisten und der Netzbetreiber. Diese Politik, meine Damen und Herren, muss im Herbst abgewählt werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Klaus Breil, FDP:

Wir holen Versäumnisse von Rot-Grün nach



Klaus Breil (*1945) Landesliste Bayern

a, die Latte liegt hoch. Aber ich habe viel Sport in meinem Leben gemacht. Ich bemühe mich immer, auch die Höhen zu erreichen.

Herr Dr. Bartsch, eine Bemerkung vorab: Die Energiewende ist bei dieser christlich-liberalen Koalition in guten Händen. Ich widerspreche Ihnen ausdrücklich.

"Ja zum Netzausbau. Damit die Energiewende gelingt." Das ist der litel, unter dem die Bundesregie rung mit ihrer Informationsinitiative den Bürgerinnen und Bürgern bundesweit die Dringlichkeit des Netzausbaus in Deutschland näherbringt; denn nur mit neuen Stromleitungen können wir erneuerbare Energien überall nutzen. Doch diese Kampagne in Zeitungen sowie an Hauswänden und Bushaltestellen ist nur das Sichtbare, sozusagen das, was nach außen passiert. Tatsächlich aber haben die Bundesregierung sowie die christlich-liberale Koalition schon eine ganze Reihe von Gesetzen für den schnelleren Ausbau unserer Stromautobahnen beschlossen und damit zur Erreichung des Zieldreiecks Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit beigetragen.

Gestatten Sie mir einen kleinen Exkurs. Einige von uns haben gestern an der Veranstaltung der Am-Cham, der amerikanischen Handelskammer, teilgenommen. Dort hat der CEO einer europäischen Tochtergesellschaft eines großen amerikanischen Grundstoffproduzenten der Chemieindustrie ausgeführt, welche Investitionen die Unternehmen für die Zukunft planen. Wenn wir nicht darauf achten, dass die Energiepreise in Deutschland bezahlbar bleiben, dann gehen an uns mittelfristig und langfristig wichtige Investitionen vorbei. Deshalb muss das EEG dringend reformiert wer-

Zurück zu den Netzen. Wir sind

Nur mit neuen

Stromleitungen

können wir

erneuerbare

Energien überall

nutzen.

mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz einen
großen Schritt hin zu
kompakteren Planungs- und Genehmigungsverfahren
gegangen. Meine Damen und Herren von
der Opposition, RotGrün hat zwar das

EEG auf den Weg gebracht, aber die spätere Entfaltung völlig unterschätzt und für den Netzausbau nichts getan.

Das holen wir nun nach. Erst wir haben im Energiewirtschaftsgesetz ein neues, strukturiertes und nachvollziehbares Verfahren zur Planung des Netzausbaubedarfs eingeführt. Der Entwurf eines Zweiten Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze, über das wir heute in erster Le-

sung beraten, ist Teil davon. Insgesamt öffnen wir den Prozess der Netzplanung durch zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten einer interessierten Öffentlichkeit. Das ist unser oberster Grundsatz.

Auf Grundlage der angesprochenen Gesetze haben die vier Übertragungsnetzbetreiber schon Mitte des letzten Jahres den Netzausbaubedarf errechnet. Die Ergebnisse haben scheinbar reflexartig zu viel Kritik aus den Reihen der Opposition geführt.

An dieser Stelle sei mir noch ein deutlicher Hinweis in Richtung Opposition erlaubt: Aus Ihren Reihen sprechen noch immer ein paar Unbelehrbare im Energiebereich von Konzernen, auch bei den Übertragungsnetzbetreibern, und sie suggerieren damit der Öffentlichkeit, dass diese Unternehmen

nur daran interessiert seien, Atomund Kohlestrom zu transportieren, und dass sie nur dafür so viele Netze und Leitungen bräuchten.

Zu den Fakten: Das Übertragungsnetz mit 50 Hertz ge-

hört zu 40 Prozent dem australischen Infrastrukturfonds IFM; 60 Prozent gehören einem niederländischen Netzbetreiber. Das Übertragungsnetz von Amprion gehört unter der Führung der Commerzbank mehreren Unternehmen aus der Versicherungsbranche. Das Übertragungsnetz von TenneT gehört der deutschen Tochter eines niederländischen Staatsunternehmens. Das Übertragungsnetz von TransnetBW ist eine 100-prozentige Tochter von

EnBW, dessen Hauptanteilseigner das rot-grün geführte Baden-Württemberg ist.

Meine Damen und Herren von der Opposition, sind das für Sie nicht Hinweise genug, dass dort in den Unternehmen keine Lobbyisten alter Energiestrukturen mehr sitzen und Sie mit Ihrem notorischen Misstrauen gegenüber Unternehmen vollkommen falsch liegen?

Oder machen Sie das ebenso mit Absicht wie Claudia Roth, die der Öffentlichkeit am Montag weismachen wollte, dass 16 000 Menschen

Rot-Grün hat zwar

das EEG auf den

Weg gebracht

aber für den netz-

ausbau nichts

getan.

an den Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima starben?

Frau Roth, Sie haben damit in den sozialen Netzwerken nicht nur einen Shitstorm – Frau Präsidentin, Sie erlauben mir bitte diesen

Ausdruck –, sondern einen Tsunami ausgelöst.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihr Argument, dass die Übertragungsnetzbetreiber absichtlich den Netzbedarf zu hoch veranschlagen, um die Energiewende teuer zu machen, ist ein Musterbeispiel für Ihren systematischen Populismus.

Es geht um Baurecht. Baurecht ist Ländersache, und Ihre Freunde in den Landesregierungen sind dringend aufgerufen, konstruktiv hier mitzuwirken, dass es schneller geht.

Ich möchte auf den Ablauf des jetzt etablierten strukturierten Verfahrens zum Netzausbau zurückkommen. Der von den Übertragungsnetzbetreibern berechnete Netzausbaubedarf wurde der Öffentlichkeit vorgestellt. Mehr als 2 100 Akteure nahmen zum NEP 2012 ausführlich Stellung. Dann überprüfte die Bundesnetzagentur gemeinsam mit Wissenschaftlern die Plausibilität der Ergebnisse und lud zu weiteren Konsultationen. Insgesamt kamen bei dem

Konsultationsverfahren weit über 5 000 Stellungnahmen zusammen; diese wurden ausgewertet. Letztes Jahr, Ende November, lag der Netzentwicklungsplan 2012, kurz: NEP 2012, vor. Er wurde der Bundesregierung als Entwurf für einen Bundesbedarfsplan präsentiert.

Als Vorhaben des Bundesbedarfsplans definieren wir in dem heute zu beratenden Gesetzentwurf solche Vorhaben, für die die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf bestehen. Wir verkürzen außerdem im

Interesse der zügigen Umsetzung des
Energiekonzepts
der Bundesregierung mit dem heute
zu beratenden Gesetz zur Beschleunigung der Realisierung der Vorhaben
den Rechtsweg, oh-

ne die Rechte der

Bürgerinnen und Bürger zu beschneiden. Dabei wird die Transparenz des Verfahrens natürlich vollständig beibehalten. Das Bundesverwaltungsgericht wird zukünftig als erste und letzte Instanz für Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Vorhaben des Bundesbedarfsplans zuständig sein.

Meine Damen und Herren, mit dem Bundesbedarfsplangesetz gehen wir den letzten legislativen Schritt für einen strukturierten, schnellen und vor allem kontinuierlichen Netzausbau mit umfassender Bürgerbeteiligung; ich wiederhole: im Interesse der zügigen Umsetzung des Energiekonzepts der Bundesregierung.

Ich komme zum Schluss. – "Kontinuierlich" sage ich deswegen, da gerade erst Anfang März der Entwurf für den NEP 2013 sowie der Offshorenetzentwicklungsplan, der sogenannte ONEP, von den Übertragungsnetzbetreibern vorgelegt wurde.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) Bärbel Höhn, BÜNDNID 90/DIE GRÜNEN:

Schwarz-Gelb vergeigt die Energiewende



Bärbel Höhn (*1952) Landesliste Nordrhein-Westfalen

ir haben eben ein seltsames Schauspiel erlebt. Diese Regierung hat wie keine andere Regierung zuvor Planungsunsicherheit geschaffen.

Denn Sie sind dafür verantwortlich: rein in die Atomkraft, raus aus der Atomkraft. Die Laufzeitverlängerung war eine absolute Fehlentscheidung, was die Energiewende angeht.

Diese Bundesregierung gefährdet in unserem Land Arbeitsplätze im Bereich der Energiewende, die Riesenchancen bietet. Schwarz-Gelb vergeigt die Energiewende. Schwarz-Gelb gefährdet Arbeitsplätze in diesem Land. Herr Rösler, das haben Sie mit dieser Rede nicht wiedergutmachen können. Sie haben gezeigt, dass Sie es nicht können. Das wissen

Sie haben einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Netzaus-

Sie haben zu

verantworten,

dass im

Klimaschutz

nichts mehr

passiert.

baus vorgelegt. In der Funktion als Wirtschaftsminister sind Sie zwar noch nicht so lange im Amt. Aber der neue Spitzenkandidat der FDP war zuvor für das Wirtschaftsministerium verantwortlich.

Im Koalitionsvertrag haben Sie festgeschrieben, dass der Netzausbau eine wichtige Sache ist. Herr Brüderle hat gesagt, das habe höchste Priorität. Herr Rösler, Sie haben versprochen, dass Sie liefern wollen. Was haben Sie aber geliefert? Sie selbst sagen, 2 900 Kilometer Netz müssten ertüchtigt werden, 2800 Kilometer müssten neu gebaut wer-

den. Sie haben aber noch nicht einmal 300 Kilometer geschafft. Sie haben nicht nur nicht geliefert; Sie haben auch noch Schrott geliefert, Herr Rösler. An diesen Fakten und an nicht mehr und nicht weniger werden Sie gemessen.

Was Sie abgeliefert haben, führt zu einem dramatischen Debakel. Die Windparks sind bis heute nicht

> angeschlossen. Das hat gravierende Folgen. Denn dadurch werden Haftungskosten fällig. Was machen Sie aber? Anstatt das Problem zu lösen, wälzen Sie diese Haftungskosten, die tendenziell steigen, auf die Be-

völkerung ab. Damit sind Sie verantwortlich für Energiepreissteigerungen, die die Bevölkerung treffen, Herr Rösler. Sie haben die Strompreise für die Bevölkerung nach oben getrieben, weil Sie keine richtige Politik betreiben und weil Sie nicht dafür sorgen, dass die Windkraftanlagen angeschlossen werden

Wenn Sie etwas machen, dann machen Sie das Falsche. Schauen wir uns einmal das Erneuerbare-Energien-Gesetz an. Hierzu hat der Kollege Altmaier einen Vorschlag vorgelegt. Er hat gesagt, dass wir etwas ändern müssen, weil die Kosten zu hoch sind. Herr Rösler, in einem Vermerk aus Ihrem Ministerium steht zu den vorgeschlagenen Änderungen von Herrn Altmaier: Das bedeutet den faktischen Ausbaustopp für Neuanlagen. - Damit hat Ihr Ministerium recht. Anstatt das abzumildern, weil Sie eigentlich erneuerbare Energien fördern müssten, legen Sie noch einen drauf, machen noch mehr Ausbaustopp und sagen, dass das ein Weg ist, mit dem Sie einverstanden sind.

Herr Fuchs hat sich vorhin versprochen. Es ist nett, dass Sie hin und wieder ehrlich sind, Herr Fuchs. Sie haben sich gegen eine Verspargelung der Landschaft ausgesprochen. Das ist aber genau die Wirkung der Vorschläge, die hier gemacht worden sind. Bei der Windkraft sollen 40 Millionen Euro eingespart werden. Das sind gerade einmal 3 Cent pro

Nie zuvor sind die

Ziele der EU so

blockiert worden.

wie es diese

Bundesregierung

macht.

Monat für einen Drei- bis Vierpersonenhaushalt. Wegen 40 Millionen Euro im Jahr wollen Altmaier und Rösler die Windkraft im Süden stoppen. Damit gefährdet diese Regierung massiv Arbeitsplätze im Süden. Das ist nicht in Ordnung.

Das nächste Opfer sind die Windkraftanlagen auf dem Meer. Diese geplanten Windkraftanlagen werden nicht gebaut werden. EnBW beispielsweise hat klar gesagt, die geplanten Windkraftprojekte im Meer nicht umzusetzen.

Zunächst einmal haben Sie mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz die Photovoltaikindustrie kaputtgemacht. Jetzt versuchen Sie auch noch, die Windkraftindustrie kaputtzumachen. Herr Rösler, das ist ein schlechtes Zeugnis für einen Wirtschaftsminister. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen. Wenn Sie die Windkraft kaputtmachen, zerstören Sie Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Das wissen Sie sehr genau. Daher lassen Sie endlich von der Politik ab, Arbeitsplätze in diesem Land zu vernichten! Das ist nicht die gabe des Wirtschaftsministers.

Sie feiern einen Bundesnetzplan. Dann verhindern Sie, dass Windparks, die an diese Netze angeschlossen werden sollen, gebaut werden können. Das heißt, es werden Netze ins Nirgendwo gebaut, und am Ende zahlen wieder die Verbraucherinnen und Verbraucher die Zeche. So geht es nicht.

Der nächste Punkt betrifft die Energieeffizienz. Diese Bundesregierung ist der größte Blockierer, was Energieeffizienz angeht.

Nie zuvor sind die Ziele der EU so blockiert worden, wie es diese Bundesregierung macht.

Sie haben die Einführung von Energiemanagementsystemen verhindert. Sie sorgen zum Beispiel dafür, dass die wenigen Gelder, die wir noch im Energie- und Klimafonds haben - 90 Millionen Euro -, nicht in den Bereich Energieeffizienz abfließen, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Am Ende sagen Sie: Okay, wir reißen das Ziel der EU, bis 2020 20 Prozent Energie einzusparen. Wir machen es wie beim Reichtums- und Armutsbericht und schönen die Zahlen; dann wird das Ganze schon hinkommen. - Wir werden Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie die Realität schönen, sondern werden Sie für diese Realität verantwortlich machen.

Der nächste Punkt ist der Klimaschutz. Da ist es wirklich so, dass diese Bundesregierung an einem Strick zieht, aber jeder an einem anderen Ende. Da kommt nichts voran. Die Folge dessen ist, dass der CO2-Ausstoß in Deutschland 2012 nicht 2011, als die Atomkraftwerke abgeschaltet worden sind - wegen des wenig ambitionierten Klimaschutzes erstmals wieder gestiegen

> ist. Jetzt laufen Kohlekraftwerke, und die modernsten Gaskraftwerke liegen

> Das ist eine Fehlpolitik Ihrer Regierung. Sie haben zu verantworten, dass Klimaschutz nichts mehr passiert.

Sie bremsen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Sie blockieren die Steigerung der Energieeffizienz. Sie betreiben beim Klimaschutz eine Totalverweigerung. Sie entlasten die Industrie und schieben damit den Verbrauchern die Kosten zu.

Es gibt einen Satz – wir konnten ihn vor kurzem hören -, der Ihre Politik insgesamt beschreibt. Der Kollege Brüderle hat auf dem Parteitag gesagt - das passt, wie ich finde, genau auf die Politik dieser Bundesregierung und der FDP -: "Wir lassen nicht diese Fuzzis ... unser Land regieren." Genau richtig: Diese Fuzzis, die die Energiewende vergeigen, lassen wir dieses Land nicht regieren, meine Damen und Her-

Wir ändern das.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der

Der Ausbau der Hochspannungsleitungen im gesamten Bundesgebiet ist wichtiger Teil der Energiewende.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Rolf Hempelmann (SPD), Horst Meierhofer (FDP), Ralph Lenkert (Die Linke), Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Andreas G. Lämmel, Georg Nüßlein und Jens Koppen (beide CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Debatte über die Zukunftsinvestition in die Wirtschaft / 228. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 14. März 2013

Hubertus Heil, SPD:

Diese Regierung ist ein Standortrisiko für Deutschland



Hubertus Heil (*1972)Wahlkreis Gifhorn – Peine

ir als SPD-Bundestagsfraktion haben diesen Antrag eingebracht, weil wir uns Gedanken über die Frage machen, wie wir es schaffen, dass Deutschland wirtschaftlich erfolgreich bleibt.

Ohne Frage: Deutschland ist derzeit im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften in Europa ein extrem erfolgreiches Land. Wir sind Exportvizeweltmeister. Die Ursachen dafür liegen zum Beispiel darin, dass wir vor zehn Jahren den Mut zu politischen Veränderungen hatten, die notwendig waren, die zum Teil schmerzhaft waren, die nicht in jedem Detail richtig waren, aber die mitgeholfen haben, dass Deutschland vor der Krise 2008 besser aufgestellt war als andere Volkswirtschaften in Europa.

Der wesentliche Grund aber, warum Deutschland im Gegensatz zu anderen Volkswirtschaften bis dato besser durch die Krise gekommen ist, ist die Tatsache, dass wir nach wie vor eine Industrienation sind,

dass wir eine breite industrielle Wertschöpfungskette haben: von den Grundstoffindustrien über den industriellen Mittelstand bis hin zu den kleinen Hightechunternehmen in diesem Land.

Das ist keine Banalität, weil wir uns noch sehr gut
erinnern können, meine Damen
und Herren von der FDP, wie Sie
und Ihre Gesinnungsfreunde vor
zehn Jahren über Industrie in
Deutschland gesprochen haben. Sie
haben damals geglaubt, die Zukunft
liege allein bei Dienstleistungen:
Gemeint waren Finanzdienstleistungen.

Ihr Herr Westerwelle hat uns damals empfohlen, den Irrweg Irlands zu gehen und stärker auf Finanzzockereien zu setzen. Wir sind Gott sei Dank diesen Weg nicht gegangen, sondern wir haben unsere industrielle Basis erhalten und erneuert.

Im Jahr 1998 betrug der industrielle Anteil Deutschlands an seiner Wirtschaft 24 Prozent. Großbritannien hatte einen gleich hohen Anteil. Heute liegt der Wert in Großbritannien bei 14 Prozent. Wir müssen etwas dafür tun, damit wir ein erfolgreiches Wirtschaftsland bleiben. Doch die Sorge, die wir haben, ist, dass Sie sich in den letzten drei Jahren, seit Schwarz-Gelb dieses Land regiert, auf guter Konjunktur, auf dem Mut von Vorgängerregierungen, auf dem industriellen Fort-

schritt von Unternehmen und Gewerkschaften einfach ausgeruht haben und dass wir in der Gefahr sind, den Vorsprung, den wir uns in Deutschland mühsam erarbeitet haben, wieder zu verlieren. Der At-

tentismus, das Chaos dieser Bundesregierung, das Zuwarten im Bereich der Wirtschafts- und Industriepolitik – im Bereich der Energiepolitik eben wortreich beschrieben –, ist das eigentliche Standortrisiko für Deutschland, für die Zukunft des Wohlstands und für die Arbeitsplätze in unserem Land.

Es sind vier große Herausforderungen, vor denen Sie sich im Moment wegducken und auf die Sie keine Antworten haben. Da ist beispielsweise der veränderte Altersaufbau unserer Gesellschaft, der mittlerweile am Arbeitsmarkt ankommt.

Die Politik, die Sie machen, führt dazu, Der dass wir in einen tief **Standortvorteil** gespaltenen Arbeitsmarkt geradezu hi-**Deutschlands hat** neingetrieben wermit der dualen den. Auf der einen **Ausbildung zu** Seite suchen immer mehr Unternehmen tun. händeringend quali-

und auf der anderen Seite sorgen Sie dafür, dass Menschen durch prekäre Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit abgehängt werden. Das kann sich Deutschland wirtschaftlich nicht leisten. Wir brauchen eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, die Menschen in Arbeit bringt und sie nicht durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse abhängt.

fizierte Fachkräfte,

Dazu gehört der gesetzliche Mindestlohn. Dazu gehört gleicher

Lohn für gleiche Arbeit in der Zeitund Leiharbeit. Dazu gehört auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Wenn wir über Fachkräftesicherung sprechen, dann müssen wir uns auch über die Potenziale in unserem Land Gedanken machen. Das Wichtigste dabei ist, dafür zu sorgen, dass die Frauenerwerbsbeteiligung, auch was Vollzeitarbeit betrifft, in diesem Land endlich auf europäisches Niveau kommt. Sie führen ein idiotisches Betreuungsgeld ein, das Frauen vom Arbeitsmarkt fernhalten soll. Das ist das Gegenteil von Fachkräfte-sicherung.

Wir brauchen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für junge Männer und Frauen, damit die Po-

Wir brauchen

Vereinbarkeit

von Beruf und

Familie für junge

Männer und

Frauen.

tenziale genutzt werden können. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass nicht weiterhin 60 000 junge Menschen Jahr für Jahr unsere Schulen ohne Schulabschluss verlassen, dass 1,5 Millionen Men-

schen zwischen 20 und 30 Jahren ohne berufliche Erstausbildung dastehen.

Der Standortvorteil Deutschlands hat mit der guten dualen Ausbildung in diesem Land zu tun. Das bescheinigen uns inzwischen sogar amerikanische Präsidenten. Wir müssen sie erhalten und modernisieren, aber wir müssen auch dafür sorgen, dass junge Menschen ausbildungsfähig sind. Deshalb brauchen wir mehr Ganztagsschulen und auch frühkindliche Förderung in Deutschland. Sie machen das Gegenteil, und das ist wirtschaftlicher Unsinn.

Die zweite große Herausforderung neben der Frage von Demografie und ihrer Auswirkung auf den Arbeitsmarkt ist und bleibt die Internationalisierung. Hierbei muss die Frage angesprochen werden, welche Regeln wir auf den internationalen Finanzmärkten haben. Es gibt jetzt viel Gerede vor der Wahl und Papiere von Herrn Schäuble, die sich endlich auch einmal mit dem Thema Trennbanken beschäftigen.

Ich sage Ihnen: Wir brauchen im Interesse der Realwirtschaft und auch der industriellen Basis dieses Landes die Spielregeln auf den Finanzmärkten. Wir wollen dafür sorgen, dass in Deutschland in Realwirtschaft statt in Zockerei investiert wird. Dafür müssen Sie Ihre Hausaufgaben machen.

Die dritte große Herausforderung neben dem veränderten Altersaufbau und der Internationalisierung ist die Tatsache, dass wir wissenschaftlichen und technischen Fortschritt in diesem Land haben und brauchen, um erfolgreich sein zu können. Deutschland wird nicht mit den niedrigsten Löhnen, sondern nur mit den besten Produkten, Verfahren und Dienstleistungen wettbewerbsfähig sein. Wenn man das in Deutschland erhalten will, dann muss man dafür sorgen, dass auch der industrielle Mittelstand in diesem Land stärker an Forschung und Entwicklung partizipieren

Sie haben im Koalitionsvertrag dem Mittelstand steuerliche Forschungsförderung versprochen. In den Ankündigungsreden höre ich, dass Sie das wieder versprechen. Nur gehalten haben Sie es nicht. Wo ist denn Ihr Konzept für steuerliche Forschungsförderung in dieser Legislaturperiode? Wir werden das nach der Wahl ändern.

Die größte Herausforderung neben der Demografie für die deutsche Wirtschaft und für unser Land wird die Frage sein, wie wir mit dem Thema Ressourcenknappheit und Energiewende seriös umgehen. Darüber ist heute Morgen diskutiert worden.

Ich will eine Begebenheit von gestern schildern. Ich war auf einer Veranstaltung des Bundesverbands der Deutschen Industrie, der unverdächtig ist, eine Vorfeldorganisation der SPD zu sein. Dort war ein Vertreter Ihrer Regierungsfraktion – es war, glaube ich, der energiepoliti-

In der

Energiepolitik

merkt man, dass

Sie eine

Nichtregierungs-

organisation sind.

sche Sprecher der CDU/CSU-Fraktion –, der Wert darauf legte, dass er mit der Energiepolitik seiner eigenen Bundesregierung wenig zu tun hat. Er sprach davon, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion streng genommen

eine Nichtregierungsorganisation sei.

Ich kann nur sagen: In der Energiepolitik merkt man, dass Sie eine Nichtregierungsorganisation sind. Denn Tatsache ist, dass aufgrund Ihres Vorgehens – das Zerstören der Planungs- und Investitionssicherheit in vielen Bereichen und das Vergurken der Energiewende – mittlerweile aus einer industriellen Chance, die die Energiewende dem Grunde nach ist, ein wirtschaftliches und soziales Risiko für dieses Land geworden ist.

Wenn Sie auf uns nicht hören, dann hören Sie auf die Verbände, mit denen Sie sonst immer so dicke sind. Das, was Sie im Bereich Energiepolitik fabrizieren, ist etwas, das uns zurückwerfen kann.

Wenn man sich international ein bisschen umtut und weiß, dass es nicht nur im Nahen Osten, sondern auch im Fernen Osten und in Nordamerika aus unterschiedlichen Gründen sehr gute Standortbedingungen für eine Reindustrialisierung gibt - zum Beispiel durch die Shale-Gas-Revolution in Nordamerika, weil dort die Energiepreise mutmaßlich sehr niedrig sein werden -, und dass diese Länder demografisch anders aufgestellt sind als wir, dann kann man in Deutschland die Energiewende nicht so vergurken, wie Sie das machen. Sie haben eine Energiewende versprochen, die sauber, sicher und bezahlbar sein soll. Heute erleben wir Unsicherheit bei der Versorgung und steigende Preise. Was das Stichwort "sauber" betrifft, kann man nur sagen: Sie sind nicht sauber im Arbeiten, was die Energiewende betrifft. Deshalb müssen wir auch da den Schalter umlegen.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion - es ist ein interessanter Zufall, dass das am zehnten Jahrestag der Agenda 2010 ist - einen Vorschlag für die nächsten zehn Jahre gemacht. Vor zehn Jahren standen wir vor ganz anderen Problemen am Arbeitsmarkt in Deutschland, als es heute Gott sei Dank der Fall ist. Die Aufgaben der letzten zehn Jahre sind nicht die der nächsten zehn Jahre. Aber wie wir mit dem veränderten Altersaufbau, Stichpunkt Fachkräftesicherung, und der fortschreitenden Internationalisierung der Bändigung der Finanzmärkte im Interesse von Realwirtschaft umgehen, wie wir die Energiewende zum Erfolg führen und wie wir dafür sor-

> gen, dass Deutschland eine starke, wissensbasierte und erfolgreiche Industrienation bleibt: Das sind die Aufgaben, denen wir uns stellen müssen. Denn Sie haben in den letzten Jahren dafür gesorgt – dabei rede

ich jetzt nicht mehr von Schwarz-Gelb, sondern die Merkel-Regierung hat dafür gesorgt –, dass wir den Vorsprung, den wir uns mühsam erarbeitet haben, wieder gefährden.

Ich sage Ihnen: Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit, das sind für uns Sozialdemokraten keine Gegensätze, sondern wechselseitige Bedingungen, wenn wir erfolgreich sein wollen. Die Art und Weise, wie Sie das Ganze laufen lassen bzw. verschludern und sich auf den Lorbeeren der Vorgängerregierungen ausruhen, ist ein Standortrisiko. Deshalb brauchen wir im Interesse des Wirtschaftsstandorts Deutschland einen Regierungswechsel im Herbst dieses Jahres

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) Dr. Georg Nüßlein, CDU/CSU:

Willkommen im Club für Wachstum



Georg Nüßlein (*1969) Wahlkreis Neu-Ulm

achdem Sie dieses Thema erneut angesprochen haben, kann ich Ihnen nicht ersparen, im Zusammenhang mit Ihrem Antrag noch ein paar Sätze zum Thema Energie zu sagen.

Ich will an dieser Stelle ein bisschen ausholen und Ihnen zunächst versichern – das meine ich so, wie ich es sage –, dass ich mich über den vorliegenden SPD-Antrag freue; denn in diesem Antrag stehen viele richtige und wichtige Sachverhalte. Das meiste ist aber überholt und erfüllt. Das heißt, Sie fordern Maßnahmen, die wir sehr wohl umsetzen.

Der Kollege Heil hat gerade insbesondere auf das Thema Fachkräftemangel abgehoben. Unser Fachkräftekonzept zielt in der Tat zuallererst auf Ausbildung und Weiterbildung ab. Der Kollege Heil hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das duale System uns innerhalb und auch außerhalb Europas wettbewerbsfähig hält. Dieses duale System kann man nicht nur nicht hoch genug loben, sondern man muss es auch nach vorne

bringen. Ich weise Sie in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Bildung Ländersache ist. Ich erkenne deutlich, dass es hier gewaltige Unterschiede gibt. Im Bildungsbereich geht es dort am besten, wo die Union regiert. Dort kommen wir am sichersten voran.

Aber überall dort, wo Rot und Grün ihr Unwesen treiben, gibt es die Ihnen sehr wohl bekannten Schwierigkeiten. Wenn man das duale System lobt, dann sollte man auch darüber nachdenken, ob es sinnvoll ist, einer Zwangsakademisierung Vorschub zu leisten. Jedes Mal, wenn wir – zu Recht – über Chancengleichheit diskutieren, stelle ich eine einseitige Betonung einer Akademisierung fest. Es wird viel zu wenig darüber gesprochen, was man dafür tun kann, dass unser wunderbares duales System so gut bleibt,

wie es ist. Das halte ich für ganz wichtig.

Wenn wir für Chancengleichheit sorgen wollen, dann müssen wir unser Augenmerk auch auf das Handwerk richten, das bei der Ausbildung eines erheblichen Teils der Lehr-

linge durch Meister Großartiges leistet.

Wir brauchen natürlich auch die Zuwanderung qualifizierter, guter Leute; das ist ganz klar. Aber wir machen das anders, als Sie von der Opposition das machen wollen. Wir wollen nicht einfach die Schleusen öffnen bzw. die Tore aufreißen, sondern sehr differenziert vorgehen. Vor diesem Hintergrund ist das richtig, was der Bundesinnenminister in

letzter Zeit in den Vordergrund gestellt hat. Wir brauchen keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme.

Wir haben angesichts der Freizügigkeit gegenüber Rumänien und Bulgarien große Bedenken. Dafür, dass das dosiert, gesteuert und wohlüberlegt geschieht, ist ein Unionsinnenminister sicherlich ein Garant.

Ich will nicht näher auf das eingehen, was Sie zur Energiepolitik und insbesondere zu den Energienetzen gesagt haben; denn darüber haben wir eben umfassend diskutiert. Nur so viel: Wenn Sie uns nicht glauben, dass die Beschleunigung des Netzausbaus zu schaffen ist und dass wir die Motoren dabei sind, dann bitte ich Sie, das wenigstens dem Sachverständigenrat zu glauben; denn dieser würdigt, was dazu in den letzten Monaten beschlossen worden ist.

Im Zusammenhang mit dem

Wir brauchen

natürlich auch die

Zuwanderung

qualifizierter,

guter Leute, das

ist ganz klar.

Breitbandausbau lassen Sie sich in Ihrem Antrag breit und lang über die vorhandenen Defizite aus. Ich weise darauf hin, dass auch dieses Thema nicht einfach zu bearbeiten ist; denn es geht darum, im Rahmen des

Wettbewerbs auch den ländlichen Raum zu erschließen. Der wirtschaftliche Schaden wäre immens, wenn es an dieser Stelle nicht voranginge. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass das von uns novellierte Telekommunikationsgesetz einen entscheidenden Beitrag dazu leisten wird, dass der Ausbau kostengünstig und in der Konsequenz auch flächendeckend gelingt.

Ich finde auch spannend, was Sie zum Thema Verkehr gesagt haben. Die Ausweitung der Lkw-Maut 2012 auf ausgewählte vier- und mehrstreifige Bundesstraßen – Sie fordern noch eine weitere Ausweitung – stärkt aus meiner Sicht den Finanzierungskreislauf des Verkehrsträgers Straße. Wir haben für dieses Jahr dank des Bundesverkehrsministers, der da sehr vorausschauend ist, zusätzlich 750 Millionen Euro für den Neu- und Ausbau unseres Straßensystems eingeplant.

Das ist etwas, was ich auch angesichts unserer Thematik – davon abstrahieren Sie bei Ihren Forderungen – ganz klar unterstreichen möchte. Uns geht es um zwei Dinge: investieren auf der einen Seite und Haushalte konsolidieren auf der anderen Seite. Bei Ihnen gibt es einen anderen Gleichklang, und der heißt: investieren auf der einen Seite und abkassieren auf der anderen Seite.

Das ist das, was in Ihrem Parteiprogramm für die nächste Legisla-

turperiode angekündigt ist, falls Sie dafür eine Mehrheit bekommen. Ich kann mir das beim allerbesten Willen aber nicht vorstellen.

Ich habe Ihnen einleitend gesagt: Mich freut dieser Antrag. Mich freut er auch noch aus einem anderen Grund, weil Sie darin nämlich neunmal den Begriff "Wachstum" verwenden, und zwar in einem positiven Sinne.

Nun freut mich das aus einem bestimmten Grund. Ich bin auch Mitglied der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität". Da sieht das, was die SPD an der Stelle vorträgt, komischerweise ganz anders aus.

Da tun Sie so, als ob wir einem falschen Wachstumsbegriff, ja geradezu einer Wachstumsgläubigkeit anhängen würden, was aber falsch ist. Noch viel spannender ist: Die Opposition verkauft in dieser Enquete-Kommission als Erfolg, dass man uns habe beibringen müssen, dass Wachstum kein Ziel sei, sondern maximal ein Weg, um Wohlstand zu erreichen. Sie formulieren in Ihrem Antrag jetzt aber ganz anders. Sie schreiben, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und Wachstum seien Ziel der Politik. Ich finde das nicht schlimm - das ist Wortklauberei, sage ich Ihnen an der Stelle ganz offen -, aber ich wundere mich, dass Sie sich mit Ihren Kollegen nicht abgestimmt haben. Die lassen sich in der Enquete-Kommission von den ganz Linken und den Grünen in Geiselhaft nehmen, die wachstumsskeptisch wie immer sagen:

Das alles brauchen wir nicht mehr. Man muss mit Blick auf die

Sämtliche Kritik,

die von der linken

Seite geäußert

wird, muss sich an

den Ergebnissen

messen lassen.

Ökologie – das sind alte "Club of Rome"-Fantasien, sage ich Ihnen – das Wachstum deckeln, beschränken; das alles ist des Teufels.

Insofern geht an die SPD: Willkommen im Klub! Ich freue mich, dass Sie

wieder auf der richtigen Spur sind und dass Sie sich jetzt mit uns gemeinsam dafür einsetzen wollen, dass uns in dieser Republik Wachstum gelingt.

Ich halte das auch vor folgendem Hintergrund für entscheidend: Man muss wissen, dass Verteilen schwieriger ist, wenn ein Kuchen nicht größer wird; wenn er größer wird, gibt es ganz andere Verteilungsmöglichkeiten. Ich nehme sehr wohl zur Kenntnis, dass Sie sich auch darüber Gedanken gemacht haben, wie man das Ganze verteilt.

Ich nehme aber ebenfalls zur Kenntnis, dass große Teile der SPD mit der Agenda 2010 hadern. Ich bin froh, dass das beim Kollegen Heil offenkundig nicht so ist, aber ich vermisse schon die Jubiläumsfeiern zum zehnjährigen Bestehen der Agenda 2010; ich vermisse echt die Festlichkeiten en der Stelle

se ganze Geschichte Einfluss nehmen konnten, hat sich einiges in diesem Land bewegt. Ich bestreite ganz und gar nicht, dass ein Teil dessen, was uns in der Republik insgesamt geglückt ist, mit guten Unternehmern und fleißigen Arbeitnehmern, darauf zurückzuführen ist, dass Bundeskanzler Schröder seinerzeit im Rahmen der Agenda 2010 einen guten Weg eingeschlagen hat, nämlich einen Weg, den man von unserer Seite hat begleiten können. Da sind viele Dinge deckungsgleich. Es ist bei der Agenda 2010 so wie bei Ihrem Antrag: Immer dann, wenn Sie auf unserer Linie sind, sind Sie auf der rechten Spur.

Ich will noch etwas dazu sagen, was uns unterscheidet - ich habe das vorhin schon einmal angedeutet -: Wir verfolgen mit der qualitativen Konsolidierung der Haushalte ein Konzept für ein nachhaltiges Wachstum. Es geht uns also nicht um Konjunkturimpulse auf Pump, wie es sich die linke Seite immer vorstellt. Danach müsse der Staat den Bürgern das Geld abknöpfen und wisse genau, wie er es investieren soll. Das ist Quatsch, meine Damen und Herren. Das geht regelmäßig schief, das Abkassieren nicht. Das können Sie das wissen alle Bürgerinnen und Bürger –, das bekommen Sie gut hin. Dadurch kann man aber natürlich kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum generieren.

Deshalb warne ich nachdrücklich vor dem, was bei Ihnen allen angekündigt wird, nämlich vor substanziellen Steuererhöhungen. Dabei geht es nicht nur um Ertragsteuern, sondern auch um Eingriffe in die

Substanz, um Substanzsteuern. Herr Heil, sich dann hier hinzustellen und so zu tun, als stehe man auf der Seite des Mittelstandes, das ist schon unverfroren.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass nachhaltiges Wirt-

schaftswachstum dadurch generiert wird, dass man unabhängig von der Gewinnsituation des Mittelstandes in die Substanz der Betriebe eingreift, dass man über Erbschaft- und Vermögensteuer Geld kassiert. Sie erzählen ja, man würde damit Wirtschaftswachstum organisieren. Das ist komplett Schwachsinn, meine Damen und Herren. Diese Rechnung wird niemals aufgehen.

Sämtliche Kritik, die seit heute Morgen 9 Uhr von der linken Seite des Hauses an der Koalition geäußert worden ist, muss sich an den Ergebnissen messen lassen.

Ich sage es noch einmal: Sie haben aufgehört mit 5,5 Millionen Arbeitslosen. Das war Ihre Bilanz. Jetzt sind wir fast bei der Hälfte dieser Zahl Arbeitsloser. Dies zumindest ein bisschen anzuerkennen, wäre eine gute

inen anderen misse schon die Jubiläumsfeiern beitsloser zum zehnjährigen Bestehen der chen anzund abkassie- Agenda 2010; ich vermisse echt die Sache. Festlichkeiten an der Stelle.

Ihrem Partei- Dadurch, dass wir aufgrund der (Beifall bei chste Legisla- Bundesratsmehrheit damals auf die- CDU/CSU



Wichtig für Wachstum: Investitionen in die Autobahninfrastruktur

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP) Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Stärkung der Binnennachfrage ist wichtigste Zukunftsinvestition



Gregor Gysi (*1948) Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

ch glaube, die SPD hat recht, wenn sie sagt, dass wir dringend Zukunftsinvestitionen benötigen. Aber was müsste die erste Zukunftsinvestition sein?

Wir müssen die Binnenwirtschaft stärken. Wir müssen sie schon deshalb stärken, weil alle anderen Fraktionen zusammen den Export dadurch ruinieren, dass sie Südeuropa auf absolut desaströse Weise sozial ungerecht gestalten und damit dafür sorgen, dass dort die Kaufkraft abnimmt. Das führt dazu, dass unsere Exporte dorthin nachlassen werden. Es gibt nur eine Antwort darauf – das Ungleichgewicht muss sowieso überwunden werden –, nämlich dass wir eine stärkere Binnenwirtschaft brauchen.

Ich sage Ihnen: Diesbezüglich lag die Agenda 2010 falsch. Herr Nüßlein, ich stimme Ihnen überhaupt nicht zu: Die SPD hat den Jahrestag gefeiert wie verrückt. Aber ich finde das völlig falsch, weil die Agenda 2010 der größte Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war.

Sie können gar nicht leugnen, dass die Armut dramatisch zugenommen hat. Sie können nicht leugnen, dass der Reichtum dramatisch zugenommen hat

23 Prozent aller Beschäftigten sind heute prekär beschäftigt. Das ist etwas, was sich lohnt, worauf Sie stolz sein wollen? "Prekär beschäftigt" heißt: Es sind Aufstockerinnen und Aufstocker, es sind Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter; sie sind im Niedriglohnsektor beziehungsweise in Minijobs beschäftigt. Hinzu kommen die befristet Beschäftigten. Diese zählen gar nicht zu den prekär Beschäftigten.

Von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes bis zum 35. Lebensjahr haben 52 Prozent ein befristetes Arbeitsverhältnis. Dann kommt die Union und sagt ihnen, sie sollen Familien gründen und mehr Kinder bekommen. Ja, wie denn? Wie soll denn jemand mit einem Halbjahresvertrag eine Perspektive haben? Davon kann niemand ausgehen. So bekommen

Sie niemals eine gute Familienpolitik zustande. Das garantiere ich Ihnen.

Jetzt kommt immer das Argument – auch von Ihnen wieder, Herr Nüßlein –, dass die Arbeitslosenzahlen so sehr zurückgegangen sind. Nehmen Sie bitte eine Tatsache zur Kenntnis: Wir haben jetzt dasselbe Volumen an Arbeitsstunden wie vor Beginn der Agenda 2010; es hat sich nichts geändert. Der einzige Unterschied ist, dass aus einer Vollzeitarbeitsstelle drei Drittelstellen geworden sind. Damit verbessern Sie die Statistik, aber nicht die Lage der Leute, im Gegenteil: Sie wird nur prekärer.

Ich sage heute, da wir einen neuen Papst haben: Wenn Franziskus die Agenda 2010 kennen würde, wäre er strikt dagegen; er stünde an unserer Seite. Das will ich Ihnen bloß mal sagen; Sie können darüber nachdenken.

Ich will Ihnen noch sagen: Wenn die Reichen mehr Geld haben – das muss die CDU/CSU mal zur Kenntnis nehmen –, dann spekulieren sie mehr. Wenn Arme, Geringverdienende oder durchschnittlich Verdienende mehr Geld haben, dann kaufen sie mehr Waren und nehmen mehr Dienstleistungen in Anspruch. Der Binnenwirtschaft können Sie nicht mit mehr Reichtum, sondern nur mit mehr sozialer Gerechtigkeit helfen.

Ich führe Ihnen noch einmal die

Wir brauchen

einen

flächendeckenden

Mindestlohn von

zehn Euro die

Stunde.

Unterschiede vor Augen. Zwischen 1992 und 2012 ist das Geldvermögen in Deutschland von 4,6 Billionen Euro auf 10 Billionen Euro gestiegen; es hat sich also mehr als verdoppelt.

0,6 Prozent der Haushalte besitzen

davon knapp 20 Prozent, nämlich 1,9 Billionen Euro. Die unteren 50 Prozent der Haushalte – das ist auch interessant – besaßen 1998 4 Prozent des Geldvermögens und besitzen heute nur noch 1 Prozent des Geldvermögens. Auch das ist ein Ergebnis der Agenda 2010. Warum korrigieren Sie das nicht und fangen nicht an, ganz anders politisch zu agieren und darüber nachzudenken, wie wir diesbezüglich zu einer anderen Gesellschaft kommen?

Wenn wir die Binnenwirtschaft stärken wollen, brauchen wir gerechte, höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen. Aber wir müssen endlich auch den Steuerbauch überwinden; das sage ich Ihnen von der FDP, weil auch Sie das fordern. Es ist wirklich wahr – das möchte ich den Leuten sagen –: Der Verlauf unseres Einkommensteuertarifs ist nicht linear, sondern hat einen Bauch, und zwar bei der Mittelschicht der Gesellschaft, also den Facharbeiterinnen

und Facharbeitern, den Meisterinnen und Meistern, aber auch den Lehrerinnen und Lehrern, den Polizistinnen und Polizisten und vielen Selbstständigen. Sie alle müssen sehr viel mehr Steuern zahlen, als es gerecht ist. Deshalb muss dieser Steuerbauch weg. Warum ist der Steuerbauch da?

Weil der Spitzensteuersatz gesenkt worden ist. Sie wollen den Steuerbauch beseitigen - so weit sind wir einverstanden -, aber ohne Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Das geht nicht; denn es bedeutet, die Kommunen noch mehr pleite zu machen. Sie können sich jetzt schon kaum Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten, in Kultur und Jugend leisten. Das geht nicht. Deshalb sage ich Ihnen: Wir brauchen einen Ausgleich, einen höheren Spitzensteuersatz, und dann können wir endlich den Bauch bei der Mittelschicht beseitigen, der tatsächlich überwunden werden

Dann haben die auch mehr Netto

Also: Was müssen wir machen? Wir brauchen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde. Wir würden auch einem geringeren Mindestlohn zustimmen, aber er wäre falsch. Ich sage Ihnen noch einmal: Wir brauchen in

> Deutschland einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro.

> Wir brauchen statt prekärer Beschäftigung gute Arbeit, höhere Renten und höhere Sozialleistungen. Das wäre die

wichtigste Investition für unsere Binnenwirtschaft und damit für unsere Zukunft.

Sie haben recht: Wir brauchen auch Investitionen im Energiebereich. Die erneuerbaren Energien müssen gefördert werden. Bis zum Jahre 2020 muss ihr Anteil von 25 Prozent auf 50 Prozent steigen. Was macht die Bundesregierung jetzt? Sie stellen die Förderung ein. Abenteuerlicherweise begründen Sie das auch noch mit den Strompreisen, Herr Altmaier.

Das ist der völlig falsche Weg. Wenn wir die erneuerbaren Energien endlich angemessen fördern und trotzdem Strompreise haben wollen, die sich die Leute leisten können, müssen wir sieben Schritte machen:

Erstens. Wir brauchen, auch wenn es Ihnen nicht gefällt, eine Strompreisaufsicht; anders geht es nicht.

Wir müssen die Abzocke durch die vier Konzerne beenden.

Zweitens. Wir brauchen eine Senkung der Stromsteuer in dem Umfange, in dem wir eine Steuer für die erneuerbaren Energien erheben.

Drittens. Die Privilegierung der Industrie muss, von wenigen Ausnahmen abgesehen, abgebaut werden. Es ist nicht hinnehmbar: Die Unternehmen mit dem höchsten Stromverbrauch müssen am wenigsten bezahlen.

Viertens. Wir brauchen einen Sockeltarif für die Bürgerinnen und Bürger. Das wäre eine soziale Maßnahme. Wir sagen: Pro Haushalt gibt es jährlich 300 Kilowattstunden kostenfrei, zusätzlich 200 Kilowattstunden pro Person. Das bedeutet: Ein Einpersonenhaushalt erhielte 500 Kilowattstunden – sagen wir es einmal so – gebührenfrei, wenn auch nicht kostenfrei. Ein Zweipersonenhaushalt erhielte 700 Kilowattstunden gebührenfrei, und so ginge es immer weiter. Das wäre sinnvoll.

Fünftens. Wir brauchen eine Abwrackprämie. Wer ein stromfressendes Haushaltsgerät verschrottet und ein neues Gerät mit hoher Energieeffizienz – Kühlschrank, Waschmaschine, Spülmaschine – erwirbt, sollte diese Abwrackprämie bekommen. Das reizt. Das hilft übrigens auch der Wirtschaft, und gleichzeitig macht es die Strompreise bezahlbar.

Sechstens. Der Bund muss meines Erachtens für die Gebäudesanierung 3,5 Milliarden Euro bereitstellen.

Siebtens. Es ist ja wichtig, die Gebäude zu sanieren – auch eine wichtige Investition –, aber wenn wir das Geld zur Verfügung stellen, müssen wir den Vermietern, die dieses Geld nehmen, verbieten, die Mieten zu steigern. Das ist nämlich das Entscheidende, damit das Ganze sozialverträglich wird.

Ich sage es Ihnen noch einmal: Wenn Sie eine nachhaltige, ökologische Umgestaltung wollen und sie nicht sozialverträglich machen, dann erben Sie Blockierer, und zwar gerade in den armen Schichten der Bevölkerung. Es muss sozial sein, damit wir diese Schichten mitnehmen und für den ökologischen Umbau gewinnen können

Wir müssen natürlich auch in die Infrastruktur investieren, zum Beispiel in Verkehrswege, aber nicht in so etwas Sinnloses und wahnsinnig Teures wie Stuttgart 21, sondern in die Schieneninfrastruktur, in den Nahund Fernverkehr, in Fahrwege, in Bahnhöfe für U-, Stadt- und Straßenbahnen, in Omnibusse und – ich sage es auch im Interesse der Grünen – in sichere Radwege.

Wir brauchen außerdem ganz dringend Investitionen im Bildungsbereich – ich bitte Sie! –, und zwar für die Schulgebäude, für die Ausrüstung, aber auch für die Qualifizierung und die Anzahl des Personals. Da muss investiert werden. Ich möchte Chancengleichheit für Kinder bei der Bildung. Davon sind wir meilenweit entfernt, übrigens gerade auch in Bayern, weil dort die Kinder schon nach der vierten Klasse getrennt werden. Das ist nichts anderes als soziale Ausgrenzung. Das geschieht in vielen anderen Bundesländern auch.

Wir brauchen auch Investitionen in Fachhochschulen und in Universitäten, überhaupt wieder in Forschung und Wissenschaft, die vernachlässigt werden, aber vor allem in Kindertagesstätten. Ab 1. August 2013 gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Und was führen Sie ein? Ein Betreuungsgeld, damit die Eltern ihre Kinder nicht in Kindertageseinrichtungen schicken. - Ich bitte Sie! - Dort lernen die Kinder soziales Verhalten. Dazu brauchen wir qualifiziertes Personal; das ist wichtig. Natürlich müssen Kindertagesstätten genauso wie Schulen ein gebührenfreies, vollwertiges und gesundes Mittagessen an-

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat übrigens festgestellt, dass wir bis zum Jahre 2020 Investitionen von 704 Milliarden Euro benötigen. Jetzt kommt ein Punkt, der mich auch erstaunt hat: Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Höhe der deutschen Investitionen innerhalb der EU am untersten Rand liegt. Nicht dieses reiche Deutschland investiert mehr als Länder wie Spanien etc., nein, weniger. Ja, sagen Sie mal! Wo leben wir denn hier eigentlich? Herr Rösler, da müssten selbst Sie erschreckt und erstaunt sein.

Ich kann nur sagen: Das geht nicht. Wenn wir nur den EU-Durchschnitt erreichen wollen, müssten wir 30 Milliarden Euro pro Jahr investieren. Aber die reichen gar nicht aus. Wie gesagt, das Institut für Urbanistik hat festgestellt: Wir brauchen 704 Milliarden Euro für Verkehr, für Wasser, für Abwasser, für Kitas, für Schulen. Genau da muss investiert werden.

Wir haben gesagt: Wir brauchen gute Arbeit und gerechte Löhne. Deshalb sage ich Ihnen noch einmal -Mindestlohn ist klar -: Leiharbeit möchte ich überwinden. Aber wenn Sie sie nicht überwinden, führen Sie doch endlich nicht nur den gleichen Lohn für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter wie für die Stammbelegschaft ein, sondern einen Zuschlag von 10 Prozent wie in Frankreich. Dieser Zuschlag ist mir wichtig. Es muss für das Unternehmen teurer sein, eine Leiharbeiterin oder einen Leiharbeiter zu beschäftigen. Außerdem verdienen die Leute dieses Geld. Dann wird es nämlich zur Ausnahme und nicht Schritt für Schritt zur Selbstverständlichkeit, geworden ist.

Wir müssen die Befristung verbieten, wenn sie ohne sachlichen Grund erfolgt, wenigstens das. Ich bin es leid, dass die Leute fast nur noch befristete Verträge erhalten. Fast alle Neueinstellungen erfolgen inzwischen befristet und damit ja auch ohne Kündigungsschutz.

Ich hätte Ihnen noch so viel erklärt, wie das Ganze zu finanzieren ist. Aber wissen Sie: Der Redner vor mir hatte auch elf Minuten, und die dauerten so viel länger als meine. Daran müssen wir mal was ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Birgit Homburger, FDP:

Das ist der Unterschied zwischen uns und ihnen



Birgit Homburger (*1965) Landesliste Baden-Württemberg

ngesichts des Antrages, den wir heute diskutieren, war ich doch einigermaßen verwundert, Herr Heil, über die Rede, die Sie hier abgeliefert haben. Ich habe den Eindruck: Das war die Rede, die Sie jede Woche hier halten – einmal aus der Schublade gekramt und wieder runtergeleiert. Jedenfalls steht nichts von dem, was Sie hier erzählt haben, in Ihrem Antrag.

Insofern, verehrter Herr Heil, rate ich Ihnen dringend, diesen Antrag einmal zu lesen.

Ich habe mir diese Mühe gemacht, und ich kann nur sagen: Das scheint die Zusammenfassung der derzeitigen wirtschaftspolitischen Forderungen und Kernpositionen der SPD zu sein. Wenn das alles ist, dann gute Nacht, Deutschland!

Wenn ich mir anschaue, über was alles Sie nicht reden in Ihrem Antrag mit dem großen Titel "Deutschland

2020", dann stelle ich fest: Sie reden beispielsweise nicht über Grundvoraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, nicht über den Arbeitsmarkt, auch was die Bedeutung von Arbeitskosten angeht. Auch das Stichwort "Haushaltskonsolidierung" sucht man erfolglos in diesem Antrag. Über die Bedeutung von Steuern für die weitere wirtschaftliche Entwicklung reden Sie ebenfalls nicht. Das ist auch besser so; denn wer 30 Milliarden Euro Steuererhöhungen fordert, der kann eben nicht über diese Rahmenbedingungen sprechen, die für die Wirtschaft nur bedeuten, dass es für sie schwieriger wird und nicht bes-

Ich finde es ganz besonders apart, dass Sie sich hier hingestellt und wieder mal die Agenda 2010 für sich

Die Agenda 2010

ist keine

bemerkenswerte

Leistung, sondern

eine bemerkens-

werte Einsicht.

reklamiert haben. Klar, das können Sie natürlich; aber Sie reklamieren die Erfolge, die wir derzeit in der Wirtschaftspolitik und am Arbeitsmarkt haben, für sich und für die Agenda 2010. Sehr geehrter Herr Heil,

ich möchte, dass Sie sich endlich einmal die Mühe machen, sich die geschichtliche Wahrheit nicht nur anzuschauen, sondern vielleicht auch vorzutragen. Sie verschweigen nämlich, dass Rot-Grün, nachdem Sie 1998 die Regierung übernommen haben, als Erstes eines gemacht hat: Sie haben all die Reformmaßnahmen, die wir, Schwarz-Gelb, 1996/97 durchgeführt haben, rückgängig gemacht, um sie Jahre später mit der Agenda 2010 wieder einzuführen. Das ist keine bemerkenswerte Leistung, sondern es ist eine bemerkenswerte Einsicht, die Sie mit der Agenda 2010 gezeigt haben.

Jetzt feiern Sie die Agenda 2010 in großen Festakten.

Aber in Ihrem Programm schleifen Sie die Agenda 2010.

Ihre wirtschaftliche Position ist inkonsistent, und das, was Sie hier in der Wirtschaftspolitik abliefern, ist an Schizophrenie nicht mehr zu überbieten.

Das geht bei der Verkehrsinfrastruktur weiter. Natürlich ist es wichtig, dass wir in die Verkehrsinfrastruktur investieren, und das tun wir

> auch im Rahmen der Möglichkeiten, die der Haushalt bietet.

> Unser Investitions rahmenplan sieht vor, dass in den nächsten Haushalten das Niveau von 10 Milliarden Euro für Infrastrukturmaßnahmen erhal-

ten wird. 2013 wirkt zusätzlich ein Infrastrukturbeschleunigungsprogramm II, das weitere 750 Millionen Euro umfasst. Wenn Sie, die SPD, in der Verantwortung sind, dann kürzen Sie die Verkehrsinvestitionen, und wenn Sie in der Opposition sind, dann fordern Sie gemeinsam mit den Grünen üppige Aufstockun-

gen, ohne irgendeine Antwort auf die Frage zu geben, wie Sie das finanzieren wollen.

Dann kommen Sie daher und fordern in Ihrem Antrag auch noch ein Investitionspaket zur Finanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur.

Sie vergessen, dass es immer noch eine Investitionshilfe vom Bund gibt, obwohl man in der Föderalismuskommission II eine Entflechtung beschlossen hat, und zwar mit Ihren Stimmen. Trotzdem gibt es bis zum Jahr 2019 Mittel: 1,4 Milliarden Euro jährlich Kompensationszahlungen, 330 Millionen Euro Bundesmittel und Regionalisierungsmittel für den ÖPNV in Höhe von 7 Milliarden Euro.

Das ist das, was der Bund für die Kommunen zahlt. Jetzt gehen Sie her und erklären in Ihrem Antrag, Sie wollten noch mehr. Ich sage Ihnen eines: So kann man nicht miteinander arbeiten. Sie interessieren sich nur für eines:

Geld abholen und Geld abzocken, wo es gerade geht. Da ist Ihnen der Bund recht. Wenn es beim Bund nichts zu holen gibt, dann bei den Bürgerinnen und Bürgern durch Steuererhöhungen. Das ist Ihre Politik.

Sie schwadronieren darüber, dass man die industrielle Basis und den Mittelstand nicht schwächen dürfe. So steht es in Ihrem Antrag. Wunderbar! Was fällt Ihnen als Lösung ein? Sie wollen die Lkw-Maut auf alle Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen ausweiten. Das ist eine wirtschaftliche Katastrophe für die Logistik, das Transportgewerbe und das Handwerk. Wenn man dazu die Vorstellungen der Grünen von einer Logistikabgabe in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich und einer Ausweitung und Erhöhung der Lkw-Maut auf alle Lkw über 3,5 Tonnen addiert, kann man nur sagen: Bei Logistik, Transport und Handwerk gehen mit Rot-Grün die Lichter aus. Das jedenfalls werden wir verhindern, meine Damen und Herren.

Ein anderes Thema: EEG. Herr Gysi, es war interessant, was Sie dazu gesagt haben. Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie nicht irgendwann anfangen, die Übersubven-tionierung zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher, die wir im EEG haben, zu reduzieren, dann wird es nicht funktionieren.

Deshalb haben wir eine Reform des EEG vorgeschlagen, weil Energie bezahlbar bleiben muss.

Das, was Sie auf der linken Seite des Plenums machen, ist eines: schamlose Klientelwirtschaft. Das muss man Ihnen irgendwann auch mal sagen.

Dann fordern Sie in Ihrem Antrag zusätzliche Investitionen für Forschung. Sie können das natürlich gerne fordern. Aber ich frage Sie, Herr Heil: Warum haben Sie dies in Ihrer Regierungszeit eigentlich nicht gemacht? Diese Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP hat in dieser Legislaturperiode über 13 Milliarden Euro mehr in Forschung und Bildung investiert.

Das ist eine klare Schwerpunktsetzung. Wir stellen per anno 14 Milliarden Euro Mittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung. Das ist der höchste Betrag, den wir in diesem Land je zur Verfügung gestellt haben.

Das haben wir umgesetzt in der Hightech-Strategie, in der Innovationsstrategie, in einer Zusammenarbeit mit Universitäten, um Forschungserfolge in Innovationen umzusetzen. Jetzt wollen Sie noch mehr Geld. Meine Damen und Herren, wir haben es gemacht. Sie reden nur da-

Diese Regierung

hat in diesem Jahr

über

1.3 Milliarden

Euro in Forschung

investiert.

von, und wenn Sie regieren, machen Sie das Gegenteil.

Sie stellen sich hier hin und reden darüber, dass es in den USA Preisminderungen bei der Energie durch eine Revolution bei der Schiefergasförde-

rung gebe. Ja, Herr im Himmel: Was machen Sie eigentlich in Deutschland?

Sie betonen die Risiken. Über die Chancen habe ich Sie an dieser Stelle noch nie reden hören. Also erwecken Sie nicht den Eindruck, als wenn Sie diese Technologie unterstützen wollten.

Sie wollen eine Initiative zur Schaffung von Technikverständnis auf den Weg bringen. Auch das ist ganz bemerkenswert, Herr Heil. In Hannover, wo Sie gerade die Regierung gebildet haben, haben SPD und Grüne beschlossen, dass das Projekt HannoverGEN beendet wird. Das heißt, das Projekt - ein prämiertes Modell der Initiative "Deutschland -Land der Ideen" –, bei dem beispielsweise Schüler durch molekularbiologische Experimente an das Thema Biotechnologie herangeführt werden, um Chancen und Risiken zu diskutieren, schaffen Sie ab. Sie reden auf Bundesebene das eine, aber in den Ländern, in denen Sie regieren, machen Sie das Gegenteil.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird in Ihrem Antrag und der Debatte deutlich: Es gibt einen Unterschied zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Rot-Grün.

Das ist ein klares Bild: Wir wollen eine Stabilitätsunion, Sie wollen eine Schuldenunion; wir wollen die Haushaltskonsolidierung, Sie wollen Mehrausgaben; wir wollen Leistungsgerechtigkeit, Sie wollen Steuererhöhungen; wir wollen Wettbewerb im Energiebereich, Sie wollen klientelorientierte Planwirtschaft; wir wollen sozialen Aufstieg durch bessere Bildung, das, was Sie durch Einheitsschulen in den Ländern machen, bedeutet Bildungsabstieg. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.



Die Beförderung per Schiff ist immer noch der kostengünstigste Gütertransport.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Kerstin Andreae, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sie ruhen auf den Taten von Vorgängerregierungen



Kerstin Andreae (*1968) Landesliste Baden-Württemberg

a, es gibt große Unterschiede zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün, und das ist gut so.

Wir werden die nächsten Wochen und Monate dazu nutzen, diese deutlich zu machen.

Der große Unterschied besteht vor allem darin, dass Sie Besitzstände und Zugangsbarrieren wahren, dass Sie sich nicht trauen, Altes zu hinterfragen, dass Sie nicht nach vorne gehen, dass Sie keinen Mut zur Veränderung haben, sondern dass Sie beharren und abwarten. Das ist der große Unterschied.

Sie ruhen sich auf den Taten von Vorgängerregierungen aus. Sie leben von der Hand in den Mund.

Wir werden bei den Haushaltsberatungen demnächst deutlich aufzeigen, dass Sie von der Hand in den Mund leben, dass Sie nur noch kurzfristig und nicht mehr langfristig in die Zukunft denken und sich nicht mehr trauen, voranzugehen.

Ja, wir sind ein starker Industriestandort, aber was waren die relevanten Weichenstellungen der letzten Jahre, des letzten Jahrzehnts, damit wir dieser relevante Industriestandort werden? Ja, wir haben vor zehn Jahren verkrustete Strukturen aufgebrochen. Das war richtig so.

Es ist auch richtig, sich heute zu fragen: Wo gab es Fehlentwicklungen? Die Ausweitung des Niedriglohnsektors ist eine Fehlentwicklung, die wir nicht hinnehmen können. Wir brauchen den Mindestlohn, um hier gegenzusteuern.

Es war richtig, verkrustete Strukturen aufzubrechen, Besitzstände zu hinterfragen. Da muss keiner in die Furche gehen, da muss sich keiner verstecken. Man muss den Mut haben, zu sagen: Was muss verändert werden, damit es noch besser wird, damit wir weiter vorankommen? Grüne und SPD tun das.

Wir haben mit mutiger Industriepolitik die richtigen Weichen gestellt, zum Beispiel mit der Ökosteuer. Ich kann mich noch gut erinnern: Als die FDP in der Opposition war,

wollte sie immer die Ökosteuer abschaffen; das war ihr Schlagwort.

In dem Moment, wo Sie regiert haben, haben Sie das Thema nicht mehr angefasst, weil Sie zum einen wussten, dass Sie die Einnahmen brauchen, und zum anderen, weil Sie erkannt haben, dass das Prinzip, Ressourcen, Rohstoffe und Energie teuer und Arbeit billiger zu machen,

grundsätzlich ein richtiges Prinzip ist. Das haben wir durch die Einführung der Ökosteuer umgesetzt. An diesem Punkt müssten Sie weiterentwickeln. Das wäre kluge und vernünftige Politik.

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz haben wir das große industriepolitische Projekt der letzten Dekade angefasst.

Wo sind denn die Jobs geschaffen worden? Wo gab es Wertschöpfung? Wo sind die Zukunftsmärkte im Bereich Umwelttechnologie? Im Bereich erneuerbare Energien und Energietechnologie! Dort gibt es Wertschöpfung, dort sind die Jobs.

Heute Morgen haben wir die Debatte hier verfolgt. Der Wirtschaftsminister hat über das EEG geredet und hat über Planwirtschaft fabuliert. Wie war denn die Situation?

Vier große Energieversorgungsunternehmen haben sich den Energiemarkt in Deutschland aufgeteilt. Ist das Wettbewerb gewesen? Nein!

Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist Wettbewerb geschaffen worden. Kleine Unternehmen und Stadtwerke sind eingestiegen. Das war Wettbewerbspolitik. Das hat Zukunft geschaffen; das hat Jobs geschaffen. Deswegen ist das Fabulieren von Wirtschaftsminister Rösler über Planwirtschaft der totale Blödsinn.

Was müssen Sie machen? Sie müssen Investitions-sicherheit schaffen. Wir reden immer noch über das EEG; gerade wurde angedeutet: Eigentlich muss man es abschaffen. - Die vier EEG-Novellen der letzten zwei Jahre

Wir haben mit

mutiger

Industriepolitik

die richtigen

Weichen

gestellt.

haben doch nur zu Planungsunsicherheit bei den Investoren und zu Unklarheit bei den Handwerkern geführt, weil keiner wusste, wie es weiterging. Alles hat gestockt.

Letztlich haben Sie die Hand auf die

Solarbranche gelegt, anstatt zu sagen: Wir entwickeln weiter, wir gehen den Weg vernünftig weiter. Sie haben keinen Plan vorgelegt. Sie haben sich als Sargnagel der Solarbran-

Sie müssen Innovationssicherheit schaffen. Sie müssen Innovationen voranbringen. Wenn wir das alle wollen, dann lassen Sie uns doch gemeinsam die steuerliche Forschungsförderung beschließen.

Ja, dann macht doch mal! Im Koalitionsvertrag steht: Die wollen es. Wir wollen es auch. Ich sage: Das könnten wir tun. Wir wären jederzeit

Sie müssen Prioritäten setzen. In diesem Zusammenhang komme ich noch auf die Verkehrsinfrastruktur zu

Bundeskanzlerin Merkel hat vor der baden-württembergischen Wahl Stuttgart 21 zur Richtungsentscheidung gemacht. Sie haben die Wahl verloren. Sie haben die Grünen damals als Dagegen-Partei bezeichnet. Ja, wir sind dagegen, das Geld der Steuerzahler für ein Projekt aus dem Fenster zu werfen, das einen negativen Kosten-Nutzen-Faktor hat, für ein Projekt, das sich wirtschaftlich nicht mehr rechnet. Das ist kein grünes Projekt, und das wird kein grünes Projekt.

Die Frage lautet doch: Wie sieht moderne Infrastruktur der Zukunft aus, und wo setzen wir die Prioritäten? Das große Drama steht uns ja noch bevor: Der Bundesverkehrswegeplan wird noch vorgelegt. Am schlimmsten ist es immer, wenn über Bundesverkehrswegepläne in Wahljahren diskutiert wird. Es liegt eine bayerische Vorschlagsliste vor. Wenn wir die Kosten für diese Projekte aufsummieren, stellen wir fest, dass dadurch alle Gelder, die überhaupt für Verkehrsprojekte zur Verfügung stehen, aufgefressen würden. In Wahlkampfzeiten wird jedem alles versprochen. Nein, Sie müssen den Mut haben, voranzugehen, Entscheidungen zu treffen, Prioritäten zu setzen. Wer das vorbildlich macht, ist die baden-württembergische grün-rote Landesregierung.

Sie hat gesagt: Wir schauen uns an, was wir bezahlen können. - So muss

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ernst Hinsken, CDU/CSU:

Wer nicht innovativ ist, der verliert



Ernst Hinsken (*1943) Wahlkreis Straubing

ch finde es bedauerlich, dass verschiedene Kollegen, insbesondere von der linken Seite des Hauses, das Rednerpult hier im Deutschen Bundestag mit der Parteitagsbühne verwechseln.

Das ist der Sache nicht dienlich. Die Bürger, die unsere Debatte verfolgen, erwarten Antworten auf bestimmte Zukunftsfragen, denen sich die heutige Debatte widmet. Das Thema ist viel zu ernst, als dass man hier nur draufschlagen könnte, ohne sich Gedanken über die Zukunft zu machen. Deshalb möchte ich sagen: Herr Bundesminister Rösler, Ihre Ausführungen waren wohltuend und richtungsweisend.

Das war überzeugend. Das ist der richtige Weg in die Zukunft. Dieser Weg sollte auch in Zukunft von uns gegangen werden.

Ein altes Sprichwort lautet: Wer nicht innoviert, der verliert.

Wir, die Bundesrepublik Deutschland, sind das Land der Innovationen. Dafür haben wir, dafür hat diese Regierung die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen. Zu Beginn dieses Jahres können wir alle zusam-

men mit Stolz feststellen: Deutschland hat die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft Europas.

Unser Land ist das einzige Industrieland, das heute deutlich weniger Arbeitslose hat als vor Ausbruch der Finanzkrise. Wir bleiben der Stabilitätsanker Europas. Das lassen wir uns auch von Ihnen von der linken Seite dieses Hauses nicht nehmen. Für diese hervorragenden Erfolge zeichnet diese Regierung, die sich seit drei Jahren im Amt befindet, verantwortlich.

Diese positive Entwicklung ist aber auch ein Verdienst der Wirtschaft, insbesondere der mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Mitarbeiter.

Mit Leistungsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein und vernünftigen Rahmenbedingungen haben wir die schwere Rezession überwunden und für neues Wachstum gesorgt. Ohne Zweifel - auch das möchte ich

sagen, Herr Kollege Heil - wurden die Grundlagen dafür bereits in der Großen Koalition gelegt.

Sie haben zumindest mitgeholfen. Damals war ein gewisses Verständnis vorhanden. Damals hat man gewusst, dass man etwas machen muss. Wenn das heute noch so wäre, wären Sie sicherlich ein Stück weit besser.

Besonders anerkennen möchte ich in diesem Zusammenhang, dass die Unternehmen die Arbeitsplätze ihrer Beschäftigten über Kurzarbeit auch in schwierigen Zeiten erhalten haben.

An dieser Stelle ist auch zu sagen: Gerade was die Jugendarbeitslosigkeit anbelangt - das wurde heute schon mehrmals gesagt -, dürfen wir uns glücklich schätzen, ein duales Berufsausbildungssystem zu haben, das den jungen Menschen die Möglichkeit gibt, für das spätere Leben zu lernen, was sie dringend zu lernen haben, damit wir genügend Fachkräfte haben, damit wir positiv in die Zukunft blicken können und damit all die Aufgaben bewältigt werden können, die in dieser schnelllebigen Zeit vermehrt auf uns

Gerade die deutsche Volkswirtschaft mit ihrer Innovationskraft schneidet im globalen Wettbewerb sehr erfolgreich ab. Unsere Wertschöpfung beruht überwiegend auf forschungsintensiven Produkten und Dienstleistungen. Das Geheimnis des Erfolges ist: Auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung setzen wir konsequent weiter auf Zukunftsinvestitionen, auf Bildung und For-

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie versuchen mit Ihrem Antrag, auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Auch Sie fordern jetzt Zukunftsinvestitionen für die deutsche Wirtschaft. Mit Ihrem Antrag "Deutschland 2020 - Zukunftsinvestitionen für eine starke Wirtschaft: Infrastruktur modernisieren, Energiewende gestalten, Innovationen fördern" wollen Sie doch nur verdecken, dass Sie wirtschaftspolitisch völlig ins Hintertreffen geraten

Der erste Satz Ihres Antrags lautet - da sind Sie durchaus selbstkritisch

Wir brauchen wieder ein klares Bild von Deutschlands Zukunft.

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11: Ernst Hinsken (CDU/CSU)

Was soll denn das heißen? Das haben wir doch.

Wir geben Ihnen gerne Nachhilfeunterricht, wenn Sie das benötigen.

Ich schätze viele Kolleginnen und Kollegen von Ihnen. Sie sind auf der Höhe der Zeit und wissen, worauf es ankommt. Ein Großteil ist aber scheinbar noch nicht so weit.

Es ist schade, dass Sie sich mit Ihrem aktuellen Wahlprogramm von dem verabschiedet haben, was Sie noch während der Zeit der Konjunkturpakete vertreten haben. All das, was Sie fordern, machen wir schon lange. Meistens waren Sie dagegen. Sie schreiben zum Beispiel:

Technologische Leistungsfähigkeit der Industrie sichern – Innovationen fördern und den Mittelstand stärken

Wir handeln doch längst. Der Haushalt 2013 des Bundesforschungsministeriums ist gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Prozent auf insgesamt 13,7 Milliarden Euro gestiegen. Fakt ist: Von 2010 bis 2013 wurden insgesamt sogar 13,3 Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt. Wir haben Wort gehalten und sogar noch draufgelegt. Das ist in Zeiten der Euro-Krise auch international ein viel beachtetes Signal. Wir haben versprochen, die Innovationsausga-

ben der deutschen Wirtschaft 2012 auf ein Rekordniveau zu bringen. Fakt ist: Wir haben mit 138 Milliarden Euro ein Rekordniveau erreicht. In diesem Jahr könnte sogar die Schwelle von 140 Milliarden Euro geknackt werden.

Wir wollen, dass Deutschland gut durch die Krise kommt. In diesem Zusammenhang möchte ich einen weiteren Fakt besonders herausarbeiten: Knapp 34 000 Unternehmen forschen und entwickeln kontinuierlich. 1 200 davon sind sogar Weltmarktführer. Darauf müssen wir weiter aufbauen. Die Hightech-Strategie zielt in besonderem Maße auf den innovativen Mittelstand. Hier ist Fakt: Die Projektförderung der Hightech-Strategie wird rund 2,3 Milliarden Euro erhalten. Gegenüber 2009 ist das eine Steigerung von rund 24 Prozent, gegenüber 2005 sogar um rund 90 Prozent. Wir wollen eine Steigerung der Investitionen für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes anpeilen. Hier ist Fakt: Mit 2,9 Prozent hat Deutschland das EU-Ziel von 3 Prozent nahezu erreicht. - Das sind doch Zahlen, die sich sehen lassen können. Darauf sind wir stolz. Auch Sie sollten stolz sein; denn hier geht es um die gesamte Bundesrepublik Deutschland und nicht um parteitaktische Hinund Herschiebereien.

Die kleinen und mittleren Unternehmer haben ihre Zukunftsinvestitionen in FuE überproportional um 9,1 Prozent auf 8,2 Milliarden Euro erhöht. Auch das kann sich sehen lassen. Unsere Politik wirkt. Das möchten wir gerade auch über diese Debatte der Öffentlichkeit vermitteln. So wollen wir erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, unseren Weg mitzugehen, damit wir so gut bleiben wie in den letzten Jahren.

Ich möchte auf das verweisen, was mein alter Lehrmeister und Freund Michael Glos einmal gesagt hat: Der liebe Gott hat den Menschen die Augen nach vorne gesetzt. Deshalb blicken wir nach vorn. – Dabei setzen wir uns ehrgeizige Ziele. Wir wollen bis 2020 in den Rankings zur Spitzengruppe der technologie- und innova-tionsfreundlichsten Länder weltweit gehören. Wir wollen bis 2020 die Zahl der forschenden Unternehmen auf 40 000 und die Zahl der innovativen Unternehmen auf 140 000 erhöhen.

Wir wollen unsere Spitzenstellung als Weltmeister von Technologieexporten halten und weiter ausbauen. Bewusst haben wir dazu das Bundeswirtschaftsministerium zur Speerspitze der Innovationsförderung ausgebaut. Bundesminister Rösler weiß das zu nutzen. Das muss, meine ich, erwähnt werden.

Gerade kam der Zwischenruf vom Arbeiterführer der SPD, von Herrn Barthel, das, was ich hier vortrage, sei Planwirtschaft. Dazu muss ich sagen: Er versteht unter Planwirtschaft etwas ganz anderes als ich. Ich bin nicht bereit, seinen Weg mitzugehen, den er hier oftmals meint vertreten zu müssen. Damit ist er schon des Öfteren auf die Schnauze gefallen.

Schwerpunkt ist das "Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand". Die Mittel dafür steigen gegenüber 2012 noch einmal an, und zwar auf mehr als 500 Millionen Euro. Den neuen Ländern sollen 40 Prozent dieser Mittel zugutekommen. Für die Unterstützung der Forschungsinfrastruktur für den Mittelstand stehen fast 200 Millionen Euro zur Verfügung.

Ich weiß, dass Zahlen ermüdend sind. Aber diese Zahlen sind wichtig. Wir sollten glücklich und froh darüber sein, dass hier ein Haushalt aufgelegt wurde, der solche Zahlen enthält. Dadurch wird der Innovationsstandort Bundesrepublik Deutschland weiter nach vorne gebracht.

Mit insgesamt 83 Millionen Euro werden innovative Unternehmensgründungen unterstützt. Auch das ist Politik für die Zukunft.

Sie von der SPD fordern den Ausbau der Energieinfrastruktur für die Energiewende. Wir haben auf den Weg gebracht, was unter Rot-Grün leider liegen geblieben ist. Deutschland übernimmt bei der Energiewende eine Vorreiterrolle für alle Industrienationen. Hier betreten wir Neuland. Ihnen von den Grünen möchte ich sagen: Sie fordern immer wieder den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie; aber wenn es darauf ankommt, etwas dafür zu tun, sind Sie dagegen.

Deshalb muss ich darauf verweisen, dass wir uns grundsätzlich von Ihnen unterscheiden.

Wir gestalten die Zukunft und überprüfen, was sich machen lässt und was möglich ist. Wir wollen die Menschen, die Wirtschaft, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf diesem Weg mitnehmen und weiterhin insbesondere auf den Mittelstand und auf Innovation setzen; – denn das hat uns weitergebracht

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sören Bartol, SPD:

Lethargie und Konzeptlosigkeit der Regierung schadet Deutschland



Sören Bartol (*1974) Wahlkreis Marburg

ieber Kollege Gysi, der neue Papst hat es wirklich nicht verdient, dass er gleich am Anfang seiner Regentschaft von der Linkspartei vereinnahmt wird. Ich finde, das ist schon ein starkes Stück.

Liebe Frau Homburger – ich wollte eigentlich sagen: Frau Brüderle –, das, was Sie gerade gemacht haben, ist ebenfalls ein starkes Stück. Ab und zu reicht es, sich an den Fakten abzuarbeiten. Ihre Partei hat es geschafft, dem Etat durch die Hoteliersteuer 5 Milliarden Euro zu entziehen.

Sie aber stellen sich jetzt hier hin und sagen, dass Geld fehlt. Sie betreiben wirklich reine Klientelpolitik.

Ich sage Ihnen: Unsere Klientel sind die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Ich finde, genau so sollte es sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den Zukunftsinvestitionen, die für eine starke Wirtschaft und für Beschäftigung wichtig sind, gehört ganz entscheidend die Infrastruktur. Deutschland ist ein Land mit einer hervorragenden Infrastruktur; das ist auch gut. Die Frage ist nur: Wie lange noch? Seit letztem Donnerstag ist der Nord-Ostsee-Kanal für große Schiffe gesperrt. Der Grund: Minister Ramsauer hat die Mittel für die Schleusen gekürzt. Der Bundestag hat schon vor mehreren Jahren 300 Millionen Euro für neue Schleusenkammern freigegeben. Aber es musste erst zu einer Sperrung kommen, bis Minister Ramsauer die Ausschreibung nun endlich fertig hat.

Schlimmer noch sieht es bei den Autobahnbrücken aus. 302 Brücken sind laut Verkehrsinvestitionsbericht so marode, dass ihre Vollsperrung droht. Was dies bedeutet, ließ sich bis vorige Woche in Leverkusen besichtigen. Die dortige Rheinbrücke war wegen Baufälligkeit drei Monate lang für Lkw gesperrt. 13 000 Lastwagen mussten täglich einen 20 Ki-

lometer weiten Umweg fahren; sie verstopften den Kölner Ring. Das macht zusammen einen Umweg von circa 20 Millionen Kilometern. Oder anders ausgedrückt: Es fielen ungefähr 20 Millionen Euro höhere Transportkosten an, für Ford, für Lanxess, für Bayer und andere. Das zeigt doch, dass es diese Bundesregierung – der verantwortliche Minister sitzt ja dort – überhaupt nicht schafft, die Verkehrsinfrastruktur zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann man in Deutschland keine Verkehrspolitik betreiben, und so kann man vor allen Dingen keine Industriepolitik betreiben.

Als Industrie- und Exportland sind wir zwingend auf eine gute Infrastruktur angewiesen. Schlaglöcher, marode Brücken, gesperrte Kanäle zeigen doch: Wir leben längst von der Substanz. Allein für die Instandhaltung von Schienen, Straßen und Wasserstraßen fehlen über 3 Milliarden Euro. Diese Zahl stammt nicht von mir, sondern von einer Kommission der Verkehrsministerkonferenz, die von einem ehemaligen CDU-Minister geleitet wurde.

Bei Strom und Telekommunikation sieht es kaum besser aus: Der Ausbau der Stromnetze kommt, weil es der Regierung vor allen Dingen an Koordination fehlt, nicht voran, und das Fehlen von Stromleitungen behindert immer mehr die Energiewende. Auch bei den Internet-anschlüssen hat die Bundesregierung ihr Ziel, bis Ende 2010 eine flächendeckende Breitbandgrundversorgung zu schaffen, verfehlt. Nach wie vor sind viele ländliche Regionen von schnellen Internetverbindungen abgeschnitten. Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union: Ist das eigentlich Ihre Politik für ländliche Räume?

Was Deutschland braucht und wofür wir uns als SPD-Bundestagsfraktion einsetzen, ist eine aktive Infrastrukturpolitik.

In unserem Projekt "Infrastrukturkonsens" haben wir die Grundlagen dafür gelegt. Der Bund muss mehr Geld in die Infrastruktur investieren; aber es braucht vor allen Dingen die richtigen Prioritäten. Eine Prioritätensetzung à la Ramsauer heißt – das hatten wir gerade schon –: Bayern zuerst, während im Norden und im Westen die Verkehrswege verrotten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann nicht sein.

Wir brauchen ein nationales Verkehrswegeprogramm, durch das Engpässe beseitigt werden, und zwar in ganz Deutschland. Wir brauchen auch eine deutliche Aufstockung der Mittel für den Erhalt der Verkehrswege, zum Beispiel des Nord-Ostsee-Kanals. Ebenso brauchen wir Akzeptanz für Infrastrukturvorhaben. Deshalb sind Lärmschutz und Bürgerbeteiligung so wichtig. Am Ende geht es auch um die Lebensqualität der

Bei all dem, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union und von der FDP, versagen Sie kläglich, Sie kommen einfach nicht voran. Es ist immer noch eine Frage des Wohnortes, ob man eine schnelle Internetverbindung hat. Ich sage Ihnen: Wenn es der Wettbewerb an dieser Stelle nicht richtet, eine flächendeckende Versorgung aufzubauen, dann brauchen wir am Ende eben eine gesetzliche Verpflichtung zum Universaldienst. Ich glaube, dafür müssen wir alle gemeinsam sorgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Lethargie und Ihre Konzeptlosigkeit schaden der deutschen Wirtschaft. Deutschland braucht eine Infrastrukturpolitik, mit der die Bundesregierung ihre bzw. der Staat seine Aufgaben endlich wieder erfüllt. Ansonsten werden wir die Substanz, die wir haben, niemals erhalten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Klaus Breil (FDP), Oliver Krischer (Bündnis 90/die Grünen), Andreas G. Lämmel (CDU/CSU) und Wolfgang Tiefensee (SPD).

Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.